PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 46 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, Kto.Nr. 57 34 18 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.Nr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 18. März 1975, fertiggestellt.

20. März 1975 Jg. 3 Nr.11 50 Pfennig

Kambodscha: US-Botschaft verbrennt schon Dokumente



Grosse Volksversammlungen finden im befreiten Gebiet Kambodschas statt.

Die Lage in Kambodscha hat sich für die Imperialisten und ihre Marionetten weiter zugespitzt.

Das Personal der australischen, der französischen und anderer Botschaften wurden nach Bangkok evakuiert, so auch der Geschäftsträger der BRD. Dort wollen sie die weitere Entwicklung abwarten. In der US-Botschaft werden wichtige Dokumente verbrannt.

In Phnom Penh haben Ende Februar über 5 000 Jugendliche, Arbeiter und Studenten in einer Versammlung aufgerufen zum Sturz des Lon Nol-Regimes.

Neak Luong, die letzte Stellung des Lon Nol-Regimes am Mekong, ist vollständig eingeschlossen, die Befreiungstruppen haben den Flugplatz bereits erobert.

Erneut zeigt sich: "Den Ausgang ei-

Erneut zeigt sich: "Den Ausgang eines Krieges entscheidet das Volk und nicht ein oder zwei neue Arten von Waffen."

Wie stets, wenn die Völker sich befreien, verstärkt die Bourgeoisie ihre Hetze. Mit allen Mitteln will sie verhindern, daß sichtbar wird, daß ihre Handlanger vom Volk völlig isoliert sind und bekämpft werden, und daß Kommunisten und das kambodschanische Volk eine feste Einheit gegen sie bilden.

So haben auch die Lumpenjournalisten im Fernsehen nur eine Erklärung für die Niederlage Lon Nols: Die Kommunisten seien eben die besseren Unterdrücker.

Hans Walter Berg weidet sich an Opfern von Raketenangriffen der Volksbefreiungsarmee, um die Entschlossenheit der Kommunisten zum *"kaltblütigen Mord unter den Flüchtlingen"* zu *dokumentieren*, die zu Hunderttausenden vor ihrem brutalen Regime nach Phnom Penh geflohen seien.

Damit bereitet das westdeutsche Fernsehen der US-Regierung Schützenhilfe. Die US-Regierung fordert, um ein angebliches Blutbad durch die Kommunisten in Phnom Penh zu verhindern, weitere 200 Millionen Dollar US-Militärhilfe bis Juni 1975.

Tatsächlich geht es darum, ein Blutbad zu beenden, das Blutbad nämlich, das die US-Imperialisten seit nun 5 Jahren in Kambodscha anrichten. Eine amerikanische Zeitung gibt zu: *"300 Kambodschaner werden von uns jeden Tag getötet oder verwundet, seit 1970 insgesamt über 600 000. Die Hälfte der Bevölkerung, über 3 Millionen, wurde durch unsere Bomben zu Flüchtlingen gemacht."* (New York Post, 24.12.74)

Kambodscha ist in 5 Jahren von den USA stärker verwüstet worden als selbst Südvietnam. Der US-Imperialismus hat den Krieg in Kambodscha begonnen; das kambodschanische Volk kann diesen Aggressionskrieg nur beenden, indem es den Volkskrieg dagegen gewinnt.

Diesen leicht einsehbaren Tatbestand will die bürgerliche Presse umlügen; gleichzeitig dient sie der Fortsetzung des Blutbades durch den US-Imperialismus.

Auch weitere 200 Millionen Dollar US-Militärhilfe, mit denen die US-Regierung den Krieg in Kambodscha fortsetzen wird, werden an der sicheren Niederlage des US-Imperialismus nichts ändern. Das kambodschanische Volk hat gelernt, daß es Frieden nur erlangen kann, wenn es den US-Imperialismus und seine Handlanger vollständig besiegt und aus dem ganzen Land vertreibt.

–H.L.–

Weitere Artikel über den 5-jährigen Befreiungskampf des kambodschanischen Volkes auf Seite 13.

Wir fordern von der Bundesregierung: Freie Einreise für die Vertreter Kambodschas

Auf Einladung der westdeutschen Indochina-Komitees, vertreten durch das Indochina-Komitee Heidelberg, sowie der Liga gegen den Imperialismus, hat die Mission der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas (GRUNK) in Paris ihre Bereitschaft erklärt, Delegationen nach Westdeutschland zu schicken, die bei Veranstaltungen in mehreren Städten der BRD über den Kampf des kambodschanischen Volkes für Unabhängigkeit und Freiheit informieren sollen.

Das Auswärtige Amt hat bis jetzt weder den Einreiseantrag der Mission der GRUNK genehmigt, noch sei es bereit, eine Stellungnahme abzugeben. Es ist damit zu rechnen, daß die Bundesregierung den Vertretern der vom kambodschanischen Volk getrageneh Regierung, die eben dabei ist, auch die Hauptstadt des Landes zurückzuerobern, die Einreise verweigert und das erst kurz vor den Veranstaltungen bekannt gibt. Wir fordern freie Einreise für die Vertreter der GRUNK und wenden uns gegen die Hinhaltemanöver der Bundesregierung. Wir rufen auf zur Unterstützung des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes.

Manfred Linke, Indochina-Komitee Heidelberg, im Auftrag der Komitees in Bremen, Frankfurt, Freiburg, Wiesbaden, Heidelberg, Göttingen, Hamburg, Wuppertal und Kiel.

Solidaritätsveranstaltungen mit Chau Teary und Sok Mathoeung, Delegation der Mission der GRUNK in Paris, am:

24.3. in Frankfurt
25.3. in Bremen
26.3. in Heidelberg

Spendenkonto Kambodscha
Bezirkssparkasse Heidelberg,
H.Leberl
Nr: 130 24 50

In Südbaden gingen die Lichter aus, die Idee kam von der CDU

Freiburg. Genau vor Beginn des Fußballländerspiels England-Deutschland gingen am letzten Mittwoch am Kaiserstuhl die Lichter für 2 Stunden aus. 300 000 Menschen saßen ohne Strom. Eine Warnung hatte es nicht gegeben.

In der Freiburger Universitätsklinik mußte bei einer Operation mit Taschenlampen geleuchtet werden, weil das Notaggregat nicht sofort funktionierte. Bei den Fußballfreunden herrschte Empörung. Im Heizwerk in Weingarten kam es zu Explosionen.

Später gab dann das Badenwerk an, kurz nach 8 Uhr hätte ein anonymer Anrufer, der sich als "KBW-Mann" ausgegeben habe, damit gedroht, das Umschaltwerk Eichstetten am Kaiserstuhl durch eine Bombe in die Luft zu jagen, wenn nicht in Freiburg und Umgebung innerhalb einer halben Stunde der Strom abgestellt würde (So die "Badische Zeitung").

Die Polizeidirektion Freiburg gab dagegen die Auskunft, der Anrufer habe sich mit "Kommunistische Partei Westdeutschlands" gemeldet. 13 Minuten später jedenfalls war der Strom weg. Für eine Vorwarnung wäre selbst nach den Drohungen des angeblichen Anrufers Zeit genug gewesen. Das Badenwerk ließ es auch nicht bei Freiburg und Umgebung, sondern schaltete für das gesamte Kaiserstuhlgebiet ab. Wie später bekannt gegeben wurde, soll sich der Anrufer dann noch mal um 23.58 Uhr gemeldet haben und damit gedroht haben, Ernst zu machen. Es geschah nichts, die Polizei fand nichts.

Inzwischen muß e die Polizei selbst erklären, die Abschaltung sei voreilig gewesen.

Nach der 'Frankfurter Rundschau' vom 13.März haben mehrere kürzlich aus der Partei ausgetretene CDU-Mitglieder folgende Aussage gemacht und Ermittlungen in der Sache gefordert: "Am Montag, dem 20.Januar 1975, hatte die CDU zu einer Versammlung mit Herrn Minister Eberle nach Niederrimsingen geladen. In der Diskussion schlug einer der Anwesenden vor, man solle doch einmal bei einem internationalen Fußballspiel vielleicht bei einem Länderspiel, den Strom abschalten. Vielleicht wäre das ein heilsamer Schock für die Kernkraftgegner."

Den Kaiserstühlern waren noch die Worte des Ministerpräsidenten und Aufsichtsratsvorsitzenden des Badenwerkes Hans Filbinger aus dem Stuttgarter Landtag im Ohr: "Ohne das Kernkraftwerk Wyhl werden Ende des Jahrhunderts in Baden-Württemberg die ersten Lichter ausgehen."

Daß die Besetzung des Bauplatzes von "kriminellen Elementen" und "auswärtigen Drahtziehern" gesteuert sei, hatten die Kaiserstühler ebenfalls zu hören bekommen.

Nach diesem Bubenstück wissen die Kaiserstühler wenigstens genau, wo die Kriminellen sitzen.

–hv–

Wegen der Osterfeiertage wird die KVZ nächste Woche einen Tag eher erscheinen als sonst.

Die Arbeiter des Zementwerkes Seibel in Erwitte bei Paderborn streiken seit dem 10. März und halten das Werk besetzt. Sie streiken gegen die Entlassung von 96 Kollegen von 151 Beschäftigten.

Siehe Seite 5

Zur Debatte im Bundestag

Im Streit über die Innere Sicherheit einig gegen das Volk



Daß diese Herren im Volk nicht ankommen mit ihrer Sicherheitsdebatte, erkennt inzwischen auch die Presse der Bourgeoisie. Diese Karikatur war in der Frankfurter Allgemeinen vom 18. März.

"Ich kann's nicht mehr hören", schrieb die FAZ unter diese Zeichnung

Einen Tag nach dem Schaukampf über die innere Sicherheit im Bundestag erklärten Sprecher aller bürgerlichen Parteien, man solle sich wieder auf die gemeinsame politische Basis besinnen. Dregger, CDU, sprach von einer "Allparteienkoalition der inneren Sicherheit".

Das ist es, was schon besteht, da kann kein Schaukampf zwischen Strauß und Wehner darüber wegtäuschen.

Noch in den heftigsten gegenseitigen Anschuldigungen ging die Debatte immer darum, die Entschlossenheit dieses Staates zu demonstrieren, alle staatlichen Machtmittel zur Verteidigung der bestehenden kapitalistischen Ordnung einzusetzen. Diese Herren fühlen sich und die Ausbeuterordnung bedroht, das haben sie gezeigt.

Aber soll man ihnen abnehmen, daß sie sich von einer Handvoll Entführer so bedroht fühlen? Wenn man sie so reden hört, könnte man es glauben, und insofern geben sie ein klägliches Bild der Stärke ihres Staates ab.

Schaut man dagegen ihre Maßnahmen zur inneren Sicherheit an, die kolossale Aufrüstung des staatlichen Gewaltapparates, dann sieht man gleich, daß sie sich vom Volk bedroht fühlen, daß die Furcht vor der Arbeiterklasse ihr Handeln regiert. Und das ist besonders jetzt, wo die Krise die kapitalistische Ausbeutergesellschaft ergreift, kein Wunder.

Wozu üben denn der Bundesgrenzschutz und Einheiten der Bundeswehr den Einsatz gegen Streiks und Demonstrationen? Daß sie diese Maßnahmen der inneren Sicherheit hinter dem Riesenrummel um RAF und Lorenz-Entführer verbergen müssen, zeigt, daß sie politisch ihre Sache, die Sache dieses Staates und der kapitalistischen Ordnung, die er schützt, nicht offen vor dem Volk vertreten können.

Schaut man sich schließlich die Anträge an, die vom Bundestag verhandelt werden sollten in der Debatte über die innere Sicherheit, so kann man auch darin sehen, daß weitere Angriffe des Staates auf demokratische Rechte geplant werden, die mit der Fahndung nach Anarchisten wenig zu tun haben.

Die Anträge zur inneren Sicherheit

Da geht es um die polizeiliche Behandlung von öffentlichen politischen Demonstrationen, Einschränkung des Versammlungsrechts, Säuberung von allen fortschrittlichen Personen im Schuldienst und im öffentlichen Dienst. Ist es vielleicht die RAF, die gegen Fahrpreiserhöhungen und gegen den Bau von Kernkraftwerken auf offener Straße demonstriert? Ist es die RAF, die für höhere Löhne streikt?

Kein Wort zu diesen Anträgen, weil allzu offensichtlich geworden wäre, daß dies nicht gegen die Anarchisten, sondern gegen jede politische Äußerung des Volkes selbst gerichtet ist, wenn es sich auflehnt gegen diesen Staat.

Aber sind diese Anträge deshalb vom Tisch, weil nicht darüber geredet wurde? Natürlich nicht, sie sind zur weiteren Beratung an die Bundestagsausschüsse verwiesen, weil sie das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen.

Das politische Ziel der Debatte über die innere Sicherheit haben die bürgerlichen Parteien nicht erreicht. Alle Redner hatten hervorgehoben, daß es darauf ankäme, die Bevölkerung politisch von der Notwendigkeit der Maßnahmen zur inneren Sicherheit zu überzeugen. Sie wollen dem Volk einreden, das Volk brauche einen starken Staat, als *"Bollwerk der offenen, demokratischen Gesellschaft"*, wie es **Schmidt** ausdrückte. Wer in dieser sogenannten *"offenen, demokratischen Gesellschaft"* muß sich denn in einem Bollwerk verkriechen? In einem Bollwerk, das so geschützt werden muß. Dient es der Sicherheit der werktätigen Bevölkerung etwa? Schützt es vor Ausbeutung, vor Arbeitslosigkeit?

Der Verlauf der Debatte

Der Verlauf der Debatte

Sie hätte von der CDU sein können, sagte CDU-Fraktionsführer **Carstens** über die **Rede des SPD-Kanzlers Schmidt.**

Schmidt brachte das, was SPD-Reformpolitik wirklich ist, auf den Kern. Er sagte: *"Wir alle haben diesen Staat in 25 Jahren ausgebaut. Wir setzen diesen Kurs des schrittweisen Ausbaus, des schrittweisen Reformierens fort."*

In der Tat, der Ausbau des Staatsapparates ist das Wesen der SPD-Reformpolitik. Das ist der harte Kern, der von dem ganzen SPD-Reformschwindel übrig bleibt:

Die Verabschiedung der **Notstandsgesetze** mit Eintritt der SPD in die große Koalition 1967. Für den Kriegsfall und für den Fall von Volksaufständen legen sie den Einsatz der Bundeswehr gegen Streiks und Demonstrationen, die Dienstverpflichtung und die Aufhebung aller Rechte des Volkes fest. Der Ausbau des Bundeskriminalamtes. In seinen Karteien sind über zwei Millionen Bürger karteimäßig erfaßt. Der Ausbau des Verfassungsschutzes und seiner Spitzelarmee. Der Ausbau des Bundesgrenzschutzes zu einer Bürgerkriegsarmee, die Bund und Länder zur militärischen Zerschlagung von Streiks und Demonstrationen einsetzen können. In diesem Ausbau des Staatsapparates besteht der Reformkurs der Regierungs-SPD. Und dazu **Schmidts Appell:**

"Dieser Staat ist es wert, daß wir uns mit ihm solidarisieren."

Wen spricht er an damit? Sind es die Arbeiter und Angestellten oder die Bauern, die dieser Staat schützt?

Zustimmung erbetteln für Maßnahmen gegen das Volk

Wozu und für wen dieser Staat da ist, davon war nicht die Rede, nur davon, daß er von einigen Terroristen bedroht sei, daß er selbst sich schützen müsse. Schützen muß sich dieser Staat, weil er der Staat einer kleinen Minderheit ist, der Staat der Kapitalistenklasse. Schützen muß sich dieser Staat, weil er eine Ordnung verteidigt, die dieser kleinen Minderheit gestattet, die Mehrheit, das arbeitende Volk, auszubeuten und auszuplündern.

Weil der Angriff einer Handvoll Anarchisten ganz losgelöst ist von den Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes, kann dieser Staat auch versuchen, ihn zu benutzen, um die Zustimmung des Volkes für Maßnahmen der inneren Sicherheit zu erbetteln, die sich gegen das Volk selber richten.

Das alles geht verdeckt unter dem Mantel der Terroristenbekämpfung. Wie sie dabei vorgehen, hat **Bundesaußenminister Genscher** aus den geheimen Besprechungen der Bundesinnenministerkonferenz rausgelassen. Auf den Vorwurf der CDU, man habe nicht das Notwendige getan, antwortet **Genscher:**

Es habe einen Fall gegeben, wo eine öffentliche Fahndung nicht sofort erfolgt sei. Dabei sei man sich aber einig gewesen, die *"öffentliche Fahndung müsse angeknüpft werden, um die ausreichende Beachtung zu finden, an ein spektakuläres Ereignis. Und wir haben uns dann darauf verständigt, daß wir in einem noch zu findenden Zeitraum – und das geschah in völliger Übereinstimmung – diese öffentliche Fahndung vornehmen."*

So Bundesaußenminister Genscher, der seinerzeit als Bundesinnenminister die Sicherheitsaktionen leitete.

Um Staatsmacht zu demonstrieren und zugleich den Staatsapparat auszubauen, brauchen sie das spektakuläre Ereignis. Deutlicher kann man nicht ausdrücken, daß die spektakulären Ereignisse der Aktionen der Anarchisten zur Rechtfertigung benutzt werden, um in spektakulären öffentlichen Fahndungen Staatsmacht zu demonstrieren und die Bevölkerung zu terrorisieren.

So geschah es bei der "Aktion Winterreise", wo zahlreiche Personen verhaftet wurden, die wieder freigelassen werden mußten (und die, die sie noch festhalten, sitzen ohne nachgewiesenen Haftgrund). So geschah es bei der von der Berliner Bevölkerung so genannten "Aktion Wasserschlag", in der drei Jugendhäuser von der Polizei zerstört wurden und zahlreiche Wohnungen verwüstet, zahlreiche Personen nachts aus dem Schlaf festgenommen wurden, die alle wieder freigelassen werden mußten.

"Die Macht des Geistes"

"Die geistige Mobilisierung der

"Die Macht des Geistes"

"Die geistige Mobilisierung der Bürger" sei nötig, erklärte **Dregger** von der CDU. Wozu?

Um *"der Justiz und der Polizei, dem Verfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst ... volle moralische Unterstützung zu gewähren"*, erklärte er und warf zugleich der Regierungskoalition vor, *"leider das Gegenteil getan zu haben"*.

Bundesinnenminister **Maihofer** (FDP) antwortet darauf: *"Die Kraft eines Geistes ist so groß wie seine Äußerungen"*, und er erläutert dann:

"Blicken wir auf die Äußerungen dieses Geistes, aus dem die sozialliberale Koalition seit 1969 die Fragen der inneren Sicherheit angepackt hat, dann stellen wir einen stärkeren, nicht nur quantitativen, sondern auch qualitativen Ausbau der Sicherheitsorgane des Bundes in diesen wenigen Jahren fest, als in den ganzen davorliegenden Jahrzehnten seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland insgesamt."

Ihre "Solidarität der Demokraten"

Immer wenn die **CDU/CSU** die Regierung angriff, hatte diese zu sagen: Was wollt ihr, das haben wir doch gemacht, das haben wir doch schon gemeinsam beschlossen und durchgeführt. Die Allparteienregierung der inneren Sicherheit existiert.

Begeisterung darüber im Volk hervorzurufen, dürfte ihr aber schwer fallen. Und als ob sie das schon wüßten, appellierten die bürgerlichen Parteien immer wieder nur an sich selbst, die *"Solidarität der Demokraten"* zu üben.

"Beginnen wir mit uns selbst," sagte **Dregger**, *"mit der richtig verstandenen Solidarität der Demokraten"*. Und **Maihofer** mahnte, daß *"die in der glücklichen Befreiung von Peter Lorenz bewährte Solidarität der Demokraten ... nachträglich zerredet würde"*.

Doch mit der Solidarität dieser sauberen Demokraten, die gemeinsam sich den Rang ablaufen wollen, wer mehr getan habe zum Ausbau des staatlichen Gewaltapparates, konnte es nicht bis zum Ende der Debatte halten. **Brandt** zitierte **Strauß**, der in seiner Sonthofener Rede gesagt hatte, die *"Gemeinsamkeit der Demokraten"* sei *"dummes Zeug"*.

Und **Brandt** führte aus, daß *"Terroristen und die Demagogen"* von der **CDU/CSU** *"objektiv Hand in Hand arbeiten."* Und er sagte an die Adresse der CDU/CSU: *"Niemand sollte auch weiterhin versuchen, ... uns ... in die Nähe von Terroristen rücken zu wollen."*

Der Vorsitzende der **CDU, Kohl,** antwortete darauf, er ließe es nicht zu, daß zwischen Strauß und ihn ein Keil getrieben werden solle. **Die CDU** habe keine Angstpropaganda gemacht, sondern es gebe *"nicht wenige Bürger in unserem Lande ..., die Angst haben."*

Dabei aber ließ es **Strauß** nicht bewenden. Er warf Brandt vor, in der Weimarer Zeit einer Partei – der SAP – angehört zu haben, die links von der SPD stand. Er warf Brandt vor, daß seine Reden 1965 von einem Wahlkampfkontor geschrieben worden seien, in dem auch Gudrun Ensslin Mitarbeiterin war, er warf vor, daß der Sohn von Brandt einmal von Horst Mahler vor Gericht verteidigt worden sei. Brandt sei *"Idol und Prophet der Schwarmgeister in diesem Lande"*.

Und dann trat **Wehner** auf. Als bürgerlicher Politiker muß er empört reagieren, wenn er oder sein Parteifreund Brandt an ihre "linke Vergangenheit" erinnert werden. Darauf können sie nicht stolz reagieren, sondern sie müssen immer bemüht sein, diesen Makel loszuwerden.

Empört wandte sich deshalb **Wehner** an **Strauß**: *"Sie sind selbst geistig Terrorist" ... "Wenn Sie das Wort Marxist hören, geht's Ihnen so, wie Goebbels damit operiert hat, nichts anderes, nicht. Sie sind nämlich genauso dumm in dieser Frage, wie jener war ..."*

Und dann verließ die CDU/CSU unter Protest den Saal und **Wehner** rief ihnen nach: *"Wer raus geht, muß auch wieder rein kommen"*. Und nach einer halben Stunde kamen sie dann auch wieder rein, verlasen jeweils noch eine "unversöhnliche" Erklärung und überwiesen die Anträge zur inneren Sicherheit der Ausschußberatung hinter verschlossenen Türen.



Wachendorf. Früh um 7 wurden die Bewohner des Dorfes Wachendorf bei Bremen am Samstag, dem 8.3., aufgeschreckt. Mehr als 100 mit Maschinenpistolen und zum Teil mit Stahlhelmen ausgerüstete Polizisten drangen mit einem Panzerspähwagen in das Dorf ein und umstellten einen Hof. Mit vorgehaltener Maschinenpistole wurden die Bewohner durchsucht, das Haus auf den Kopf gestellt. Die "Terroristen"-Jäger gingen leer aus. Glücklicherweise behielten die aufgeschreckten Dorfbewohner die Nerven, wer weiß, was passiert wäre, wenn jemand ängstlich davongelaufen wäre.

behielten die aufgeschreckten Dorfbewohner die Nerven, wer weiß, was passiert wäre, wenn jemand ängstlich davongelaufen wäre.

Schaukampf um die Wähler

Die Debatte über die innere Sicherheit hat auch offengelegt, mit welchen Argumenten und Kandidaten die bürgerlichen Parteien in der nächsten Zeit gegeneinander antreten wollen.

Sie müssen sich gegenseitig angreifen, weil sie gegeneinander um die Regierungssessel streiten. Und über diesem Streit müssen sie das Volk darüber hinwegtäuschen, daß es allemal, welche bürgerliche Partei auch ans Ruder kommt, im Interesse des Kapitals und seiner Staatsmacht, die diese Herren repräsentieren, balbiert wird.

Die Polarisierung der bürgerlichen Parteien geht über Strauß

Nach der Sonthofener Rede von Strauß ist nun klar, daß die SPD eine Zielscheibe hat. Denn Strauß hat ausgesprochen, was sie alle machen: Krisenpolitik auf dem Rücken der Arbeiterklasse. Er ist sogar einen Schritt weitergegangen und hat gesagt, daß die Krise sogar günstig sei, um eine Roßkur durchzuführen, soziale Ansprüche zu streichen, Rechte abzubauen.

In den Äußerungen von Strauß kommt wesentlich mehr Realität zu Tage, als der Bourgeoisie gegenwärtig lieb sein kann: daß es mit der kapitalistischen Wirtschaft weiter bergab geht, daß dabei auch die staatliche Autorität dieser kapitalistischen Ordnung vor die Hunde geht. Aber er ist zugleich auch blind in seiner Hoffnung, dies alles der SPD aufhalsen zu können und schließlich als Retter der kapitalistischen Ordnung vom Volk gerufen zu werden.

Denn diese Krise, von der Strauß durchaus realistisch ausgeht, wird doch vielmehr zeigen, daß diese kapitalistische Ordnung selbst nichts taugt, und nur die Arbeiterklasse die Perspektive weisen kann raus aus dem Kapitalismus.

Als einer, der die gegenwärtige Lage unter den Vertretern der bürgerlichen Parteien am offensten darlegte, ist Strauß ein gefährlicher Gegner für die Illusionspolitik der SPD.

Als einer, der sich selbst als Retter kurz vor dem Ende vorstellt, als Superstar der kleinen Selbständigen und derer, die es gern wären, mit den Monopolen im Rücken, dem die Krise gar nicht tief genug sein kann, um dann umso gründlicher Ordnung zu schaffen, hat er die mühsam aufgebaute Pose des besonnenen Staatsmannes wieder zerstört.

SPD und CDU frohlocken gleichermaßen

Die CDU um Kohl, weil sie nun rechnet, Strauß als Unions-Kanzlerkandidat erledigt zu haben. Kohl konnte sich in der Debatte überlegen schützend hinter Strauß stellen und Strauß zugleich auf seine Linie festlegen: *"Die CDU werde ... die klare Alternative in jedem Sachbereich der deutschen Politik betonen. Das gilt auch für Strauß."* Strauß hatte sich in seiner Sonthofener Rede gegen "sachliche Alternativen" zur SPD und für eine Taktik der Krise ohne Angaben von Alternativen ausgesprochen. Nun saß er geduckt in seiner Parlamentarierbank und klatschte Kohl einen gezwungenen Beifall.

Die SPD konnte ihr Glück kaum fassen, wie der Spiegel schreibt. *"Sowas kann er doch garnicht gesagt haben"*, sagte Schmidt, und der SPD-Wirtschaftsexperte Ehrenberg: *"Davon werde ich bis 1976 leben!"* Und Parteigeschäftsführer Börner: *"Wir werden die Rede in Erz gießen und immer damit klappern."*

Alle zusammen sind sie ein Lumpenpack, die bürgerlichen Politiker – als Vertreter der Kapitalistenklasse sind sie einig gegen die Arbeiterklasse und das Volk. Aber mit ihrem widerlichen Schaukampf versuchen sie das Volk dazu zu bringen, eine der streitenden Parteien auf die Regierungssessel zu bringen und damit immer eine Regierung des Kapitals zu wählen.

–bb–

20.4.1975: Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

DER KOMMUNISTISCHE BUND WESTDEUTSCHLAND KANDIDIERT IN 7 STÄDTEN

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) hat eigene Kandidaten in Emmendingen, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim, Waiblingen und Wiesloch aufgestellt. Die zur Wahlbeteiligung notwendigen Unterschriften sind in allen Orten gesammelt und weit überschritten.

In Ludwigsburg, Stuttgart und Weinheim, wo Ortsaufbaugruppen arbeiten, sowie in den 20 Städten, wo befreundete Organisationen arbeiten, reichen die Kräfte noch nicht, um die eigene Kandidatur für die weitere Aufbauarbeit zu nutzen.

Die Orts- und Ortsaufbaugruppen, die für den Gemeinderat kandidieren, arbeiten seit längerer Zeit in ihren Orten, in den wichtigsten Betrieben arbeiten Zellen, in den Stadtteilen mit überwiegend werktätiger Bevölkerung arbeiten Stadtteilzellen. So sind in den Städten die Voraussetzungen geschaffen, um nicht nur im Wahlkampf das Programm der Kommunisten zu vertreten, sondern es im Wahlgang selbst den bürgerlichen Parteiprogrammen entgegenzustellen. In diesen 7 Städten verkauft der KBW zur Zeit 6 500 Exemplare der Kommunistischen Volkszeitung.

Auf den örtlichen Delegiertenkonferenzen und Mitgliederversammlungen wurden Ende des Jahres die Kandidaten aufgestellt und die Wahlaufrufe verabschiedet. Die Kandidaten sind mehrheitlich Arbeiter und Angestellte. In Heidelberg sind 18 Kandidaten aufgestellt, in Mannheim und Freiburg 16, in Waiblingen 7, in Karlsruhe 5, in Emmendingen und Wiesloch 3 Kandidaten.



Waiblingen. Trotz Regen bildeten sich vor dem Informationsstand über den Streik bei Terrot immer wieder Diskussions-Gruppen. In diesen Diskussionen mußten die Genossen oft zur Kandidatur der Ortsgruppe zu den Gemeinderatswahlen Stellung beziehen. Daß hier in Waiblingen unsere Kandidatur in der Bevölkerung auf Interesse stößt, konnte man auch am zweiten Informationsstand erkennen (nicht im Bild). Auf ihm waren unter anderem die Bilder der Kandidaten. Auch dort blieben immer wieder Menschen stehen, um mit den KVZ-Verkäufern über die Gemeinderatskandidaten zu sprechen.



Mannheim. 350 Menschen kamen zur Wahlveranstaltung der Ortsgruppe des KBW, die sich mit 16 Kandidaten an der Stadtratswahl im April beteiligt. 886 Unterschriften hat die Ortsgruppe im Januar innerhalb von 2 Wochen gesammelt, um zur Wahl zugelassen zu werden, 250 waren notwendig.

In den Beiträgen auf der Veranstaltung wurde aufgezeigt, wie in den Mannheimer Betrieben die Ausbeutung Jahr um Jahr verschärft worden ist, wie die Wohnverhältnisse, das Gesundheitswesen, die Schulen und die Umwelt unter der Herrschaft des kapitalistischen Privateigentums immer mehr verrotten.

Im Schlußbeitrag hieß es, das Ziel sei, die Wahlen zu nutzen, um die Organisierung der Arbeiterklasse zur selbständigen politischen Partei voranzubringen, die fähig ist, die kapitalistische Ausbeuterordnung zu stürzen und den Sozialismus aufzubauen.

Auf der Veranstaltung wurden 1 605 DM zur Unterstützung der Arbeit des KBW gesammelt. Großen Beifall fand auch die Musikgruppe "Drum links". Mehrere Menschen sagten nach der Veranstaltung, sie wollten sich jetzt in den Reihen der Kommunisten organisieren.

Bombenanschlag auf KBW- Literaturvertrieb in Bremen

Bremen. In der Nacht zum Mittwoch, den 19.3., wurde auf die Literaturvertriebsstelle des KBW in Bremen ein Sprengstoffanschlag verübt. Die Gegner der kommunistischen Literatur sind die bürgerliche Klasse und vor allem auch die Faschisten. Vermutlich wurde dieser Anschlag auch von faschistischen Kräften durchgeführt.

Die Bombe, die offenbar außen vor der Literaturvertriebsstelle angebracht war, richtete großen Schaden an Büchern und Zeitschriften an und zerstörte im Umkreis von 30 Metern alle Fensterscheiben.

Die Anwohner waren überrascht, daß die Polizei schon knapp eine Minute nach der Explosion mit drei Einsatzwagen zur Stelle war.

SPD hat keine Antwort auf die Fragen der Massen

Nachwahlen in Hildesheim/ Der KBW kandidiert für den Stadtrat

"Die Zukunft sozial gestalten!" Mit dieser Parole eröffnete die Hildesheimer SPD den Wahlkampf zur Neuwahl des Stadtparlaments.

Der Referent, eine "Größe" auf Landesebene, appellierte in hohen Tönen an die Solidarität aller Demokraten gegen die Anarchisten. Denn

im kapitalistischen System selber. Die Kapitalisten produzieren nur für den Profit und würden durch Investitionen der Regierung unterstützt dabei.

Da lief alles plötzlich vorne durcheinander und auf Anordnung trug man das Mikrophon weg. Doch wir ließen uns nicht stören und verstärkten lediglich die Laustärke der Rede.

Mannheim. 350 Menschen kamen zur Wahlveranstaltung der Ortsgruppe des KBW, die sich mit 16 Kandidaten an der Stadtratswahl im April beteiligt. 886 Unterschriften hat die Ortsgruppe im Januar innerhalb von 2 Wochen gesammelt, um zur Wahl zugelassen zu werden, 250 waren notwendig.

In den Beiträgen auf der Veranstaltung wurde aufgezeigt, wie in den Mannheimer Betrieben die Ausbeutung Jahr um Jahr verschärft worden ist, wie die Wohnverhältnisse, das Gesundheitswesen, die Schulen und die Umwelt unter der Herrschaft des kapitalistischen Privateigentums immer mehr verrotten.

Im Schlußbeitrag hieß es, das Ziel sei, die Wahlen zu nutzen, um die Organisierung der Arbeiterklasse zur selbständigen politischen Partei voranzubringen, die fähig ist, die kapitalistische Ausbeuterordnung zu stürzen und den Sozialismus aufzubauen.

Auf der Veranstaltung wurden 1 605 DM zur Unterstützung der Arbeit des KBW gesammelt. Großen Beifall fand auch die Musikgruppe "Drum links". Mehrere Menschen sagten nach der Veranstaltung, sie wollten sich jetzt in den Reihen der Kommunisten organisieren.

Esso plant Plutoniumwerk

Phillippsburg: 5oo auf der Bürgerversammlung

Phillippsburg. Nach einjährigen Geheimverhandlungen zwischen dem Gemeinderat von Phillippsburg (Baden) und der ESSO ließ jetzt der Bürgermeister von Phillippsburg die Katze aus dem Sack. Die EXXON NUCLEAR COMPANY (eine Tochtergesellschaft des ESSO-Konzerns) plant auf der Rheinschanzinsel bei Phillippsburg eine Brennelementefabrik für den europäischen Markt.

Am Freitag, den 14.März fand in der überfüllten Festhalle eine von etwa 500 Bürgern besuchte Bürgerversammlung statt, die bis weit nach 1 Uhr nachts andauerte. Auskunft zu dem Projekt, das von dem baden-württembergischen Wirtschaftsminister Eberle gefördert wird, sollten Vertreter der zuständigen Ministerien und der EXXON geben. Die EXXON NUCLEAR COMPANY hatte extra ihren Präsidenten Dickemann aus den USA eingeflogen.

Den Standort Phillippsburg hat sich die EXXON nicht ohne Grund ausgesucht: Die Umgebung von Phillippsburg hat mit 6 % die höchste Arbeitslosenquote in ganz Baden-Württemberg. Die EXXON "nimmt an", daß sie bis 1985 "eventuell" etwa 600 Brennelementeherstellungstechniker beschäftigen kann. Mit diesem Versprechen hofft die EXXON, Befürworter zu finden.

Im Verlauf der Bürgerversammlung wurde schnell deutlich, daß gegen das Projekt trotzdem eine starke Opposition besteht. Vor allem als einige Bürger darauf aufmerksam machten, daß in der Brennelementefabrik in der dritten Ausbaustufe auch Plutonium verarbeitet werden soll, befanden sich die Befürworter nur noch in der Minderheit. Plutonium ist praktisch das gefährlichste Element, das überhaupt auf der Erde existiert. Durch nicht perfekt arbeitende Anlagen besteht in einigen Jahren für die Beschäftigten und für die Umgebung die Gefahr von Leukämie, Lungenkrebs und Erbschäden. In der Bürgerversammlung setzte sich immer stärker die Haltung durch, daß dieser Preis für einige zusätzliche Arbeitsplätze einfach zu hoch sei.

Immer wieder tauchte die Forderung auf, man müsse die Bürger befragen, das Volk müsse entscheiden. Bürgermeister Dürrschnabel mußte zusagen, daß sich der Gemeinderat mit dieser Forderung beschäftigen wird.

–n.b., Ludwigshafen–

"Früher haben Sie anders geredet Herr Brandt"

Über "Moral und Politik" sollte Willy Brandt auf Einladung der Evangelischen Akademie am 4.3. in Bochum sprechen. Gekommen waren ca. 800 Menschen. Tatsächlich gehalten hat er dann eine Wahlrede mit dem mageren Inhalt, daß man in der gegenwärtigen schwierigen Situation die "Ideale der Politik" nicht aufgeben dürfe. Außer der alten Melodie vom "Uns geht es noch am besten" wußte Brandt auf die kritischen Fragen nichts zu sagen.

Daß dies den anwesenden Arbeitern nicht reichte und daß Beschwörungen wie die "Dimension Zukunft" in der Politik nicht aus dem Auge verloren werden, keine Antworten auf ihre dringenden Fragen geben, machte ein älterer Arbeiter klar, der der langen Rede von Brandt die einfache Feststellung entgegenhielt:

"Früher haben Sie aber anders geredet!" und erinnerte ihn an sein Versprechen, daß in der Bundesrepublik keiner um seinen Arbeitsplatz bangen brauche.

Dies auf einer Belegschaftsversammlung, auf der der Kollege anwesend war, gesagt zu haben, konnte Brandt sich nicht mehr erinnern.

Warum die SPD sich nicht für eine ausreichende **einheitliche** Lohnerhöhung für alle Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst eingesetzt hat, statt – mit dem gleichen Geld! – durch die prozentuale Erhöhung für die hohen Beamten mehrere hundert und für viele Arbeiter nur 60 DM herauszuholen – diese Frage beantwortete er lieber erst gar nicht.

–hd, Kommunistisches Kollektiv Bochum–

SPD hat keine Antwort auf die Fragen der Massen

Nachwahlen in Hildesheim/ Der KBW kandidiert für den Stadtrat

"Die Zukunft sozial gestalten!" Mit dieser Parole eröffnete die Hildesheimer SPD den Wahlkampf zur Neuwahl des Stadtparlaments.

Der Referent, eine "Größe" auf Landesebene, appellierte in hohen Tönen an die Solidarität aller Demokraten gegen die Anarchisten. Denn
die Entführung von Lorenz war ein Strohhalm, an dem er die gescheiterte Reformpolitik der SPD festzuklammern versuchte. Die Entführung sei Schuld daran, daß die SPD nicht 48 %, sondern nur 42,8 % in Berlin erhalten habe.

"Die Saat der Gewalttätigkeit müßte bekämpft werden und in "Sache Innere Sicherheit" brauche sich die SPD von der CDU nichts vorwerfen zu lassen, Sie habe die Bundeskriminalpolizei von 880 auf 2.100 erweitert.

Die ganze Rede war eine Anbiederung an das westdeutsche Kapital und dessen Helfershelfer.

Man habe ja 1,13 Mill. DM für öffentliche Versorgung spendiert und 80 Mill. DM für den Hochbau, 150 Mill. DM für den Fahrzeugbau, 55 Mill. DM für die Eisenbahn usw., dazu kommen noch 1,9 Mill. DM der zwei Sonderprogramme des Jahres 1974 und eine staatliche Zulage bei Investitionen von 7,5 %

Die Sozialdemokraten hätten nichts gegen Gewinne, so beteuerte der Referent. Man brauche Sicherheit für die Investitionen, weshalb man auch für den "sozialen Frieden" eintreten müsse.

Die Tarifabschlüsse in IGM und ÖTV seien ein großer Beitrag für diesen "sozialen Frieden" gewesen.

Man sieht gleich, für wen die SPD die Zukunft gestalten will. Für die Kapitalisten, denen sie Investitionen aus Steuergeldern zahlt und die ihrerseits Maschinen anschaffen, die weitere Entlassungen bedeuten.

Als dies ein Genosse so sagte, wie es ja ist, geiferte man gleich los: Keine Propaganda. Ihr Linkschaoten! usw.

Dann ging der zweite Genosse ans Mikrophon. Er begann zu zeigen, worin die Taktiken der CDU bestehen, sie erkläre, daß die Regierung an allem Schuld sei. Dies stimme aber nicht, so der Genosse, denn die Arbeitslosigkeit und Ausbeutung liegen
im kapitalistischen System selber. Die Kapitalisten produzieren nur für den Profit und würden durch Investitionen der Regierung unterstützt dabei.

Da lief alles plötzlich vorne durcheinander und auf Anordnung trug man das Mikrophon weg. Doch wir ließen uns nicht stören und verstärkten lediglich die Laustärke der Rede.
Es entstand immer größere Panik.

Da versuchte der Stadtratskandidat Seitz (SPD), die Sache zu retten. In tief traurigem Ton vollbrachte er die größte Leistung aller Sozialdemokraten dieses Abends: Ihm gelang es nämlich, sage und schreibe 10 Minuten immer nur das gleiche zu sagen: "Wählt SPD!"

Deutlicher konnte man nicht sagen, daß die SPD keine Antwort geben kann auf die Fragen der Massen.

Da geriet er auch gleich ganz durcheinander, als ich rief: "Wohnhäuser hast Du als Vorsitzender des Bauausschusses an der Dammstraße abreißen lassen." Seine Antwort: "Wir werden noch mehr Häuser abreißen . . ."

Das war wenigstens eine klare Sprache. Doch als darauf von uns ebenso klar geantwortet werden sollte, wurde die Diskussion vorzeitig abgebrochen. Man hätte die "Linkschaoten gar nicht reden lassen dürfen", denn man sei schließlich auf einer SPD-Versammlung. Aber auch auf einer SPD-Versammlung kann man so leicht nicht die Wahrheit unterdrücken.

Die Kommunisten standen auf und begannen, Redebeiträge zu rufen. Es entstand wieder große Panik, die schließlich in einer handfesten Rauferei im Saal endete.

Fazit der Versammlung: Die SPD weiß nicht mehr, wie sie das Volk mittels Worten betrügen soll, sie ist ideologisch in der Defensive. Die Kommunisten sind dagegen ideologisch in der Offensive und müssen dies auch entsprechend offensiv auf solchen Versammlungen vortragen und dürfen nicht klein beigeben.

Ein Kollege will nach diesem Abend sofort aus der SPD austreten. Ein anderer Kollege nahm einen Stapel von Wahlaufrufen des KBW, um sie in seinem Betrieb zu verteilen.

–J.Meier, Stadtratskanditat des KBW (Nordstadt)–

Den Betriebsrat von den Forderungen der Belegschaft her bestimmen

In den Betrieben ist die Unzufriedenheit über die Politik vieler bisheriger Betriebsräte groß. Größere Teile der Belegschaften wollen, daß sich die Betriebsräte für die Arbeiter und Angestellten einsetzen und deren Interessen nicht hinter das "Betriebswohl" zurückstellen. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kapitalisten soll aufhören, denn auf diesem Weg können die Arbeiter und Angestellten nichts gewinnen.

Oft äußert sich der Protest gegen die Politik der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten darin, daß verschiedenartige oppositionelle Listen aufgestellt werden.

Wie kann es den Arbeitern und Angestellten gelingen, den Betriebsrat wirksam für ihre Interessen einzusetzen? Dadurch, daß die alten Betriebsräte gegen neue ausgetauscht werden? Solange die Belegschaft ihren Betriebsrat nicht festgelegt hat auf ihre ausdrücklich formulierten Interessen, auf ihre Forderungen, werden die Kollegen es schwer haben, den Betriebsrat als Hebel einzusetzen.

Die notwendige Einheit auf dem Boden der Forderungen der Belegschaft wird nicht dadurch gefördert, daß verschiedenartige oppositionelle Listen aufgestellt werden. Ohne die Aufgabe angegangen zu sein, die Belegschaft zu vereinheitlichen, sollen Teile der Belegschaft um die Listen geschart werden. Aber ein Betriebsrat, der in verschiedene Gruppen zersplittert ist und nicht von den einheitlichen Forderungen der Belegschaft her bestimmt ist, wird beim Einsatz gegen die Kapitalisten in ebensoviele Splitter auseinanderfallen.

So wird auch die Macht der politischen Kräfte nicht gebrochen, die die Belegschaft den Betriebs-Interessen unterordnen. Der Betriebsrat wird solange in der Hand dieser klassenversöhnlerischen Kräfte bleiben und von ihnen bestimmt sein, wie die Arbeiter und Angestellten nicht ihren Willen ausdrücken, ihre Forderungen aufstellen und auf dem Boden ihrerInteressen den Betriebsrat kontrollieren und einsetzen.

Wie es gelingt, auf diesem Weg gegen die Kapitalisten voranzukommen, zeigt der Bericht der KBW-Zelle bei der chemischen Fabrik Weyl in Mannheim. —gb—

Betriebsratswahlen:

Plan der Geschäftsleitung durchkreuzt

Weyl: Auf der Grundlage von Programmforderungen wurden die Kandidaten aufgestellt

Mannheim. Bei der chemischen Fabrik Weyl wurde von den Vertrauensleuten eine Persönlichkeitsliste aufgestellt. Auf den vorderen Plätzen wurden Kollegen aufgestellt, die ein Programm vertreten. Damit wurde das Spiel der Geschäftsleitung durchkreuzt, die eine Spalterliste mit einem Kandidaten aufgebaut hätte. Ihr Ziel war, daß durch Listenwahl und entsprechende Plazierung der alten Betriebsräte auf der IG Chemie-Liste nach der Wahl die Zusammenarbeit mit den alten, wohlvertrauten Partnern weiter gepflegt werden konnte.

Am 16. April wird bei Weyl die Betriebsratswahl durchgeführt, wo 9 Mitglieder gewählt werden. Zur Vorbereitung der Betriebsratswahl wurde am 13.3. eine Vertrauensleutesitzung einberufen, an der interessierte Mitglieder, jedoch ohne Stimmrecht, eingeladen waren. Bei dieser Vertrauensleutesitzung sollten die Kandidaten für die diesjährige Betriebsratswahl aufgestellt werden. Wie wichtig diese Vertrauensleutesitzung war und die Mitglieder sie nahmen, zeigte die Tatsache, daß ca. 50 Kollegen einschließlich 22 stimmberechtigte Vertrauensleute, wobei der Betriebsrat eingeschlossen ist, an dieser Sitzung teilnahmen. Diese Teilnehmerzahl stellte für Weyl einen einsamen Rekord dar.

Die Arbeitsbedingungen sind schlecht

Die Hintergründe dieser Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten liegen auf der Hand. Die Sicherheitseinrichtungen sind schlecht, die Arbeitshetze groß und die Arbeitsbedingungen in vielen Abteilungen unerträglich. Sehr viele Kollegen haben ständig Haut- oder Atemkontakt mit gefährlichen Giften. Zahlreiche schwere Unfälle gerade im letzten Jahr, wobei einer tödlich war, verdeutlichen die miserable Lage der Arbeiter. Die Lohngruppe V, die für die Facharbeiter tariflich vereinbart wurde, erhalten nur die Vorarbeiter. Es gibt noch immer Frauen, die nach der Lohngruppe I entlohnt werden. Die außertariflichen Zulagen sind noch nicht einmal teilweise abgesichert. Im Teerbetrieb werden seit über 10 Jahren schon 2 Schichten gefahren, wobei es sehr oft vorkommt, daß dort eine Schicht 10 Stunden und länger dauert. Seit über 4 Jahren fordern die Kollegen schon auch für den 2-Schichtbetrieb Schichtzulagen. Der Betriebsrat lehnte es ab, darüber mehr als eine Verhandlung zu führen. Waschmöglichkeiten in der Produktion sind sehr oft nicht vorhanden – und wenn, nur unzureichend. Einige Toiletten sind in einem geradezu menschenunwürdigen Zustand.

In vielen Abteilungen gibt es keine Pausenräume und auch nur sehr dürftige Umkleidemöglichkeiten. So befinden sich z.B. die Spinde der Kollegen im Großraumlabor im Treppenaufgang.

Die Maßnahmen der Geschäftsleitung gegen die Kollegen werden immer deutlicher anhand der in der letzten Zeit gefällten Entscheidungen: Einführung von 3 Schichten im Teer- und Naftalinbetrieb, stark gesteigerte Produktion bei gleichem Belegschaftsstand, Entlassungen, Verweise, Disziplinierungen und Drohungen des Arbeitsplatzverlustes am laufenden Band.

Der derzeitige Betriebsrat unternahm in seiner Mehrheit gegen diese Maßnahmen so gut wie nichts. Im Gegenteil. Die Mehrheit des Betriebsrates bemühte sich ständig einer "vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit der Geschäftsleitung.

Die Geschäftsleitung baut eine Spalterliste auf

Um weitere Verschlechterungen gegen die Kollegen durchzusetzen, wurde eine Spalterliste für die Geschäftsleitung mit einem Kandidaten aufgestellt. Der Kandidat der Geschäftsleitung ist stellvertretender Leiter der technischen Abteilung und hat nicht selten an den Maßnahmen gegen die Kollegen im Betrieb mitgearbeitet. Um zu den erforderlichen Unterschriften zu kommen, waren dem Beauftragten für die Unterschriftenliste (Handlungsbevollmächtigter im Verkauf Chemie) alle Mittel recht. Er durfte sich hierbei auch der Unterstützung des Betriebsratsvorsitzenden Dahms erfreuen, der die Gewerkschaftsmitglieder glauben machen wollte, daß Unterschriften auf dieser gegnerischen Liste keine Konsequenzen nach sich ziehen würden. Dabei weiß er genau, daß jedes Mitglied, das sie unterstützt, mit Gewerkschaftsausschluß zu rechnen hat. Durch persönlichen Einsatz des Handelsbevollmächtigten, der voll seine Position im Betrieb einsetzte, wurden ca. 60 Unterschriften erschlichen und erpreßt.

Die Rechnung wurde aber ohne die Vertrauensleute gemacht

Der Sinn dieser Spalterliste war, die Persönlichkeitswahl zu verhindern, hoffend auf die Loyalität des Vertrauensleutekörpers, fortschrittliche Kollegen erst gar nicht auf die vorderen Listenplätze kommen zu lassen, die man für sich reserviert glaubte.

Diese zeigten nämlich, daß Schwätzer und Intriganten im Betriebsrat nichts zu suchen haben, sondern nur solche Kollegen, die konkrete Vorstellungen für die Arbeit im Betrieb haben.

Nach einer lebhaften Diskussion über die Richtigkeit des Programms zu Betriebsratswahlen, das vorher schon von acht fortschrittlichen Kollegen durch Diskussion mit den Kollegen in ihren Abteilungen erarbeitet wurde, stellten sich 12 von 19 Kandidaten hinter diese erhobenen Forderungen:

1. **Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen, des Unfallschutzes und der Arbeitsbedingungen** sowie deren Überwachung durch regelmäßige Betriebsbegehungen des Betriebsrates, mindestens einmal monatlich mit mindestens 3 Mitgliedern des Betriebsrates abwechselnd.
2. **Verbesserung der Lohn- und Gehaltsstruktur:**
   a) Stufenweise Eingliederung aller Facharbeiter in Lohngruppe V
   b) Absicherung aller außertariflichen Zulagen
   c) Schichtzulage auch für 2-Schichtbetrieb
3. 4 Tage Zusatzurlaub für alle **Schichtarbeiter sowie für Arbeiter und Angestellte, die Umgang mit Giften ab der Giftklasse III haben.**
4. **Schaffung von Pausen- und Umkleideräumen sowie sanitäre Einrichtungen** nach den neuesten arbeitsmedizinischen Erkenntnissen, um auch dadurch Gesundheitsschädigungen vorzubeugen.

Einige Betriebsratsmitglieder bezeichneten dieses Programm als utopisch und nicht realisierbar. Diese erhielten auch prompt bei der Rangwahl ihre Quittung, sie landeten allesamt auf den hinteren Listenplätzen.

Nach der Bekanntgabe der Listenaufstellung wurde die Spalterliste zurückgezogen, da der so nach der Betriebsratswahl zustandekommende Betriebsrat den Vorstellungen der Geschäftsleitung nicht entspricht.

Die Geschäftsleitung sowie die jetzigen Betriebsratsmitglieder, die bei der Rangwahl eine Niederlage erlitten, versuchen jetzt noch über die Persönlichkeitswahl, die sie erst verhindern wollten, einen Betriebsrat zu erhalten, der ihren Vorstellungen entspricht.

Das Interesse an dieser Vertrauensleutesitzung macht jedoch jetzt schon klar deutlich, daß die Kollegen solche Kandidaten in den Betriebsrat wählen werden, die in der Lage sind, die Forderungen der Belegschaft durchzusetzen. Die Spalterliste brachte für die Zelle erhebliche Schwierigkeiten. Es gelang ihr z. B. nicht, fortschrittliche Kollegen, die die Erstellung einer 2. Gewerkschaftsliste als die richtige Antwort auf diese Spalterliste ansahen, davon zu überzeugen, daß nur eine gewerkschaftliche Einheitsliste die Einheit unter den Arbeitern und Angestellten herstellen kann. Prompt wurde auch eine 2. Liste auf der Vertrauensleutesitzung beantragt, die jedoch von der Mehrheit der Vertrauensleute abgelehnt wurde. Die Zelle machte auch in der nicht früh genug begonnenen Diskussion anhand der Mißstände in den Abteilungen den Fehler, dies mit den Kollegen langzeitig zu entwickeln. Um so mehr muß jetzt bis zur Betriebsratswahl von der Zelle die Arbeit in den einzelnen Abteilungen schwerpunktmäßig angegangen werden, daß das Programm der Kollegen für die Betriebsratswahl so unter den Kollegen verankert wird, daß sich ein Kampf für diese Forderungen organisieren läßt.

—Betriebszelle Weyl, Mannheim, D.—

Chemische Fabrik Weyl

Die chemische Fabrik Weyl AG in Mannheim-Waldhof ist ein Werk des Rütgerskonzerns mit eigenem Vorstand und hat ca. 350 Beschäftigte.

Der Rütgerskonzern ist ein Unternehmen der Teerverarbeitenden Industrie mit einer absoluten Monopolstellung, denn 98 % der gesamten Rohteerverarbeitung in Deutschland wird von Rütgers getätigt.

Rütgers hat über 80 Werke, die in 3 Sparten eingeteilt sind und zwar in Grundstoff, Kunststoff und Bau.

Im letzten Jahr wurde der Personalbestand von ca. 12.000 auf zur Zeit 10.300 abgebaut, wovon besonders die Kollegen der Sparte Bau, hier insbesondere die Kollegen der Teerbau AG, betroffen sind. Es wurde hier der Personalbestand von 5.400 auf 4.000 abgebaut = 25 %

Der Gesamtumsatz von Rütgers wurde jedoch um 37 % gesteigert, wobei in der Sparte Grundstoff der Umsatz um über 75 % gesteigert wurde.



Arbeitslose vor dem Personalbüro bei Opel Bochum. Hier sollen etwa 400 Arbeiter auf drei Monate befristet eingestellt werden. Bei Opel Rüsselsheim sollen 50 Deutsche mit unbefristeten und 300 Ausländer mit auf 3 Monate befristeten Arbeitsverträgen und zu schlechteren Bedingungen eingestellt werden. Zugleich werden im März 2 und im April 4 Sonderschichten gefahren. Die Preise bei Opel wurden um 7,5 % erhöht. Anstatt neue Arbeitskräfte einzustellen, werden Sonderschichten gefahren und befristete Sonderverträge abgeschlossen. Damit werden die einzelnen Teile der Belegschaft noch stärker gespalten.

Die Kandidaten bekanntmachen

Klöcknerhütte Haspe: Die Kollegen greifen zur Kreide und malen Parolen für ihre Kandidaten

Vom 11. bis 13.3.75 fanden auf der Klöcknerhütte in Haspe die Betriebsratswahlen statt. Der bisherige Betriebsrat setzt sich hauptsächlich aus Mitgliedern der SPD-Betriebsgruppe zusammen. Er besteht in seiner jetzigen Form schon seit acht Jahren, hat also auch bei der Stillegung und Verlegung des Stahlwerks nach Bremen mitgewirkt. Der Betriebsratsvorsitzende, Hugo Böhner, mußte sich vor einiger Zeit sogar gerichtlich bestätigen lassen, daß er kein Arbeiterverräter sei. Wie sah die Lage vor den Wahlen aus?

Besonders die Kollegen aus den beiden Walzwerkbetrieben äußern schon seit einiger Zeit ihren Unmut über die jetzige Zusammensetzung des Betriebsrates. Denn gerade sie, die das größte Kontingent an Kollegen im Betrieb stellen, stellen – sage und schreibe – nur einen Kollegen im Betriebsrat. Über die Arbeit ganz zu schweigen. Außer auf Betriebsversammlungen und Führungen von irgendwelchen Vorstandsbesuchern kriegt man ihn nie zu Gesicht.

Den letzten Ausschlag aber gaben die beiden Kurzarbeiten im Dezember und Februar, wobei die eine Kurzarbeit nur dazu diente, um auf Kosten der Arbeitslosenversicherung die Drahtstraße zu sanieren bzw. zu modernisieren. Es steht schon heute fest, daß durch diese Modernisierung 80 Kollegen eingespart werden sollen.

Wie führen also die Kollegen den Wahlkampf für ihre Kandidaten?

Obwohl sie dabei durch den alten Betriebsrat gehindert werden und er mit allen Mitteln versucht, sich selbst wieder durchzubringen, greifen sie zu den Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen. Mit Kreide wurden Wände, Eisenbahnwaggons, Maschinen und Schränke mit Parolen bemalt wie: *"Wählt Eure Kollegen aus den Walzwerken, Wählt Eure Kollegen aus der Feinstraße, Alle wählen Nr.11 Old Henry, Alle wählen Nr. sicher unseren Peter, Keine Stimme für Hugo und Co* (Hugo und Co = "Wirtschaftsexperten"), *Alle wählen sichere Arbeitsplätze – vollen Lohnausgleich bei Kurzarbeit durch die Hütte – wählt den Roten Peter.*

So versuchen die Kollegen auch mit den primitivsten Mitteln, ihre Kandidaten bekannt zu machen. Denn die Erfahrung hat gezeigt, daß Kollegen ratlos vor den Kandidatenlisten stehen, gar nicht wissen, wer der einzelne Kandidat ist und dann eben die wählen, die man von den Betriebsversammlungen namentlich kennt. Und das ist meistens der alte Betriebsrat, den eigentlich keiner mehr haben wollte. Das hat sich bei der Wahl zur Gewerkschaftsvertreterversammlung im Februar dieses Jahres wieder gezeigt.

Bildwahl zu teuer

Auf der anderen Seite sagt der alte Betriebsrat, daß Bildwahl zu teuer sei, jeder Kandidat müßte dann mindestens 60 DM für seine Kandidatur bezahlen und dann wäre ja wohl keiner mehr bereit. Dabei muß laut Betriebsverfassungsgesetz der Arbeitgeber die Kosten für die Betriebsratswahl zahlen. Und er tut es auch in seinem Sinne. Am Samstag morgen bekam jeder Kollege einen Brief mit der Post, in der der bisherige Betriebsrat seine Arbeit lobt, die Modernisierung der Drahtstraße als Großtat feiert, und mit Namensverzeichnis aufruft, ihn wieder zu wählen.

Nebenbei noch ließ sich der Betriebsratsvorsitzende, Hugo Böhner, zu seinem Geburtstag in der Lokalpresse als guter Kollege und Kämpfer gegen die Kurzarbeit feiern. Eine Betriebsversammlung, auf der die Kandidaten sich vorstellen und eventuell ein Programm vorlegen konnten, fand selbstverständlich auch nicht statt. Viele Kollegen sind wacher geworden. Auf der nächsten Betriebsversammlung wird der Betriebsrat Rede und Antwort führen müssen über die Art, wie er den Wahlkampf geführt hat.

Das Ergebnis der Wahl lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

—Kommunistische Gruppe Hagen—

IG-Bergbau Tarifrunde

Bochum. Der Hauptvorstand der IG Bergbau beschloß am Freitag, 14.3., einstimmig, für die nächste Tarifrunde 9,5 % zu fordern.

Die Forderung wurde für 200 000 Arbeiter und Angestellte der Steinkohlenreviere Ruhr, Aachen, Saar und Niedersachsen aufgestellt. Der alte Tarifvertrag läuft zum 30. April aus. Zusätzlich wurde eine Verlängerung des Urlaubs um drei bis vier Tage gefordert. Die Verhandlungen darüber sind schon aufgenommen und werden am 21. März fortgesetzt.

Streik

Wuppertal. 50 Arbeiter im Kaltwalzwerk der Firma Hehaco, Wuppertal, traten in einen befristeten Streik. Sie wandten sich dagegen, daß die 6,8 % Lohnerhöhung nicht effektiv auf den Lohn angerechnet werden.

HBV

Die Tarifverhandlungen für rund 300 000 Beschäftigte des Bankgewerbes wurden letzten Freitag ohne Ergebnis abgebrochen. Die Banken boten 6,5 % an gegenüber der schon unzureichenden 8 % Forderung der Gewerkschaft.

Zementwerk seit dem 10. März besetzt

Am 8. März 3 000 auf der Solidaritätsdemonstration in Erwitte

Erwitte. Die Kollegen des Zementwerks Seibel und Söhne in Erwitte bei Lippstadt streiken seit Montag, dem 10.März, unbefristet und halten darüber hinaus den Betrieb besetzt.

Der Kampf der Kollegen richtet sich gegen die Entlassung von 96 Arbeitern und Angestellten. Bei 151 Beschäftigten des Werkes ist das mehr als die Hälfte. Noch am 6. Dezember 1974 hatte Seibel verkündet, die Lage sei gut und die Arbeitsplätze sicher.

Am 7.Januar wurde dann aber erst einmal Kurzarbeit angemeldet. Vor der Betriebsversammlung am 24.Februar 75 verkündete Seibel den Kollegen, die Wirtschaftslage in der Zementindustrie zwinge ihn dazu, bis zum Monatsende 96 Mann zu entlassen. Die Kollegen konnten sich ausrechnen, daß das die Schließung des Betriebs zur Folge haben würde, weil nur 32 Arbeiter in der Produktion den Betrieb nicht aufrecht erhalten können. Seibel versprach "den Kollegen", die fast alle länger als 20 Jahre im Betrieb sind, eine Abfindung "von 1 000 DM".

Die Kollegen wollen ihren Arbeitsplatz aber nicht aufgeben.

Sie treten am 7. März um 10 Uhr in einen zweistündigen Warnstreik und ziehen vor das Verwaltungsgebäude. Dort fordern sie in Sprechchören die Rücknahme der Entlassungen. Daraufhin fordert der technische Leiter Billardt den Betriebsrat auf, "die Demonstration aufzulösen", weil sie "illegaler Art" sei.

Das konnte die Kollegen jedoch nicht einschüchtern. Sie machten klar, daß die Entlassungen ein illegaler Akt sind. Der Rückgang der Aufträge um 15,82 % von 1973 auf 74 ist kein Grund für die Entlassungen, erklärten sie, weil während des Baubooms auf Kosten ihrer Gesundheit aus dem Betrieb alles herausgeholt wurde. Und jetzt nach dem Rückgang der Aufträge der Betrieb immer noch ausgelastet ist. Wie dreist Seibel ist, zeigte sich, als er nach dem Warnstreik "verhandeln" wollte.

Verhandeln jedoch erst, wenn "seine Bedingungen" erfüllt sind.

Der Betriebsrat müßte vorab eine Einführung von Kurzarbeit für 6 Monate bei der Belegschaft im Jahre 1975 von 151 auf 125 befürworten.

3 000 auf der Solidaritätsdemonstration

Die IG-Chemie – im Betrieb sind fast 100 % organisiert – rief daraufhin die Bevölkerung von Erwitte auf, am 8.3. an einer Solidaritätsdemonstration und -kundgebung teilzunehmen. Diesem Aufruf folgten 3 000 Menschen, was in dem kleinen Ort ein großartiger Erfolg ist.

Die Bevölkerung von Erwitte solidarisierte sich auch, als die Kollegen am Montag, den 10.3., die Zufahrt mit LKW's dichtmachten und das Werk besetzten.

Die Kollegen wurden durch die Bevölkerung mit Lebensmitteln (und von Reisekadern der Gruppe Rote Fahne mit Sprüchen) versorgt.

Die letzte Maßnahme von Seibel am Dienstag, als er die Löhne der Kollegen für Februar einbehielt und 43 Kollegen fristlos entließ, festigte die Streikfront nur noch. Seibel ging dabei sogar so weit, daß er die Treueprämien für die Rentner auch einbehielt und am Sonntag, den 16.3., erklärte ein Mitglied der Streikleitung gegenüber der Kommunistischen Volkszeitung, daß die Kollegen bereit sind, solange zu streiken, bis alle Entlassungen zurückgenommen sind.

Gut in diesem Kampf ist auch, daß die Frauen der Streikenden sich zusammengeschlossen haben, um ihre Männer gemeinsam zu unterstützen. Die Erfahrungen, die die Kollegen in ihrem Kampf sammeln, sind für den Raum Paderborn-Erwitte wichtig. Es gibt hier eine Konzentration der Zementindustrie, wo bereits in vielen Betrieben kurzgearbeitet wird und es zu Entlassungen gekommen ist. So die Schließung bei Ivarsta-Hütte (70), Entlassungen bei Ilse (Paderborn) und Kurzarbeit bei Atlas-Zement in Paderborn (88 Kollegen).

Der Kampf bei Seibel

Der Kampf bei Seibel wird den Kollegen in anderen Werken zeigen, unter welchen Forderungen und mit welchen Aktionen man gegen Rationalisierungen, Kurzarbeit und Entlassungen angehen muß.

–H.Sch./D.T., Ortsaufbaugruppe Paderborn–



Mit quergestellten Lastwagen hat die Belegschaft die Zufahrt gesperrt

Zanker-Streik

Tübingen. Die Kollegen bei Zanker streikten zweimal gegen die Streichung der innerbetrieblichen Zulage. Jetzt will die Geschäftsleitung, entgegen ihrer Versprechung, die Streikstunden nicht bezahlen, die in der Streikzeit ausgefallenen Waschmaschinen sollen nachgearbeitet werden.

Außerdem wurde am Mittwoch im Hauptwerk bekannt, daß eine zweite, nicht gewerkschaftliche Liste zu den Betriebsratswahlen in kleineren Abteilungen des Betriebs rumgeht. Wenn es zwei Listen gibt, wird nach Listen gewählt und nicht nach Personen. Wer von den jeweiligen Listen reinkommt, hängt vom Listenplatz ab. Das heißt, die größten Chancen haben diejenigen, die oben auf der Liste stehen. Und dies ist gerade bei der gewerkschaftlichen Liste die alte Betriebsratsspitze, der gegenüber die Belegschaft negativ eingestellt ist. Das paßt der Geschäftsleitung ins Konzept. Donnerstag, 13.3., fand dann eine Betriebsversammlung statt. Die Geschäftsleitung wurde ausgebuht und ausgepfiffen und gab noch nie so ein jämmerliches Bild ab, wie dieses Mal. Ein gutes Dutzend Kollegen ergriff das Wort. Auf der Betriebsversammlung wurde die nicht gewerkschaftliche Liste zur Betriebsratswahl scharf abgeurteilt.

Im Hauptwerk kam dann nach der Mittagspause noch mal eine Streikfront für die volle Ausbezahlung der 6,8 % zustande.

Nach der Kurzarbeitsperiode vom 17.3. bis Ostern werden wir den Kampf um die volle Auszahlung der 6,8 % fortführen.

–Zanker Aufbauzelle–

AG Weser Bremen

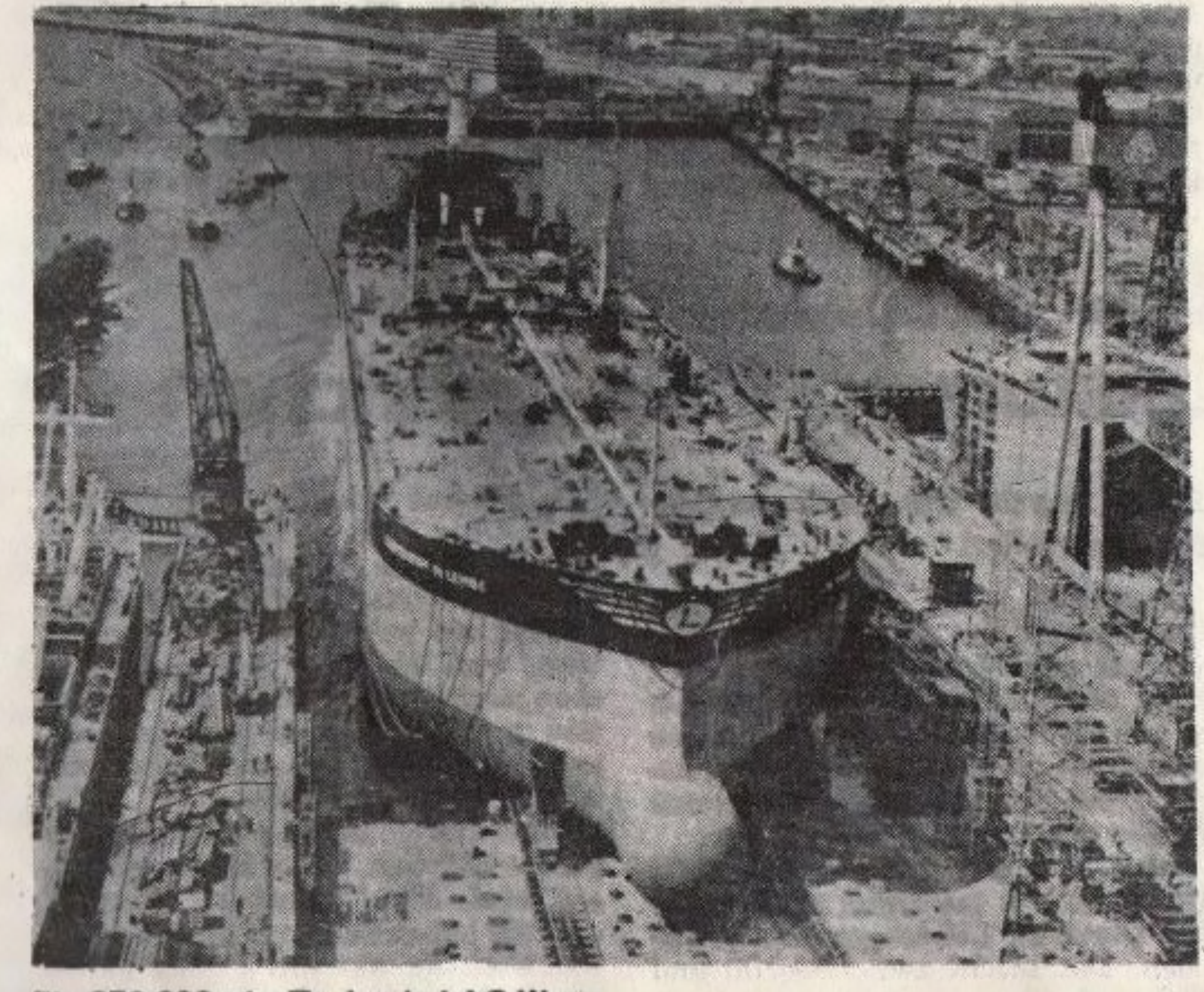
Programmlohn: Ständige Drohung mit Lohnabzug

Die Werftkapitalisten wollen im Geschäft bleiben / Der Programmlohn soll auf weiteren Werften eingeführt werden

Bremen. In den letzten Jahren haben die Werftkapitalisten der AG Weser ein gutes Geschäft im Tankerbau gemacht, Krupp ist mit 86 % beteiligt. Seit 1971 sind die Profite laufend gestiegen.

1971 – 14,7 Mill. = 100 %
1972 – 20,5 Mill. = 140 %
1973 – 27,5 Mill. = 187 %

Die Bauzeit für die Serie der 250.000 tdw Tanker bei AG Weser konnten die Kapitalisten von 18 auf 10 Wochen kürzen. Trotz des 3-wöchigen Streiks im letzten Jahr bei AG Weser konnten die Werftkapitalisten 3 Supertanker im Wert von über einer Million in einem halben Jahr abliefern.



Ein 250 000 tdw Tanker bei AG Weser

Doch die rosigen Zeiten auf dem Tankermarkt sind vorbei und auch für die AG Weser-Kapitalisten ziehen stürmische Zeiten herauf. Die deutsche Reederei Hapag-Lloyd will aus den Verträgen für zwei Europatanker bei der AG Weser aussteigen.

Obwohl die in diesem Jahr vorhandene Welttankerflotte von 250 Mill. Tonnen eigentlich schon schrumpfen müßte, werden im Schnitt pro Woche 3 neue Großtanker die Werften der Welt verlassen. Umgerechnet wird 1977 die gesamte Tankerflotte aus 1.800 Schiffen der Größenordnung von 250.000 tdw bestehen. Experten schätzen den Bedarf auf 1.200 Schiffe dieser Größenordnung. Die Tankfrachterraten sind von 420 im Jahr 1973 auf 17,5 im Januar 1975 gesunken. Um die Betriebskosten eines Großtankers zu decken, müßte die Frachtrate bei 80 liegen.

Die Werftkapitalisten müssen bis zuletzt im Geschäft bleiben. Sie können dies nur, wenn sie ihre Konkurrenz auf dem Rücken der Werftarbeiter aus dem Felde schlagen. Ihre Mittel dazu sind Rationalisierung, Verlängerung der Arbeitszeit und Schichtarbeit sowie schärfere Ausbeutung durch ein neues Lohnsystem, den Programmlohn. Im Mai 1966 schlossen die Werftkapitalisten mit der IGM die erste Programmlohnregelung ab. Vor 2 Jahren wurde er in der gesamten Produktion eingeführt.

Der Programmlohn soll auf anderen Werften in nächster Zeit eingeführt werden.

Der Programmlohn – ein weiteres System zur Schweißauspressung!

Der Programmlohn ist ein weiteres Mittel, um mehr Arbeitskraft aus den Arbeitern herauszupressen und um den Produktionsablauf besser zu planen. Zuerst wurde der Programmlohn in wenigen Abteilungen eingeführt, wo die Arbeiten durch die Entwicklung der Maschinerie einen möglichst hohen Wiederholungsgrad haben.

Der Programmlohn wurde verkauft als der Weg zum gerechten Lohn, weil die Kollegen keine guten Erfahrungen mit dem Akkordsystem gemacht haben. Die Kapitalisten mußten als Zugeständnis die Stundenlöhne um ca. 30 Pfg. erhöhen.

Ziel beim Programmlohn ist es, Wochenprogramme zu erstellen, um die Auslastung der einzelnen Abteilungen besser zu planen und aufeinander abzustimmen. Dieses bessere Planungs- und Steuerungsinstrument hatten die Kapitalisten beim Akkord nicht, die einzelnen Arbeiten liefen unabhängig nebeneinander. Stör- und Wartezeiten wie z. B. Warten auf einen Kran, Instandhaltungsarbeiten und ähnliche Unterbrechungen müssen gemeldet werden, um sie möglichst auszuschalten. Wo sie auftreten, versucht man sie den Kollegen als Erholzeiten zu verkaufen.

Keine Sicherung gegenüber Akkord

Die Anzahl der Lohngruppen wurde tarifvertraglich auf 13 erhöht, vorher laut Tarifvertrag 8. Durch den Wegfall der Tätigkeitsmerkmale bei den Lohngruppen ist einem Facharbeiter jetzt nicht einmal mehr ein bestimmter Ecklohn gesichert. Die Einstufung kann je nach Konjunktur bis auf ein Minimum, was der Arbeiter zum Leben braucht, herabgedrückt werden. Der Lohnabzug trifft gegenüber dem Akkord die gesamte Programmlohnkolonne.

Weiter wurde gesagt, der Programmlohn sei höher abgesichert als der Akkord. Rechnen wir ein Beispiel durch: Beim Programmlohn können 20 % abgezogen werden, beim Akkord war der Werftdurchschnitt 36 % über dem Stundenlohn. Der Akkordrichtsatz von 9 % kann nicht abgebaut werden, weil er tariflich abgesichert ist.

Ein Beispiel

Programmlohn	
Gesamtlohn	100 % = 9,39 DM
variabel	- 20 % = - 1,88 DM
tariflich abgesichert	80 % = 7,50 DM

Akkord	
Grundlohn	100 % = 6,64 DM
Akkordrichtsatz	9 % = 0,50 DM
Akkord (variabel)	27 % = 1,89 DM
Gesamtlohn	136 % = 9,03 DM

Beim Akkord sind also 1,89 DM, beim Programmlohn 1,88 DM nicht abgesichert. Der Programmlohn ist also um 1 Pfennig mehr gesichert.

Ständige Drohung mit Lohnabzug

Unverhüllt bringt der Programmlohn zutage, daß es nicht darum geht, mehr Leistung mit entsprechend mehr Lohn zu "honorieren", wie der Akkord den Anschein erweckt. Den Kapitalisten geht es beim Programmlohn genauso wie tatsächlich beim Akkord darum, dem Arbeiter ständig mit Lohnabzug zu drohen, wenn er die geforderte Leistung und die erforderliche Qualität nicht bringt. Ende des vergangenen Jahres wurde den Kollegen aus der Rohrschlosserei nur 86 % ihres Lohnes ausbezahlt, weil sie mit der Zeit nicht hingekommen sind. Die Kollegen waren empört darüber und marschierten nach "Vorn" zum Verwaltungsgebäude. Sie hatten Erfolg und erzwangen, daß jeder von ihnen 40 DM zurückbekam. Doch nur durch die ständige Bedrohung des Lohnabzuges erreichen die Kapitalisten, unter den Arbeitern die Konkurrenz zu schüren und mehr Arbeit aus ihnen herauszuholen.

Zeitkürzungen

Wesentlich schärfer als im Akkord wird die Arbeitszeit durch neue, "wissenschaftlichere" Methoden verdichtet. Es heißt im Programmlohntarif:

"Planzeiten können aus Zeitstudien und – oder – Erfahrungswerten ermittelt werden."

Tatsache ist, daß immer seltener der alte REFA-Mann mit der Stoppuhr den Arbeitern auf die Finger schaut. Die Zeiten werden fast nur noch errechnet nach Methoden, die man ohne spezielle Ausbildung nicht durchschauen kann. Zum Beispiel wird die Zeit nach MTM ermittelt.

"Für jede dieser Bewegungen wird eine Normalzeit konstruiert, die von jedem Menschen der Erde, gleichgültig, ob es sich um einen Zwergen oder um einen Riesen, um eine schwangere Frau oder um eine türkische Teppichknüpferin handelt, erreicht werden soll.

Bei den ersten Tests über den Bewegungsvorgang "Gehen" ließen die Wissenschaftler Menschen von unterschiedlicher Größe, Gesundheit, Rasse, Alter, Geschlecht, Beweglichkeit usw. im Kreis herumgehen. Die verschiedenen Gänge wurden mit einer Kamera aufgenommen, aus der Zahl der entstandenen Bilder wurde ein Durchschnittswert errechnet und auf eine Grundeinheit bezogen, die den 100.000 Teil einer Stunde darstellt." (Kursbuch 21, S. 96)

MTM zerlegt alle Arbeiten nach 12 Grundelementen und setzt daraus die Gesamtarbeitszeit zusammen. Ein Rohrschlosser z. B. bekommt für das Richten eines Rohres die Anzahl der Hammerschläge vorgeschrieben. In der Praxis treten die horrendesten Zeitkürzungen auf. Zum Beispiel eine Sechskantmutter komplett drehen = 4,5 Minuten an der Drehbank. Die Zeiteinsparungen sollen zwischen 15 und 30 % liegen.

Die Abteilung "Gekrümmte Bauteile" war eine der letzten Abteilungen im Schiffbau, in der der Programmlohn eingeführt wurde. Hier kommt es bei der Arbeit überwiegend auf manuelle Geschicklichkeit an, hier konnte ein REFA-Mann so leicht keine Vorschriften machen. Die Empörung unter den Kollegen war groß darüber, daß auch sie künftig im Programmlohn arbeiten sollten. Sie gingen mit 20 Mann nach vorne zum Betriebsrat, um dagegen zu protestieren. Die Kapitalisten wollten jedoch um keinen Preis den Programmlohn am Willen der Arbeiter scheitern lassen. Die unzufriedenen Kollegen wurden nach und nach in andere Abteilungen versetzt und die Kollegen, die schon im Programmlohn arbeiten, kamen in die Abteilung "Gekrümmte Bauteile".

Gegen den Programmlohn ist der Widerstand noch vereinzelt. Noch gering sind die Ansätze, wo die Arbeiter auf der Linie kämpfen: Gegen Spaltung und Verschärfung der Ausbeutung, den Kapitalisten das Mittel des Lohnabzugs aus der Hand schlagen. Auf dieser Linie müssen die Kämpfe aber geführt werden, zugespitzt auf eine Forderung, wie sie beim Vulkan (Bremer Werft) im Gespräch ist mit dem Ziel:

Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlicher Lohnsysteme bei vollem Lohnausgleich.

Eine Abschaffung in einem Betrieb kann jedoch niemals die Akkordarbeit oder akkordähnliche Lohnsysteme beseitigen. Immer wieder stehen die Arbeiter in der Gefahr, daß eine solche Regelung durchlöchert oder rückgängig gemacht wird. Dadurch z. B., daß die Zeitlöhner bei uns im Betrieb weniger verdient haben als die anderen Kollegen im Programmlohn, haben die Kapitalisten erreicht, daß aus den Reihen der Zeitlöhner selber die Forderung nach Lohnangleichung verbunden wurde mit der Forderung nach Einführung des Programmlohns.

Deshalb muß der bürgerliche Staat gezwungen werden zu gesetzlichen Regelungen, die der Verschärfung der Ausbeutung Grenzen ziehen. Dies kann nur die Arbeiterklasse und ihre Organisationen durchsetzen, nicht einzelne Belegschaften. Die einzelnen Belegschaften müssen aber schon heute ihre Position im Betrieb verteidigen, wenn sie nicht unter die Räder kommen wollen. In diesen Kämpfen werden die Arbeiter als Klasse auch die Einheit herausbilden, die notwendig ist, um Gesetze zum Schutz der Arbeitskraft gegen die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat zu erzwingen.

–R., Betriebszelle AG Weser–

"Bremer Nachrichten"

Kollegen wehren sich gegen Entlassungen

Bremen. Die KVZ Nr.10/75 berichtete kurz, daß der Verleger des "Weser Kurier" und der "Bremer Nachrichten", Meyer, beabsichtigte, 26 Kollegen der "Bremer Nachrichten" zu entlassen. Auf einer Betriebsversammlung hatten die Kollegen sich eindeutig gegen die Entlassungen gestellt; auch der Betriebsrat hatte seine Ablehnung erklärt. Am Freitag, 7.3., haben die 26 Kollegen ihr Entlassungsschreiben bekommen.

Die Entlassungsbriefe der Geschäftsleitung sind eine besondere Dreistigkeit. In den Briefen schreibt die Geschäftsleitung, daß der Betriebsrat zu den Kündigungen gehört wurde und seine Stellungnahme beigefügt sei. Frech vermerkt sie noch am Ende des Briefes: "Anlage". Von der Anlage, der Stellungnahme des Betriebsrates, fehlt jedoch jede Spur. Der Betriebsrat gab diese, erst nachdem die Kollegen schon ihr Kündigungsschreiben in der Hand hatten, fristgerecht bei der Geschäftsleitung ab. Die Kündigungen sind selbst nach dem bürgerlichen Recht völlig unwirksam. Sie sind ein Versuch der Einschüchterung und eine Provokation der gesamten Belegschaft.

Inzwischen haben die Kollegen der "Bremer Nachrichten" den Kampf gegen die Entlassungen aufgenommen. Am Montag, 10.3., fand eine Versammlung der Entlassenen statt, auf der folgende Kampfmaßnahmen beschlossen wurden:

1. Die Gewerkschaft Druck und Papier soll eine Mitgliederversammlung durchführen.
2. Auf dieser Mitgliederversammlung, die der Ortsvorstand der Gewerkschaft inzwischen für übernächsten Samstag einberufen hat, soll eine Demonstration aller Bremer Drucker gegen die Entlassungen und die Abwälzung der Krise in der Druckindustrie auf die Drucker beantragt werden, so wie es auch schon die Hamburger Drucker gemacht haben.
3. Die Öffentlichkeit soll über Radio Bremen über die Lage in der Druckindustrie und die Entlassungen informiert werden.

Zum Sprecher der Entlassenen wurde der Kollege Wenz gewählt, der auch für den Betriebsrat kandidiert. Diese Wahl zeigt, daß er das Vertrauen der Kollegen genießt und sicherlich beabsichtigt die Geschäftsleitung auch, sich durch die Entlassung klassenbewußter Arbeiter zu entledigen (noch ein weiterer Betriebsratskandidat ist unter den Entlassenen!).

In den Abteilungen werden jetzt die Forderungen diskutiert, unter denen alle Kollegen den Angriffen der Druckkapitalisten auf der Demonstration machtvoll entgegentreten können.
(aus: Ortsbeilage Bremen der KVZ Nr.10/75)

Speyer: IG Druck Vertrauensleute

Gegen die 10%-Forderung

10 % Forderung: ein Schlag ins Gesicht der IG Druck-Mitglieder

Speyer. Auf der Vertrauensleutesitzung der IG Druck und Papier Speyer am 12.3.1975 wurde ein Resolutionsentwurf eingebracht, der sich eindeutig gegen die von der Großen Tarifkommission aufgestellte 10-Prozent-Forderung richtete.

Kritisiert wurde, daß man die vielen einheitlichen Mark-Forderungen aus den Ortsvereinen und Bezirken einfach mißachtete, und die Große Tarifkommission wurde aufgefordert, noch einmal zusammenzutreten, um die mehrheitlich eingebrachten Mark-Forderungen zu einer Zentral-Forderung zu machen, um diese gegenüber den Unternehmern der Druckindustrie zu vertreten.

In der Diskussion wurde dann die Richtigkeit dieser Forderung nicht bestritten, aber viele Vertrauensleute waren der Meinung, daß es für eine solche Forderung zu spät sei, da bereits am 19.3.1975 die Verhandlungen beginnen würden. In der Diskussion wurde darauf von einem Mitglied des Landesbezirksvorstandes darauf hingewiesen, daß bei der Aufstellung der Forderung die Mehrheit der Tarifkommissionsmitglieder sich an den anderen Abschlüssen dieses Jahres orientiert hätte und die Abstimmung zur 10-Prozent-Forderung knapp mit 24 zu 21 (bei 3 % ausfiel. Für die 21 Tarifkommissionsmitglieder wären selbst die 10 % noch zu hoch gewesen.

Außerdem sei die Tarifkommission von der unbewiesenen Behauptung ausgegangen, daß die Kampfbereitschaft der Mitglieder zumindest in diesem Jahr fehlen würde. Daß die verschiedenen Demonstrationen gegen Rationalisierungen und Stillegungen im Druckbereich sowie die Forderungen in Höhe und einheitlicher Mark-Forderung von den Mitgliedern in den Ortsvereinen und Betrieben diese Behauptung eindeutig widerlegen, ist den Vertrauensleuten in Speyer – und bestimmt nicht nur ihnen – sehr bewußt.

Dies kam dann in der abgeänderten Resolution unmißverständlich zum Ausdruck. Dort wird das Vorgehen der Tarifkommission und deren kompromißlerische Politik als ein Schlag ins Gesicht aller IG Druck und Papier Mitglieder bezeichnet und festgehalten, daß diese Machenschaften selbst gegen Beschlüsse des Gewerkschaftstages verstoßen, in denen es heißt: "... dafür Sorge zu tragen, daß der soziale Besitzstand gesichert und verbessert, die Abstände zwischen tariflichem Niedrigst- und Höchstlohn einerseits und zwischen Tarif- und Effektivlohn verringert werden (...)."

–KF, Ortsaufbaugruppe Speyer–

ÖTV

Frankfurt. Auf der ÖTV-Mitgliederversammlung des Schulamtes Frankfurt/M., auf der etwa 40 Mitglieder anwesend waren, wurden 16 Vertrauensleute neu gewählt.

Die Vertrauensleute haben sich darauf verpflichtet, die Mitglieder in Zukunft durch eine Informationsschrift über ihre Tätigkeit zu informieren, die Vertrauensleutesitzungen öffentlich zu machen und den Mitgliedern Rederecht zu gewähren. Sie werden sich für die Durchsetzung der 9. Planstelle im Kindertagesstättenbereich und die Ausbildung der unausgebildeten Kollegen einsetzen.

Auf der Mitgliederversammlung wurde eine Protestresolution gegen die Auflösung des Zentralen Vertrauensleuteausschuß verabschiedet, weil es notwendig ist, gemeinsam mit den anderen städtischen Bediensteten seine Interessen gegenüber der Stadt zu vertreten.

Die Versammlung faßte weiterhin den Beschluß, den Magistrat aufzufordern, die am 24.1. beschlossene Wiederbesetzung in den Betrieben der Stadtverwaltung rückgängig zu machen. Der Beschluß soll an alle Personalräte und den Zentralen Vertrauensleuteausschuß an alle Betriebe der Stadtverwaltung weitergeleitet werden mit der Aufforderung in den Kreisvorstand, den Beschluß zu veröffentlichen.

"Aufatmen können Minister"

Konstanz. Die ÖTV-Vertrauensleute an der Universität Konstanz haben einen Leserbrief an den "Südkurier" Konstanz geschrieben, in dem sie den ÖTV-Tarifabschluß ablehnen, weil er den notwendigen Forderungen der Lohnabhängigen nicht entspricht. Der Kommentator im Südkurier hatte von "Grund zum Aufatmen" geschrieben. Die Kollegen antworteten: *"Aufatmen können vor allem Regierungsräte, Staatssekretäre und Minister, die uns diesen Abschluß bescherrt haben. Ihre Bezüge steigen bei 6 % um Beträge, die für einen einfachen Lohnabhängigen 20 % bis 25 % seines Bruttolohns ausmachen würden.*

Terrot, Waiblingen/Stuttgart

Drei Tage Streik gegen Lohnabbau



Waiblinger Kollegen sind im Cannstatter Terrot-Werk angekommen, um gemeinsam mit der dortigen Belegschaft für ihre Forderungen zu demonstrieren.

In Canstatt ebenso wie in Waiblingen verteilte die Ortsgruppe Waiblingen des KBW die "Arbeiterstimme", die die Kollegen in ihrem Streik unterstützte. Am letzten Donnerstag wurden vor dem Werk Waiblingen 27 Kommunistische Volkszeitungen verkauft.

Waiblingen. Am Dienstag, den 11. März, traten die Arbeiter von Terrot in den Streik. Ihr Ziel war zu verhindern, daß die Geschäftsleitung einen Teil der 6,8 % Lohnerhöhung in der Metallindustrie auf ihre persönlichen Zulagen anrechnete (1,8 % bei den Arbeitern und 2,5 % bei den Angestellten). In der letzten Ausgabe der Kommunistischen Volkszeitung berichteten wir über den 1. Streiktag.

2. Streiktag

Am Mittwoch ging der Streik weiter, an dem sich jetzt auch die Kollegen des Cannstatter Terrot-Werks beteiligten. Kurz vor Feierabend teilte die Geschäftsleitung den Kollegen mit, daß sie das Werk schließen müßte, wenn die Belegschaft nicht von ihrer Forderung heruntergehen würde. Diese Drohung hatte aber bei den Terrot-Arbeitern keinen Erfolg. Man war davon überzeugt, daß die Terrot-Kapitalisten mit diesem Erpressungsversuch nur die Streikfront zerschlagen wollten. "Dies ist eine Machtprobe. Da geht es nicht mehr um ein paar Mark, sondern um mehr", das war die Meinung der Kollegen. Man überlegte daher, wie man der Forderung nach der vollen Bezahlung der 6,8 % und der Streikzeit noch mehr Nachdruck verleihen könnte. Es wurde beschlossen, am Donnerstag nach Cannstatt zu fahren und gemeinsam mit den Kollegen des dortigen Werkes eine Demonstration durchzuführen.

3. Streiktag

Am Donnerstag fuhren die Arbeiter geschlossen nach Cannstatt. Als man ankam, waren die Cannstatter Kollegen schon in der Kantine versammelt. Die Geschäftsleitung, Kollege Gottschlich, 1. Bevollmächtigter der IG-Metall Ortsverwaltung Stuttgart und der Betriebsrat waren anwesend. Die Terrot-Kapitalisten betonten in ihrer Rede immer wieder, wie schlecht die Lage sei und daß doch jeder Opfer bringen müsse. Kollege Gottschlich solidarisierte sich halbschächtig mit dem Streik, betonte aber immer wieder, daß die Verantwortung von den Kollegen selbst übernommen werden müßte. Betriebsratsvorsitzender Lauer richtete die dringende Bitte an die Kollegen, doch wieder zu arbeiten. Die Unterstützung des Streiks durch die Vertreter der Belegschaft und ihre Organisation, die IG Metall, war also nicht groß. Deswegen konnte es der Geschäftsleitung auch schließlich gelingen, die Belegschaft zu spalten. Die Cannstatter Terrot-Arbeiter nahmen die Arbeit wieder auf. Schramm von der Geschäftsleitung versuchte die Waiblinger Kollegen wieder einzuschüchtern und drohte mit Entlassungen. Man fuhr dann zurück nach Waiblingen und führte eine Abstimmung durch. Alle Kollegen waren für die Beendigung des Streiks und man ging zurück an die Arbeit.

Die Geschäftsleitung spaltet die Kollegen

Ergebnis: Ein Kompromiß

Der Streik bei Terrot ist damit beendet. Ihre Forderung nach voller Bezahlung der 6,8 % Lohnerhöhung ohne Streichung der persönlichen Zulagen und der vollen Bezahlung der Streikzeit haben die Kollegen nur teilweise durchsetzen können. Erreicht haben sie einen Kompromiß. Die 6,8 % sollen ab September voll ausgezahlt werden. Von der Streikzeit werden 6 Stunden bezahlt.

Daß es zu diesem Ergebnis kam, hat verschiedene Ursachen.

Für die Belegschaft von Waiblingen war dies der erste Streik und die Erfahrung fehlte. So hatten die Vertrauensleute Schwierigkeiten, die Kollegen in Streikversammlungen immer wieder zusammenzufassen und die nächsten Schritte festzulegen. Auch der Kontakt zu dem Vertrauensleutekörper des Cannstatter Terrot-Werks war schlecht und somit konnte auch ein einheitliches Vorgehen der beiden Belegschaften nicht hergestellt werden. Dies wurde noch damit verstärkt, daß das Waiblinger Werk keinen eigenen Betriebsrat hat. Die Geschäftsleitung konnte darum relativ einfach die Waiblinger Kollegen isolieren. Hauptgrund aber für das Scheitern des Streiks war die fehlende Unterstützung durch die IG Metall. Aus rechtlichen Gründen wäre das möglich gewesen, da der Streik ja um die Kürzung der persönlichen Zulagen ging, worüber es keinen Tarifvertrag und somit auch keinen Tariffrieden gibt. Zudem wird in den Arbeitskampfrichtlinien des DGB ausdrücklich ausgesagt, daß spontane Streiks, wo zuvor keine Urabstimmung stattgefunden hat, von der Organisation nachträglich genehmigt und übernommen werden können. In den nächsten Tagen wird es noch mehr Bewegungen gegen die Anrechnung der 6,8 % Lohnerhöhung auf die persönlichen Zulagen geben, weil die Kapitalisten so versuchen werden, den schlechten Lohnabschluß noch mehr zu vermiesen. Aus den Erfahrungen der Terrot-Kollegen gilt es daraus zu lernen. In Resolutionen müssen die Belegschaften, die solche Streiks auch durchführen werden, die Gewerkschaft auffordern, ihren Streik zu unterstützen.

Dadurch wird der Streik gestärkt. Denn dann besteht die Möglichkeit, daß Streikunterstützung bezahlt wird und so die Kollegen auch einen längeren Streik durchstehen können. Weiter hat die Gewerkschaft die besten Möglichkeiten, die anderen Betriebe durch Informationsblätter zu informieren und somit kann die Solidarität mit den Streikenden auch hergestellt werden bzw. ist es auch möglich, aus deren Erfahrung zu lernen.

M., Ortsgruppe Waiblingen

Bericht aus den Farbenfabriken der BASF, Werk Ludwigshafen

Allen wurde Leistungsprämie gestrichen

Im letzten Jahr hat die BASF Rekordgewinne gemacht. Die Aufträge häuften sich und den ganzen Sommer über war es eine Hetzerei.

Im Herbst kam dann die Flaute. Farben und Lacke gehen besonders schlecht. Die BASF-Töchter "Glasurit" und "Herbol" sollen kurzarbeiten. Ein Farbbetrieb im Werk Ludwigshafen ist stillgelegt. In den meisten anderen Werken ist die Produktion zurückgefahren. Aber nicht so, daß alle Anlagen weniger intensiv gefahren werden, sondern so, daß manche ganz stilliegen und andere voll ausgelastet sind.

Für uns Arbeiter sieht das so aus: Ein Teil (vor allem die ungelernten unter uns) ist ganz aus der Produktion herausgenommen und zum Streichen und Reparieren eingesetzt. Auch in anderen Farbbetrieben "leihweise". In unserm Betrieb ist fast ein Viertel der Belegschaft so umbesetzt worden. In der Osterwoche wird dicht gemacht. Jedem ist nahegelegt worden, doch seinen Urlaub zu nehmen, andernfalls er in anderen Farbbetrieben eingesetzt würde (die sind noch viel dreckiger). Auch unbezahlter Urlaub, den man sonst kaum bekommt, ist plötzlich möglich.

Unser Meister sagte: Vor Kurzarbeit brauchen wir keine Angst zu haben.

Allen wurde die Leistungsprämie gestrichen

Kurzarbeit, das heißt: weniger Stunden arbeiten, weniger Lohn. Von weniger arbeiten kann man wirklich nicht reden bei uns. Es sind nämlich so viele Kollegen aus der Produktion abgezogen worden, so daß wir anderen mindestens genauso hetzen müssen wie sonst.

Aber weniger Lohn – das trifft trotzdem voll zu. Denn allen Kollegen wurde die Leistungsprämie gestrichen. Das macht zwischen 200 und 400 Mark (Schichtarbeiter) aus, beim Höchstsatz von 20 %.

Diese Leistungsprämie ist ein Musterbeispiel dafür, wie sich die BASF-Kapitalisten die Möglichkeit schaffen, den Lohn so zu verändern, wie es ihnen paßt, trotz Tarifvertrag.

Die Leistungsprämien sind nämlich nicht tariflich abgesichert. Auch scheint es keine eindeutige Betriebsvereinbarung zu geben. Jedenfalls kann keiner von uns kontrollieren, warum es wann wieviel Prozente gibt. Die Kollegen sagen, die Höhe richte sich nicht nach dem, wieviel wir schaffen, sondern danach, wieviel die BASF an Farben umsetzt. Das können wir natürlich nicht kontrollieren.

Es hat schon Wochen gegeben, da haben wir unter großem Druck auf Lager geschafft – da gab's nur 10 %. Und andere, wo wir wirklich langsamer arbeiten konnten, da gab's die 20 %. Über 20 % gibt es aber nicht – obwohl ja der Umsatzzuwachs der BASF im letzten Jahr weit höher lag.

Jetzt, wo zwar weniger produziert wird, weil die Lager voll sind, aber eben noch weniger Leute die Produktion machen, also die Leistung von jedem Einzelnen eher höher sein müßte, bekommen wir 0 %!

Diese Prämie ist ganz offensichtlich ganz willkürlich, weder leistungsbezogen noch eine "Umsatzbeteiligung", und wir haben keinen Einfluß darauf, wie hoch sie ausfällt. Früher haben wir das kaum gemerkt, denn meistens gab es die 20 %. Aber jetzt treffen uns die zwei- bis vierhundert Mark weniger im Monat hart.

Was wir jetzt als nächstes tun müssen, ist, den zuständigen Betriebsrat – DKP-Zimpelmann – herholen und fragen, wie die Sache vom Betriebsrat aus geregelt ist. Vor Jahren ist das schon mal versucht worden, nach der Versammlung war keiner klüger als vorher. Diesmal dürfen wir uns so nicht abspeisen lassen. Es muß für uns überprüfbar gemacht werden, worauf sich die Prämie bezieht und was wir Anspruch darauf haben. Brauchen tun wir sie bei dem Lohn auf jeden Fall. Mit 900 bis 1 000 Mark kann hier keine Familie mehr durchbringen. Deswegen muß auch der Tariflohn um mindestens 200 Mark hoch!

R., BASF-Aufbauzelle

Bericht über Akkordhetze und Schichtarbeit bei MEZ in Freiburg

Aus den Textilarbeiterinnen wird das Letzte herausgeholt

Die MEZ AG gehört zu den größten europäischen Garnherstellern. Hergestellt werden alle Arten von Garnen für Handel und Industrie, die über eine eigene Verkaufsorganisation vertrieben werden. Die Gesamtleistung des Unternehmens betrug 1973 rund 91,2 Millionen DM. In demselben Jahr wurde eine Dividende von 20 % an die Aktionäre gezahlt.

Die MEZ AG ist ein typischer Frauenbetrieb. Etwa drei Viertel der an den Maschinen arbeitenden Kolleginnen und Kollegen sind Ausländer; Spanier und Portugiesen bilden die größten Gruppen. Die meisten Frauen arbeiten im Akkord und im Schichtbetrieb. Sie werden an Winderei- und Spulmaschinen, an Ettiketier-, Umbänder- und Verpackungsmaschinen eingesetzt.

In der Frühschicht geht die Arbeit um 6 Uhr los. Für die Frauen, die Kinder zu versorgen haben, heißt das, um halb 5 Uhr oder noch früher ist es aus mit Schlafen: Essen und Kleider für die Kinder richten, dann los. In der Fabrik rasen die Maschinen ohne Unterbrechung.

Die Akkordzeiten sind bis in die letzte Kleinigkeit ausgetüftelt. Zeit für eine kleine Zwischenpause haben nur die allerwenigsten. Die meisten haben Einzelakkord. Da reichen die Vorgabezeiten nur, um mal schnell auf dem Lokus zu verschwinden, kurz über die Haare zu streichen und schon gehts wieder weiter. Mal zwischendrin eine rauchen oder so ist nicht drin; die Cola oder den Kaffee lassen sie sich holen, wenn einer geht, sonst eben nicht.

In den Hallen ist eine trockene und staubige Luft.

Die Lüftung ist vollkommen unzureichend. Machst Du die Fenster auf, bekommst Du Ärger, weil der Luftzug die Arbeit erschwert und die nächste Erkältung nicht weit ist. Machst Du das Fenster nicht auf, fängt Dir der Schädel an zu brummen. Alles ist restlos vollgepfropft mit Maschinen, wo noch Platz ist, versperren Regale, Kisten und Wagen mit Waren den Weg.

Wer an den Maschinen arbeitet, ist an seinen Arbeitsplatz genagelt. Die Spulmaschinen machen einen Höllenlärm, in einigen Abteilungen über 80 Phon. Watte für die Ohren und "Kopfhörer", wie sie auf dem Flugplatz verwendet werden, sind vorhanden, aber kaum ein Mensch benutzt sie. Die Verständigungsmöglichkeiten der Arbeiterinnen sind sowieso schon minimal: Deutsche verstehen Ausländer nicht und Ausländer Deutsche nicht. Die nächste Kollegin arbeitet oft zehn oder zwanzig Meter von Dir entfernt und der Lärm übertönt jedes normal gesprochene Wort. Also schreit man "Juhu", und dann wird mit den Händen weitergeredet: "Maschine defekt", "Scheiß Arbeit", "Gott sei Dank Pause" und "noch eine Stunde bis Feierabend".

Die Löhne sind niedrig.

Im pausenlosen Einsatz an der Akkordmaschine kommen einige Wenige auf 8 Mark brutto die Stunde. Und die sind nicht mal sicher. Viele haben Lohneinbußen um 20 Pfennig und mehr hinnehmen müssen. Die Arbeit läuft nicht mehr so. Es sind viele neue Maschinen gekommen. Da sind Leute überflüssig geworden in den einzelnen Abteilungen und werden nun rumgeschoben. Manchmal weiß man nicht mehr recht, wer zur eigenen Abteilung gehört. Den Kapitalisten ist das gerade recht, das Durcheinander schafft Unsicherheit und Konkurrenz unter den Kolleginnen und Kollegen.

Unmenschlicher Akkord, zermürbende Schichtarbeit, verstärkte Fertigungskontrolle, Anpfiffe, weil man zwei Minuten zu früh an der Stempeluhr steht, ausgedehnte Spaziergänge des Direktors durch die Abteilungen, überall die REFA-Leute mit Stoppuhr und spitzem Bleistift. Die Arbeitsbedingungen der Akkordarbeiterinnen bei der MEZ AG gehören mit zu den schlechtesten in ganz Freiburg. Für diese Arbeit können sie nur die kräftigsten Frauen gebrauchen; kaum eine ist über 30.

Um 14.15 Uhr kommt dann die Ablösung. Die meisten Frauen haben die aufreibende Hausarbeit schon hinter sich. "Tät mir stinken, wenn ich jetzt schaffen müßt", werden sie empfangen. Und denen, die die ganze Hausarbeit und die Versorgung der Kinder am Nachmittag und Abend noch vor sich haben, rufen die Spätschichtler nach: "Und mir, wenn ich jetzt aufhören müßt". Dann geht der Lärm wieder los. Die Maschinen rasen bis nachts um 1/2 11 Uhr.

Wenn Hunderttausende in Freiburg Feierabend machen, holen die Akkordarbeiterinnen bei der MEZ AG das letzte aus sich heraus. Um neun Uhr sind die meisten erschöpft; die letzte Stunde ist eine Qual.

Reklame der MEZ AG:

"Qualität wird bei uns groß geschrieben. Sie ist das, was unsere Kunden an den Mez-Garnen so schätzen."

—Aufbauzelle MEZ, Freiburg—

Eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 9 % fordert die Gewerkschaft Textil für mehr als 50 000 Arbeiter und Angestellte der Textilbetriebe im Bezirk Münster/Amsberg. Außerdem wird ein Jahresurlaub von 5 Wochen gefordert.



Peking: Baumwollspinnerei Nr.1, die Arbeiterinnen haben sich elektrische Stühle auf Schienen gebaut, die auch noch Abfälle absaugen

In dieser Fabrik in der BRD müssen die Frauen ca.15 km am Tag laufen

lärm, in einigen Abteilungen über Abfälle absaugen

Gespräch mit einem arbeitslosen Lehrling in Konstanz:

„Wenn auf Lohnkampf verzichtet wird, was nützt das mir?"

Wann bist Du arbeitslos geworden und weshalb? Vor fast einem Jahr, als der Betrieb, in dem ich die Lehre machte, teilweise zumachte, bin ich arbeitslos geworden. Ich hatte längere Zeit die Hoffnung, daß ich wieder eine Lehrstelle finden könnte, doch mit der Zeit wurde die Situation immer aussichtsloser. Ich habe den Hauptschulabschluß und oft wurde mir gesagt, daß sie als Industriekaufleute nur Realschulabgänger nehmen.

Was hast Du dann gemacht?

Mir blieb nichts anderes übrig, als Gelegenheitsarbeiten zu machen, es gab keine Lehrstelle mehr und Arbeiten für längere Zeit, also feste Anstellungen waren auch schon alle vergeben. Ich habe dann als Gelegenheitsarbeiter so einige Berufe durchgemacht: Möbelpacker, Werftarbeiter, Montierer und am häufigsten Handlanger.

Wie lange machtest Du im Durchschnitt die Gelegenheitsarbeiten und was hast Du dabei verdient?

Arbeit hatte ich zum großen Teil nur einen Tag, dann mußte ich mir wieder aufs neue eine Arbeit suchen. Der Verdienst war recht unterschiedlich, von 5 bis 8 DM die Stunde.

Wieviel Arbeitslosenunterstützung bekommst Du?

In einer Woche bekomme ich ein wenig mehr als 40 DM und ausgezahlt wird es 14-tägig; das macht im Monat gerade 170 DM aus und damit soll man existieren können. Als ich noch Lehrling war, da hab ich ca. 260 DM im Monat bekommen. Dies war schon viel zu wenig. Wir haben deshalb in der Gewerkschaftsjugend zum Tarifkampf den Existenzlohn von 600 DM gefordert, um unabhängig von den Eltern leben zu können und ihnen nicht auf der Tasche zu liegen.

Wenn ich jetzt nicht von meinen Eltern Geld bekommen würde, wüßte ich nicht, was ich machen sollte. Man könnte dann schon öfters auf dumme Gedanken kommen.

Viele von den jungen Arbeitslosen sind zu Beginn ihrer Arbeitslosigkeit nicht so recht traurig über ihre Lage. Sie brauchen nicht unbedingt jeden Morgen ins Geschäft gehen. Aber jetzt, nach einem halben oder einem ganzen Jahr Arbeitslosigkeit sieht die Sache schon ganz anders aus. Jeden Tag aufs Arbeitsamt rennen und öfters ohne Arbeit wieder nach Hause zu gehen, das nervt schon ganz anständig. Zu dem kommt dann die Langeweile und die Minderwertigkeitskomplexe, die man bekommt.

Wie ist die Behandlung auf dem Arbeitsamt?

Oft wird man schikaniert und nicht wie ein Mensch behandelt. Ältere Arbeiter haben z. B. wenig Chancen, überhaupt eine Gelegenheitsarbeit zu finden. Man wird oft angeschaut, wie wenn man auf einer Viehversteigerung wäre. Wenn wir fragen, was es denn überhaupt für Arbeit gibt, dann wird uns vom Sachbearbeiter geantwortet: "Das ist doch egal, ihr wollt doch Arbeit, oder nicht?"

Wenn man z. B. eine Arbeit für zwei Wochen bekommen hat und dann wieder arbeitslos wird, muß man wieder einen neuen Antrag auf Arbeitslosenunterstützung stellen und kann dann bis zu 8 Wochen auf das erste Geld warten. Viele von uns ziehen daraus die Konsequenz, nur noch Gelegenheitsarbeiten für ein bis zwei Tage anzunehmen.

Die Schikanen, die wir oft erleben, bewirken bei uns eine Solidarität, und das ist eine gute Sache.

Du bist berufsschulpflichtig, in welche Schule und Klasse gehst Du?

Momentan gehe ich in gar keine Schule. Als ich noch in der Lehre war, bin ich in Konstanz in die Schule gegangen. Jetzt kann ich nicht mehr in die frühere Klasse gehen. Ich sollte in die Hilfsarbeiterklasse in Radolfzell gehen, doch das bringt für mich überhaupt nichts. In dieser Klasse kann ich nichts lernen, um meine Prüfung abzuschließen. Es kostet nur Geld nach Radolfzell jede Woche zu fahren.

Sehen die Arbeitslosen, die Du kennst, daß der Kapitalismus verantwortlich ist für die schlechte Lage?

Viele sehen das schon und einige haben eine große Wut im Bauch gegen dieses Gesindel.

Aber für die Arbeitslosen allein ist es sehr schwierig, ja unmöglich, was zu ändern. Da müssen alle Arbeiter zusammenhalten.

Bist Du der Meinung, daß die Arbeiter jetzt aufgrund der Arbeitslosigkeit auf eine Lohnerhöhung verzichten sollten?

Das ist einfach Quatsch. Wenn auf den Lohnkampf verzichtet wird, was nützt das mir. Wird dadurch meine Arbeitslosenversicherung größer? Nein. Wird dadurch der Arbeitsplatz sicherer oder bekomme ich wieder eine Arbeit? Ich glaube es nicht.

Die Arbeiter, die noch Arbeit haben, dürfen nicht nachgeben, denn Nachgeben bedeutet immer, daß die Unternehmer noch unverschämter werden.

Aus: Ortsbeilage Konstanz

Arbeitsloser fuhr schwarz – 6 Monate Gefängnis!

Zuerst hatte der Kollege seine Arbeit als Flugzeugmechaniker verloren. Anfang 1974 hatte er auch seine Arbeit bei der Deutschen Schlaf- und Speisewagengesellschaft verloren. Er war eingespart worden.

Er geriet in Geldnot. Weil, wie er sagte, "Hunger weh tut", suchte er seine alten Kollegen bei der DSG auf. Er bat sie um Hilfe und Essen. Die bekam er von ihnen. Dafür half er ihnen bei ihrer Arbeit im Speisewagen.

Irgendwann wurde das entdeckt und er wurde als "Schwarzfahrer" angezeigt. —G.H., Ortsgruppe Köln—

Verfassungsgericht

Verfassungsgericht entschied gegen Witwer

Karlsruhe. Der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat in einer Entscheidung gegen eine Verfassungsbeschwerde mehrerer Witwer und Sozialgerichte verlauten lassen, daß die Bestimmungen zur Rente der Witwer "zur Zeit noch verfassungsgemäß" sind.

Nach diesen Bestimmungen erhält ein Witwer gegenwärtig nur dann eine Rente aus der Versicherung seiner Frau, wenn die Frau vor ihrem Tode **den Hauptteil des Familienunterhalts** bestritten hat. Hingegen erhält die Frau nach dem gegenwärtigen System in jedem Fall Rente aus der Rentenversicherung des Mannes.

Die Kläger verwiesen auf die Verletzung des Gleichberechtigungsgrundsatzes.

Mit diesem Urteil deckt das Bundesverfassungsgericht ganz offensichtlich eine unhaltbare Bestimmung innerhalb der gegenwärtigen Rentenversicherung. Der Zweck ist leicht zu ersehen.

Der Staat hat nämlich kein Interesse daran, daß aus den Beiträgen der Lohnabhängigen durch eine entsprechende Gleichstellung der Witwer jährlich 1,5 Milliarden an Rentenleistungen mehr aufgebracht werden müssen. Es liegt ihm daran, möglichst viel von den Rücklagen der Lohnabhängigen für seine eigenen Zwecke in den Fingern zu behalten. Das kann er leicht, solange die Selbstverwaltung der Sozialversicherung ausgeschaltet bleibt.

Gerade gegenwärtig, wo die Staatskasse gefräßig alles verschlingt, was sie kriegen kann, um damit der Kapitalistenklasse aus der Krise zu helfen, gilt das ganz besonders. Selbst die "Frankfurter Rundschau" mußte deshalb zugeben, daß die Verfassungsrichter diesmal wie "Finanzminister" gesprochen haben.

Zwar sah sich das Gericht genötigt, den Gesetzgeber aufzufordern, eine Neuregelung vorzubereiten; das aber erst in zehn Jahren, fürs erste ist also die Sache vom Tisch.

Der Weg, den das Gericht diesmal gegangen ist, hat allerdings seine Tücken. Wenn es ihm beim Urteil für den § 218 darauf ankam, als Stimme einer ehernen und ewigen Wertordnung zu tönen, hört es sich diesmal ganz anders an. Einmal sah sich das Gericht gezwungen, sein eigenes Urteil von 1963 für nichtig zu erklären. Damals hatte es nämlich in derselben Frage noch schlankweg die bestehende Regelung damit verteidigt, daß die Frau normalerweise Hausfrau, der Mann Geldverdiener sei und deshalb ein Ausgleich für die Witwe berechtigt sei, für den Mann aber nicht. Das war etwas weit ab von der Wirklichkeit, wo doch die Hälfte aller Frauen in der BRD erwerbstätig ist.

Jetzt behauptet das Gericht, die Wirklichkeit habe sich geändert. Deshalb müsse auch die Verfassung neu ausgelegt werden. So langsam entstehe eine Situation, wo die Regelung anfange, der Verfassung zu widersprechen. Die Frauen würden jetzt mehr berufstätig sein als damals, allerdings seien es noch nicht genug, um zu sagen, es sei gegen die Verfassung. Außerdem würden auch jetzt noch die Frauen im Schnitt weniger verdienen als die Männer.

Das sind nun schon recht eigenwillige Winkelzüge. Wenn also vielleicht 35 % der Erwerbstätigen Frauen sind, dann soll etwas ungerecht sein, was jetzt, wo es ein paar Prozent weniger sind, noch gerecht ist. Die über 700 000 Witwer, die jetzt betroffen sind, sollen jetzt etwas für gerecht halten, was 1984 nicht mehr gerecht sein soll. Die Gerechtigkeit soll also eine Frage der Statistik sein. Und diese Gerechtigkeit soll auch noch ihren Grund darin haben, daß die Frauen auf dem Arbeitsmarkt von den Kapitalisten noch schlechter behandelt werden als ihre männlichen Kollegen.

Daß die berufensten Vertreter der herrschenden "Gerechtigkeit" mit solchen Gaunerstückchen arbeiten müssen, das wird dem Staat gewiß auf Dauer nicht nützlich sein, auch wenn er jetzt finanziell seinen Vorteil hat.

Zu plump hat hier das Verfassungsgericht rausgelassen, was dem bürgerlichen Staat die Gleichheitsgrundsätze wert sind, wenn sie mit dem Bedarf der Staatskasse unverträglich sind. —hv—

Die Preisstoppkampagne der DKP ist ein großer Schwindel

Ein Preisstoppgesetz schützt vor Ausbeutung und Ausplünderung nicht/ Solange die Produktionsmittel Wenigen gehören wird es immer Preissteigerungen geben

Mit viel Aufwand und Verbrauch von Papier zieht die DKP gegenwärtig auf Unterschriftenfang für einen "gesetzlichen Preisstopp". Vor allem bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen versucht sie gegenwärtig, diesen Köder an den Mann zu bringen.

In einer achtseitigen Zeitung, die die DKP in Köln verteilte, heißt es: *"Dem inflationären Preisanstieg wirksam und sofort Einhalt gebieten, dem dient ein Preisstoppgesetz, mit dem die DKP jetzt an die Öffentlichkeit getreten ist. Der von der DKP vorgelegte Entwurf stützt sich auf das Grundgesetz Art. 14, wonach der Gebrauch des Eigentums dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen hat".*

Freilich verschweigt die DKP bereits hier die volle Wahrheit, ganz so wie das eben einer machen muß, der im Trüben fischt. Denn bevor im Artikel 14 vom "Wohle der Allgemeinheit" die Rede ist, wird dort festgestellt, daß das Privateigentum durch den Staat gewährleistet und geschützt wird.

Das Kunststück, das die DKP gesetzlich fertigbringen will, besteht darin, das Privateigentum an Produktionsmitteln, das in den Händen weniger Kapitalisten ist, in den Dienst der "Allgemeinheit" zu stellen, ohne es als Privateigentum anzutasten – ein Kunststück, nicht minder leicht, als über das Wasser zu wandeln, ohne sich dabei nasse Füße zu holen.

Artikel 1 dieses Preisstoppgesetzes lautet: Die Preise *"werden sofort gestoppt".*

Das hört sich gut an. Und zwar so gut, daß auch die Bourgeoisie schon oft auf den Gedanken gekommen ist, einen Preisstopp zu erlassen, um der Inflation entgegenzuwirken, wobei dies auch meist mit einem Lohnstopp verbunden war.

Es hätte also nahe gelegen, daß die Gesetzesmacher der DKP einmal die Erfahrungen, die man in kapitalistischen Ländern mit Preisstopps hat, untersucht hätten.

In wohl allen kapitalistischen Ländern wurden in der Geschichte bisher Preisstopps durchgeführt. In Großbritannien zum Beispiel 1972, in den USA zu Beginn der 70er Jahre. Ergebnis dieser gesetzlichen Unternehmen war stets, daß die Preise nicht dachten, sich an das Gesetz zu halten, und daß sie allerlei Mittel und Wege fanden, doch zu steigen.

An den Preisstopp halten sich die Preise nicht

Da verschwanden plötzlich alte Produkte vom Markt, kehrten in neuer Verkleidung und unter anderem Namen, aber mit höheren Preisen, zurück. Das funktionierte trefflich, denn der Preisstopp kann sich ja nur auf die Waren beziehen, die bereits auf dem Markt sind.

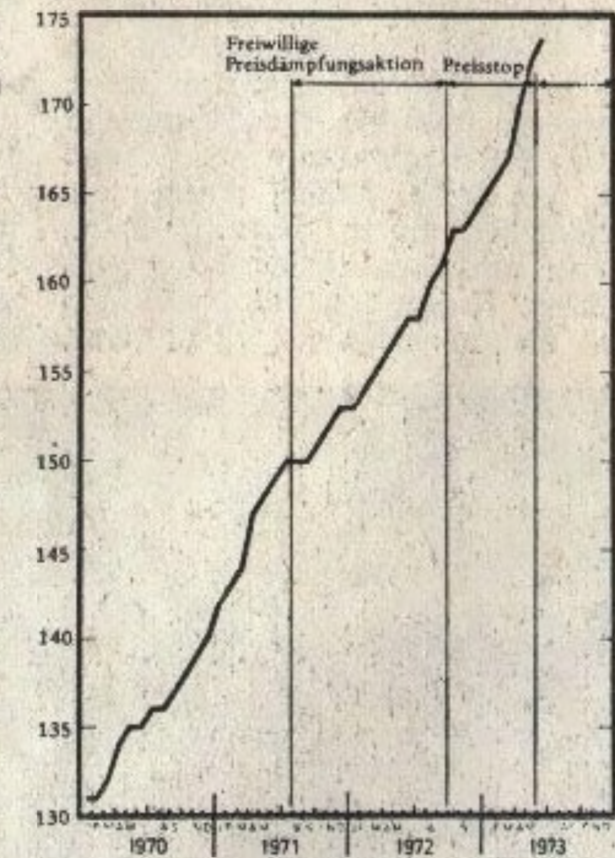
Das funktioniert so trefflich, daß es auch in den Musterländern der DKP, der Sowjetunion und DDR, angewandt wurde, um so die Preise zu erhöhen, ohne daß man eine Preissteigerungsrate zu verzeichnen hatte.

Wo aber dies nicht funktionierte, hielten die Kapitalisten ihre Waren zurück vom Markt, auf dem der Preisstopp galt.

Dafür bildete sich ein Schwarzmarkt, auf dem man diese Waren kaufen konnte, wobei dort die Preise dann noch höher sind, als sie auf dem offiziellen Markt ohne Preisstoppgesetz wären. Denn zum Preis kommt jetzt noch ein Aufschlag hinzu, den man dem Händler als Risikoprämie zahlen muß, für den Fall, daß er von der Polizei erwischt wird.

Wo aber auch all dies nichts half, hielten die Kapitalisten ihre Waren bis zu dem Tage zurück, an dem der Preisstopp wieder aufgehoben wurde, denn er wird ja nur für eine begrenzte Zeit durchgeführt. Wird er dann aufgehoben, dann schnellen die Preise mit einem Schlag in die Höhe, weil sich die Kapitalisten für den Verlust schadlos halten, der ihnen durch den Preisstopp eventuell zugefügt wurde. Und die Kapitalisten, die keinen Verlust haben, ziehen mit und machen so doppelte Gewinne.

All diese Erfahrungen haben sich mit Preisstopps in den kapitalistischen Ländern ergeben. Man sieht, hätte die DKP ihre Preisstoppidee auf den Boden dieser Tatsachen gestellt, so hätte sie sich bei dem Versuch, über Wasser zu wandeln, äußerst nasse Füße geholt



So stiegen die Preise während des Preisstopps in Großbritannien

Immerhin könnte die DKP jetzt einwenden: Unsere Gesetzesvorlage wird verhindern, daß die Waren in neuer Verpackung mit höherem Preis auf den Markt kommen, daß es Schwarzmärkte gibt, daß die Kapitalisten die Waren zurückhalten.

Aber wie kann man Schwarzmärkte verhindern und verbieten, daß die Kapitalisten ihre Waren zurückhalten? Dazu müßte zum bisherigen Preisstoppgesetz der DKP noch ein weiteres Gesetz hinzukommen, das vorschreibt, daß die Kapitalisten alle ihre Waren verkaufen.

Aber auch das würde nicht genügen, denn die Kapitalisten würden dann ihre Produktion einschränken, also benötigte man noch ein Gesetz, das den Kapitalisten befiehlt, viel zu produzieren.

Aber wieviel? Denn zum Produzieren gehört auch, daß die Kapitalisten investieren, man müßte ihnen also auch vorschreiben, wieviel sie investieren sollen, ganz so, wie sich das die Jungsozialisten mit der Investitionsplanung vorstellen.

Ein Rattenschwanz von Gesetzen – und trotzdem würden alle diese Gesetze keinen Preisstopp erzwingen können. Und dies, weil die Produktionsmittel Privateigentum der Kapitalisten sind.

Und solange das so ist und die Produktionsmittel und Waren den Kapitalisten gehören, wird kein Gesetz sie daran hindern können, auf dem Markt mit allen Mitteln so hohe Preise herauszuschlagen, wie es irgendwie geht.

Nur weil die DKP in ihrem Preisstoppgesetz bloß die Nebenseite des Artikels 14 des Grundgesetzes, daß das Eigentum dem Wohle der "Allgemeinheit" dienen müsse, zitiert und verschweigt, daß es sich hierbei um ein Eigentum handelt, das einer Minderheit in dieser Gesellschaft gehört, bringt sie das Kunststück fertig, einen Preisstopp als erfolgreich vorzuschlagen, ohne das Privateigentum der Kapitalisten anzutasten.

Durch noch so viele Gesetze aber wird man dieses Privateigentum Weniger nicht aufheben können, solange die politische Macht eben in den Händen dieser Wenigen ist.

Und wie man gesehen hat, ist es diese kapitalistische Produktionsweise, die zu ständigen Preissteigerungen führt. Wo dies nicht offen geht, führt sie zu Schwarzmärkten, zum Zurückhalten der Waren durch die Kapitalisten und anderen Formen der versteckten Preiserhöhung.

Auf dem Boden dieser Wirtschaftsweise läßt sich daher die Ausplünderung der Lohnabhängigen auf dem Warenmarkt nicht beseitigen. Man wird also die Preissteigerungen, die eine ständige Folge der kapitalistischen Wirtschaftsweise sind, nicht anders beseitigen können als durch die Beseitigung dieser Wirtschaftsweise selbst.

Dies aber kann nicht durch ein Gesetz geschehen, sondern nur dadurch, daß sich die Arbeiterklasse die politische Macht erkämpft, zum Zwecke der Errichtung einer Gesellschaftsordnung, in der für die Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der Volksmassen produziert wird. Hier aber wird es das Problem des Preisstopps nicht mehr geben, weil die Ausplünderung auf dem Warenmarkt verschwunden ist.

Aber von Sozialismus spricht die DKP in ihrer Gesetzesvorlage auch nicht, obwohl sie sich im Geheimen offensichtlich vorstellt, sie könnte sich diesen durch Gesetzesvorlagen im Bundestag erschleichen.

So wenig die DKP in ihrem Gesetzentwurf davon spricht, so wenig geht dieses Gesetz auch von den Interessen und Zielen der Arbeiterklasse aus.

Gegen die Preissteigerungen muß die Arbeiterklasse im Lohnkampf antreten

Die Ausplünderung auf dem Warenmarkt, das Elend der ständigen Preissteigerungen trifft nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch die Bauern, die Beamten, die Selbständigen, überhaupt jeden, der nicht über soviel Geld verfügt, daß ihn die Preissteigerungen kalt lassen.

Aber die Arbeiterklasse produziert die Waren, die die Kapitalisten auf den Markt bringen, nur sie trägt das Elend der Ausbeutung, zu dem das der Ausplünderung auf dem Warenmarkt hinzukommt. Und es ist sonnenklar, daß die Kapitalisten, wenn ihnen die Möglichkeit der Ausplünderung auf dem Warenmarkt beschnitten würde, umso mehr die Ausbeutung der Arbeiter in der Produktion, die Arbeitshetze und die Lohndrückerei verschärfen würden.

Aber auch von dieser Tatsache will die DKP nichts wissen. Vielmehr verspricht sie, daß während des Preisstopps die Reallöhne angehoben würden, wozu sie – weil die Kapitalisten da wohl kaum mitziehen werden – offensichtlich noch ein Gesetz benötigen würde, das der Erhöhung der Löhne dient.

Aber die Arbeiterklasse kann den ständigen Preissteigerungen nicht anders gegenübertreten, als daß sie den Kapitalisten in den Lohnverhandlungen die Rechnung aufmacht, um sich den Wert ihrer Arbeitskraft zu erkämpfen.

Dabei kommt es darauf an, die Einheit der Arbeiterklasse auf der Grundlage der Forderung nach ausreichendem Lohn, nach einem Arbeitslosengeld von 80 %, nach einer Beschränkung des Arbeitstages herzustellen.

Dem tritt die SPD/FDP-Regierung entgegen, indem sie verspricht, die Preissteigerungen würden gebremst, wenn nur die Löhne niedrig blieben. Und bei vielen Arbeitern findet diese Propaganda der sozialdemokratischen Regierung noch Gehöhr.

Statt dieser Propaganda entgegenzutreten, statt den Gedanken der Notwendigkeit des selbständigen Kampfes um den Lohn in der Arbeiterklasse zu verankern, tritt die DKP in dieser Lage mit dem Vorschlag eines Preisstopps auf, der erstens undurchführbar ist und zweitens vom Lohnkampf ablenkt. Dies wohl zu keinem anderen Zwecke, als sich der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung anzudienen. Dafür führt sie jetzt den "Preiskampf".

Statt die Einheit der Arbeiterklasse im Lohnkampf, im Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit herzustellen, versucht die DKP, über den Preisstopp die Einheit all derer herzustellen, die unter den Preissteigerungen leiden.

Anders ist die Lage, wo sich die Massen im Kampf gegen die Ausplünderung durch den Staat zusammenschließen, gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife, der Tarife für Strom, Gas und Wasser. Denn der Staat ernährt sich von den Steuern und ist nicht, wie die Kapitalisten, gezwungen, aus dem Markt so viel wie möglich herauszuschlagen.

Der Staat soll sich den "Kontrollinstanzen" unterwerfen

Nun wissen aber diese Preisstoppolitiker, daß ein Gesetz, auch wenn es beschlossen wurde, deswegen noch nicht durchgeführt werden muß. Darum fordern sie die "demokratische Kontrolle" des Preisstopps. Dazu schreiben sie in Paragraph 4 ihrer Gesetzesvorlage: *"Es werden örtliche und betriebliche Preiskontrollinstanzen durch Gewerkschaften und Betriebsräte, Verbraucherverbände, demokratische Jugend- und Frauenorganisationen, Organisationen des Mittelstandes und der Bauern gebildet."*

Offensichtlich vergessen haben sie noch die Gesangsvereine, Sportvereine und diverse Kaffeekränzchen. Diese "Kontrollinstanzen" sollen "alle Rechte und Vollmachten" haben, den Preisstopp und die Preiskontrolle durchzuführen; *"bestehende Einrichtungen aller Gebietskörperschaften sind zur Unterstützung der Kontrolle verpflichtet".*

Im Klartext heißt dies, es wird eine Instanz aus allen möglichen und unmöglichen Organisationen gebildet, und die Verwaltung und Polizei sind verpflichtet – denn das sind die Einrichtungen der Gebietskörperschaften – , sich dieser Instanz zu unterstellen.

Man stelle sich diesen Unsinn vor. Es fordert die DKP vom bürgerlichen Staat ein Gesetz, daß er seine Verwaltung und Polizei diesen Kontrollinstanzen unterstellt und an sie seine Macht abtritt.

Daß er daran aber gar nicht denken wird, liegt auf der Hand. Vielmehr würde er sich diese Kontrollinstanzen unterwerfen und sie zu seinem verlängerten Arm, zur staatlichen Hilfspolizei machen.

Und was für Rechte müßten diese Kontrollinstanzen haben? Nach all dem, was wir bisher sahen, müßten sie das Recht haben, die Warenlager der Kapitalisten zu inspizieren. Und nicht nur das, sie müßten auch das Recht haben, diese Warenlager zu räumen, wenn die Kapitalisten nicht verkaufen wollen.

Das wird aber nur mit Gewalt gehen, weil die Kapitalisten da nicht zuschauen werden. Eben dazu braucht man dann die Polizei. Es müßten wohl auch die Kontrollinstanzen über den bürgerlichen Gerichten stehen, sonst könnte ihnen der Herr Amtsrichter ja schnell verbieten, Warenlager zu räumen.

All diese Forderungen, wie die Unterstellung der Polizei unter die "Kontrollinstanzen", stellt die DKP in ihrem Gesetzentwurf nicht offen auf, müßte sie aber fordern, wenn ihr gelegtes Preisstoppei zu einem Küken heranwachsen wollte.

Aber auch dann würde das Küken wohl kaum zu einem Hahn heranwachsen. Denn die Polizei sieht ihre vornehmste Aufgabe darin, das Privateigentum der Kapitalisten zu schützen. Davon wird sie sich auch durch kein Preisstoppgesetz abbringen lassen.

Zum Wohle der "Allgemeinheit", der Arbeiterklasse und des Volkes können die Produktionsmittel eben erst verwendet werden, wenn die Arbeiterklasse sie den Kapitalisten entreißt. Freilich wird dies nicht mit Hilfe des bürgerlichen Staatsapparates und seiner Polizei, sondern nur durch die bewaffnete Macht der Arbeiterklasse und des Volkes gehen. Mit all dem haben aber die "Kontrollinstanzen" der DKP nichts zu schaffen.

Wie wenig ernst es der DKP mit diesen "Kontrollinstanzen" ist, sieht man aber schon daran, daß sie nichts darüber sagt, wer die politische Führung in diesen Organen innehaben soll, der Beamtenbund oder die Arbeiterklasse.

Viele dieser Maßnahmen, die die DKP mit Hilfe bürgerlicher Gesetze und der Polizei durchführen will, wird freilich die Arbeiterklasse durchführen, wenn sie die politische Macht in den Händen hat. Sie wird die Schwarzhändler verjagen, gefüllte Warenlager räumen, einen Preisstopp verhängen und den Herrn Amtsrichter zu nützlicher Arbeit anhalten. All dies sind wahrscheinlich notwendige Maßnahmen einer Räteregierung in den ersten Tagen, in denen sie die politische Macht hat, bis die Räte die Produktion organisiert haben.

All das hat aber nichts zu tun mit dem halbherzigen Gesetzessozialismus der DKP, die die Folgen des Privateigentums nicht antasten will. Insofern kann als sicher gelten, das Preisstoppgegacker der DKP wird aus diesem Ei nur ein mißratenes Küken herausschlüpfen lassen.

Einfacher, weil der einzig gangbar Weg zur Verhinderung der Ausplünderung der Volksmassen auf dem Warenmarkt, wird es sein, wenn den Kapitalisten die Produktionsmittel weggenommen werden, wenn eine Gesellschaft errichtet wird, in der die arbeitende Klasse die herrschende Macht im Staate ist. –e.r.–

Ende des Preisstopps in Polen

Preiserhöhungen für Lebensmittel in Aussicht gestellt/ Während des Preisstopps stiegen die Preise

In einer Rundfunkansprache hat der polnische Ministerpräsident Jarozewicz sich an die Bevölkerung gewandt: Die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, Gemüse, Obst, Milch, Fleisch, Pflanzenöl und Zucker ist nicht mehr vollständig gewährleistet. Auch bei Produkten der Leichtindustrie, "gewissen Gebrauchsgütern", Wohnungen und landwirtschaftlichen Geräten gebe es Schwierigkeiten.

Von dem mit großem Tamtam am Anfang des Jahres verkündeten Preisstopp für Lebensmittel, der bei Haushaltwaren von Preiserhöhungen begleitet war, ist keine Rede mehr. Der Ministerpräsident erklärte, die Preise der Lebensmittel auf den freien Märkten sowie in den staatlichen Geschäften würden durch die Schwierigkeiten "negativ beeinflußt" (Frankfurter Rundschau 8.3.75, Frankfurter Allgemeine Zeitung 15.3.75).

Was bedeutet das, wenn man in Rechnung stellt, daß der Herr Ministerpräsident beschönigende Worte benutzt? Was bedeutet es, wenn für die Bevölkerung nicht mehr genug Kartoffeln, Gemüse, Obst, Milch, Öl, Zucker und Fleisch vorhanden ist? Es bedeutet, daß Hunger droht.

So schwerwiegend diese Aussicht für die Arbeiter und armen Bauern ist, so irrwitzig ist die Erklärung, die der Ministerpräsident gab: "die ungünstigen Witterungsverhältnisse des vergangenen Jahres". Zunächst ist es schon unerfindlich, warum die Witterungsverhältnisse Einfluß auf die Produktion der Leichtindustrie haben sollen. Vor allem aber wird deutlich, daß die neue Ausbeuterklasse und der imperialistische Oberherr, die neue Ausbeuterklasse der UdSSR, das Volk in Polen in einem Maße ausbeuten und ausplündern, daß nicht einmal mehr Lebensmittelreserven vorhanden sind. Aber Villen, Jachten, Luxusautos, teure Möbel, Schmuck und Kunstsammlungen sind vorhanden (vgl. KVZ 8/75), und das Kapital für florierenden Kapitalexport ist vorhanden (vgl. KVZ 25/74).

Der unlängst bekanntgewordene Skandal um den stellvertretenden Ministerpräsidenten Jan Mitrenga wirft ein anderes bezeichnendes Licht auf die Lebenslage der Arbeiterklasse und der Volksmassen.

Dieser Herr war von 1971 bis 1974 für den Bergbau verantwortlich. Unter seiner Verantwortung wurde die Arbeitshetze für die Bergarbeiter unerhört gesteigert. 1973 wurden 156 Millionen Tonnen Kohle gefördert, 1974 waren es 160 Millionen Tonnen, 1975 sollten es 176 Millionen Tonnen sein. (Unsere Zeit, 30.11.74, Neue Zürcher Zeitung, 11./12.1.75)

Mit welchen Methoden diese Steigerung erfolgt ist, kann man daran sehen, daß seit 1972 die Kette der Grubenunglücke mit Dutzenden und Aberdutzenden von toten Arbeitern nicht abriß.

Keines dieser Grubenunglücke hat dem Herrn Mitrenga den Kragen gekostet, denn er führte die Regierungspolitik aus. Den Kragen gekostet hat ihn die Tatsache, daß er der Regierung frisierte Statistiken vorlegte: Er flog, als herauskam, daß zwar die Exportgeschäfte mit Kohlen immer pünktlich abgewickelt wurden, aber der Inlandsmarkt nicht genug Kohlen bekam. Zu den Arbeitsunfällen und der drohenden Stockung der Versorgung mit Lebensmitteln für die Arbeiter also auch noch Kälte. Der Herr Mitrenga ist weich und warm gefallen. Er ist Botschafter geworden. (Neue Zürcher Zeitung, 27.2.75)

–Mo–



Vorbereitung des 1. Mai 1975: Für eine Demonstration der Einheit der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse und ihrem Staat

Gegenwärtig wird in den Betrieben und in den Gewerkschaften der 1.Mai vorbereitet. Viele Arbeiter erkennen, daß es am 1. Mai, mehr noch als in den letzten Jahren, darauf ankommt, der Kapitalistenklasse entgegenzutreten. Die Ursache hierfür ist, daß der Druck der Kapitalisten in der Krise immer stärker wird und daß die Auswirkungen der Krise immer fühlbarer werden. Dagegen haben sich in den letzten Monaten mannigfaltige Kämpfe entwickelt, Kämpfe gegen Betriebsschließungen und Entlassungen, gegen die Verschärfung der Arbeitshetze und gegen Arbeitszeitverlängerung, Kämpfe gegen die Kürzung von Zulagen und gegen den allgemeinen Lohnraub. Streiks und Demonstrationen wurden durchgeführt. Eine besondere Breite hat der Kampf gegen die kapitalistische Ausbildungsmisere und gegen die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen erlangt. Am 1. Mai ist es möglich, all die vielfältigen Kämpfe zusammenzufassen und Forderungen gegen die Kapitalistenklasse zu erheben, hinter denen sich die ganze Arbeiterklasse zusammenschließen und ihre Interessen gegenüber der Kapitalistenklasse und dem bürgerlichen Staat zum Ausdruck bringen kann.

Zahlreiche Forderungen wurden von verschiedenen Belegschaften und von bestimmten Teilen der Arbeiterklasse aufgestellt, und zahlreiche Forderungen werden durch den weiteren Verlauf des Klassenkampfes auf die Tagesordnung gestellt werden.

Wir meinen, daß die folgenden Forderungen gegenwärtig besonders wichtig sind und die Grundlage bilden können für die Einheit der Arbeiterklasse und ihre Selbständigkeit gegenüber der Kapitalistenklasse.

Die Kapitalisten nutzen die gegenwärtige Krise, um in den Betrieben die Arbeitshetze zu steigern. Was früher zwei gemacht haben, soll heute einer machen. Die Arbeitslosigkeit nutzen sie als Druckmittel, um die Lage der Arbeiter in den Betrieben zu verschlechtern, und durch die Verschlechterung der Lage in den Betrieben steigern sie die Arbeitslosigkeit. Erst werden Teile der Belegschaft hinausgeworfen unter Hinweis auf die wirtschaftliche Lage. Das Arbeitstempo für den Rest der Belegschaft wird verschärft. Dann werden die nächsten hinausgeworfen und die Schraube wird weiter angezogen.

Während auf der einen Seite Kurzarbeit eingeführt wird, um an den Löhnen zu sparen, wird auf der anderen Seite Zwang ausgeübt, um Überstunden zu machen und so Arbeitskräfte zu sparen.

Je mehr der Kapitalist Arbeiter entläßt, um so mehr verschärft er die Lage der zurückgebliebenen Arbeiter, und je mehr er die zurückgebliebenen Arbeiter auspreßt, um so eher kann er weitere Entlassungen vornehmen. Auf diese Weise schafft sich der Kapitalist die Voraussetzungen, um schließlich mit wesentlich weniger Arbeitern wesentlich höhere Profite zu machen. Für den Kapitalisten ist dann die Krise gemeistert und für die Arbeiter insgesamt hat sich die Lage verschlechtert.

Gegen diese Maßnahmen der Kapitalisten müssen sich die Arbeiter unter folgenden Forderungen zusammenschließen und sie als Klasse gegenüber der Kapitalistenklasse erheben und durchsetzen:

Gegen die Verschärfung der Arbeitshetze: Verbot des Akkordsystems!

Gegen die Verlängerung der Arbeitszeit: Verbot der Überstundenarbeit; Siebenstundentag!

Um die Folgen der Arbeitslosigkeit einzuschränken und die Einheit zwischen den Arbeitern im Betrieb und den Arbeitslosen zu stärken, müssen von der ganzen Arbeiterklasse folgende Forderungen erhoben werden:

Mindestens 80 % Arbeitslosengeld für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit!

Bezahlung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung durch die Kapitalisten!

Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsvermittlung durch die Lohnabhängigen!

Besonders schwer trifft die gegenwärtige Krise die Arbeiterjugend und die jugendlichen Arbeitslosen.

Es zeigt sich, daß die Ausbildung der Arbeiterjugend auf keinen Fall länger eine Privatangelegenheit des Kapitalisten bleiben darf, die er gemäß seinen Profitbedürfnissen regelt. Die Jugend ist die Zukunft der Arbeiterklasse, und deshalb muß die ganze Arbeiterklasse dafür eintreten, daß die allgemeine Schulpflicht bis zum 18.Lebensjahr für die Jugend der Arbeiterklasse wirklich zu einem Recht auf Schulbildung wird.

Die gegenwärtigen Berufsschulen bieten dieses Recht keineswegs, und den jugendlichen Hilfsarbeitern oder gar den jugendlichen Arbeitslosen nützt die gegenwärtige Berufsschule gar nichts.

Auf dem Weg zur Durchsetzung der Einheitsschule für alle bis zum 18.Lebensjahr müssen in der gegenwärtigen Lage sofort folgende Forderungen erhoben und durchgesetzt werden. Sie sind auch bereits durch zahlreiche Gewerkschaftsversammlungen und Vertretungen der Arbeiterjugend beschlossen worden:

Anerkennung der Jugendlichen, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose!

Arbeitslosengeld für jugendliche Arbeitslose in Höhe von wenigstens 60 % des durchschnittlichen Facharbeiterlohnes!

Berufsschulausbildung an zwei arbeitsfreien Wochentagen!

Recht für jugendliche Arbeitslose wie auch für jugendliche Hilfsarbeiter auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl. Recht auf Unterricht in solchem Umfang, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können.

Zugangs- und Inspektionsrecht für Gewerkschaften und Betriebsräte!

Die Arbeiterklasse wird gegen die Kapitalistenklasse nur erfolgreich antreten können, wenn sie allen Spaltungsversuchen der Kapitalisten entgegentritt. Um im Betrieb der Spaltung in Männer und Frauen entgegenzutreten, ist es notwendig, einheitlich die Forderung durchzusetzen:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Um die Spaltung in deutsche und ausländische Arbeiter zu erschweren, ist es notwendig, gemeinsam gegen die rechtlose Lage der ausländischen Arbeiter anzukämpfen unter der Forderung:

Gleiche Rechte für die ausländischen Arbeiter!

Um diese Forderung zu verwirklichen, ist die obligatorische Einbürgerung aller ausländischen Arbeiter notwendig, sobald sie drei Monate in der BRD oder in Westberlin leben und arbeiten.

Insgesamt braucht die Arbeiterklasse, um ihre Interessen gegen die Kapitalisten zu vertreten, Kampfrechte. Diese Kampfrechte sind:

Uneingeschränktes Streikrecht und Demonstrationsrecht!

Uneingeschränkte Organisationsfreiheit!

Die Friedens- und Schweigepflicht für Betriebs- und Personalräte muß beseitigt werden!

All diese Rechte können nur gegen den bürgerlichen Staat durchgesetzt werden, der sie im Auftrag der Kapitalistenklasse einschränkt.

Weil der bürgerliche Staat insgesamt sich gegen die Arbeiterklasse und das Volk richtet, setzt er alles daran, die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst zu entrechten und gefügig zu halten. Für die Arbeiterklasse insgesamt ist es von großer Bedeutung, daß die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst nicht ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte beraubt werden. Richtig ist es deshalb zu fordern:

Uneingeschränktes Streikrecht und freie politische Betätigung für die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst!

Erneut haben sich in den letzten Jahren die Kämpfe gegen den Paragraphen 218 entwickelt. Dieser Paragraph ist gegen die Arbeiterklasse und gegen die Armen gerichtet. Nicht nur, daß vor allem sie durch die Verhältnisse zu Abtreibungen gezwungen werden, sie vor allem werden durch diesen Paragraphen in die Hände von Pfuschern getrieben, und nur sie werden durch diesen Paragraphen der Verfolgung durch die bürgerliche Strafjustiz ausgeliefert.

Hatte das Parlament unter dem Druck der Empörung gegen diesen Paragraphen zunächst die Fristenlösung zugestanden, von der sich viele eine einschneidende Verbesserung versprachen, so hat das Bundesverfassungsgericht durch sein Urteil den alten Rechtszustand wieder unverändert hergestellt.

Eine einschneidende Änderung kann nur das Volk selber erkämpfen, und diese einschneidende Änderung kann nur in der ersatzlosen Streichung des Paragraphen 218 bestehen. Deshalb ist es richtig und notwendig, gerade an diesem 1.Mai die Forderung zu erheben:

Weg mit dem § 218!

Die Arbeiterklasse ist gegen den § 218. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes muß man fordern:

Das Volk selber soll entscheiden!

Um seine Interessen gegen die Kapitalistenklasse durchzusetzen und die notwendigen Rechte zu erobern, braucht die Arbeiterklasse klassenbewußte, kampfstarke Einheitsgewerkschaften.

Schädlich ist es deshalb für die Arbeiterklasse, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Gewerkschaften an den bürgerlichen Staat binden und daß sie immer mehr dazu übergehen, die Einheitsgewerkschaften in sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften zu verwandeln, die mit den bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten und sich ihrem Willen unterwerfen und gleichzeitig die Kommunisten und andere klassenbewußte Gewerkschafter hinauswerfen. Deshalb ist es richtig, auch am 1.Mai gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufzutreten, die die Herstellung der Gewerkschaftseinheit gegen die Kapitalistenklasse erschweren.

Grundlegend wird die Arbeiterklasse ihre Lage nur ändern können, wenn sie die herrschende Ausbeuterordnung stürzt. In dieser Ausbeuterordnung gehören die Maschinen und Fabriken den Kapitalisten, und der Staat ist dazu da, daß er diese Ausbeuterordnung verteidigt.

Alle Rechte, die sich die Arbeiterklasse erkämpft, um ihre Interessen gegen die Kapitalistenklasse durchzusetzen, müssen deshalb vor allem dazu genutzt werden, das grundlegende Interesse der Arbeiterklasse durchzusetzen: den Sturz der Ausbeuterordnung, die Enteignung der Ausbeuter und den Aufbau des Sozialismus.

Gerade am 1.Mai kommt es darauf an, die Forderungen, die sich aus den Tagesinteressen der Arbeiterklasse ergeben und die den Interessen des Volkes entsprechen, zu verbinden mit dem Ziel des Sozialismus.

Deshalb ist es richtig, am 1. Mai sich zusammenzuschließen unter der Losung:

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!

Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

Das letzten Endes entscheidende Machtmittel der Kapitalistenklasse, um die Arbeiterklasse auf diesem Weg abzublocken und sie gewaltsam niederzuschlagen, wenn sie sich zum Kampf erhebt, ist die Polizei und die Armee. Die Angehörigen der Polizei und der Armee werden durch die Kapitalistenklasse von der Arbeiterklasse getrennt gehalten, damit sie, wann immer notwendig, unter dem Kommando der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und das Volk eingesetzt werden können.

Auf dem Weg zur allgemeinen Volksbewaffnung und zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates kommt es vor allem darauf an, solche Forderungen zu erheben, die sich gegen die Lostrennung der Soldaten von der Arbeiterklasse und von den anderen Teilen des Volkes wenden. Nur so kann verhindert werden, daß Angehörige der Arbeiterklasse und des Volkes auf die Arbeiterklasse und das Volk schießen werden, sondern in der entscheidenden Situation auf der richtigen Seite stehen.

Gegen die Lostrennung der Soldaten von der Arbeiterklasse und vom übrigen Volk wendet sich die Forderung nach Lohnfortzahlung während der Dienstzeit. Bezahlung der Soldaten, die noch nicht im Lohnverhältnis gestanden haben, entsprechend den Zeitsoldaten. Kündigungsrecht für die Zeitsoldaten.

Am 1.Mai schließt sich die Arbeiterklasse nicht nur in den einzelnen Ländern zusammen. Die Arbeiterklasse ist eine internationale Klasse. Sie wird nicht durch ihre Nationalität zusammengehalten, sondern durch ihre gemeinsamen internationalen Interessen als besitzlose, ausgebeutete Klasse.

Heute hat sich mit dem Kampf der internationalen Arbeiterklasse der Kampf der ausgebeuteten und unterdrückten Völker verbunden. Sie alle, die Arbeiter aller Länder und die unterdrückten Völker der Welt, verbindet ein gemeinsamer Kampf, der Kampf gegen den Imperialismus. So wie überall in der Welt ist es deshalb notwendig, auch in der BRD und in Westberlin die Losungen zu erheben:

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Paragraf 218

Mehr Arbeiter, mehr Soldaten, war schon immer der Zweck

Der § 218 wurde im Deutschen Reich 1871 eingeführt. Zu einer Zeit also, als der Kapitalismus kräftig Blüten trieb und das Elend der Arbeitermassen immer größer wurde; Frauenlohnarbeit und Arbeitslosigkeit drückten die Löhne, Ausbeutung, Hunger und Krieg drückten die Geburtenrate. Das Kapital schuf aber nicht nur dieses Massenelend, sondern es war bei Strafe seines Untergangs gezwungen, das Heer von Ausgebeuteten und Arbeitslosen ständig zu vergrößern und die Armee mit immer neuen Reserven aufzufüllen.

Der Zweck des Abtreibungsverbotes war also nicht, die Arbeiter- und Volksmassen noch mehr zu entrechten und zu unterdrücken, sondern möglichst viele "Ersatzmänner" für die Arbeiterklasse und Rekruten für die Armee herbeizuschaffen. "Das Kapital kann sich nur unter der Bedingung vermehren, daß es neue Lohnarbeit ausbeutet ... (Diese Ausbeutung) ist in dieser Gesellschaft Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit." (Programm, S. 7)) Indem der bürgerliche Staat die Aufgabe übernahm, "Bevölkerungspolitik" zu betreiben, um das Kapital mit Ausbeutungsmaterial zu versorgen, stürzte er die Arbeiterklasse und das Volk in zusätzliches Elend und noch größere politische Abhängigkeit. Er fügte der Knechtschaft die Peitsche hinzu, dem Zwang zur Lohnarbeit den Zwang zum Kinderkriegen.

An dieser "bevölkerungspolitischen" Funktion des Abtreibungsverbotes ändert auch kein Reformgeschwätz etwas. Noch immer ist es so gewesen, daß in Krisen, Kriegs- und Nachkriegszeiten Abtreibungsverbote aufpoliert oder verschärft wurden. (In Frankreich wurden 1920 Abtreibungen unter Strafe gestellt, in Italien kurz darauf durch Mussolini, Hitler verordnete die Todesstrafe auf Abtreibung.) Auch dadurch, daß trotz Verbot immer Millionen von Frauen abgetrieben und Hunderttausende dabei ihr Leben geopfert haben, ändert sich nichts an dem bevölkerungspolitischen Zweck des Abtreibungsverbots.



Auf der Demonstration in Frankfurt

Zu bevölkerungspolitischen Maßnahmen sind Kapital und Staat nicht nur im eigenen Land gezwungen, sondern überall, wo sie ausbeuten und schmarotzen. Je schärfer das Kapital die Arbeiterklasse **im eigenen Land** ausbeutet, desto mehr sinken Geburtenraten und Lebenserwartung der arbeitenden Massen, desto notwendiger werden verschärfte Abtreibungsverbote.

Auf der anderen Seite führt die wirtschaftliche und politische Entwicklung der unterdrückten Völker der Dritten Welt zu einem relativ schnellen Bevölkerungswachstum (obwohl die Bevölkerungsdichte in diesen Ländern noch weit unter der in den kapitalistischen Metropolen liegt). Die Dritte Welt hat heute eine Bevölkerung von 3 Milliarden, das sind 70 % der Weltbevölkerung. Je erfolgreicher diese Völker für Unabhängigkeit, Befreiung und Sozialismus kämpfen, desto mehr erkennen sie, daß "vor allen Dingen in der Welt die Menschen das Wertvollste (sind). Sobald das Volk sein Geschick in die Hand nimmt, kann es Wunder vollbringen." (Der chinesische Vertreter auf der Weltbevölkerungskonferenz, Peking Rundschau 35/74)

Eben das aber fürchten die Imperialisten wie der Teufel das Weihwasser, deshalb verschicken sie Pillen in alle Welt, führen Zwangsabtreibungen und Zwangssterilisation durch, organisieren Weltbevölkerungskonferenzen und beschwören die sog. "Bevölkerungsexplosion". In Tunesien kursierten vor einigen Jahren Omnibuskliniken aus der Bundesrepublik zu dem Zweck der Geburtenkontrolle. In Indien bekommt jeder, der sich freiwillig sterilisieren läßt, ein Kofferradio geschenkt, in Südafrika werden schwarze Frauen ohne Einwilligung unfruchtbar gemacht.

In dieser Situation der "großen Unordnung unter dem Himmel, in der die breiten Volksmassen immer mehr erwachen" (Peking Rundschau), müssen die Imperialisten der Bevölkerungspolitik immer mehr Aufmerksamkeit widmen, immer weniger können sie sich auf Beschwörung und
erwachen" (Peking Rundschau), müssen die Imperialisten der Bevölkerungspolitik immer mehr Aufmerksamkeit widmen, immer weniger können sie sich auf Beschwörung und
sanfte Gewalt verlassen. Nur so ist erklärlich, wieso das Bundesverfassungsgericht die Fristenlösung für verfassungswidrig erklärt hat.

Für die bundesrepublikanische Bourgeoisie sieht die Lage folgendermaßen aus: Seit 1972 sinkt die Geburtenrate absolut, die Säuglingssterblichkeit ist die höchste in Europa, das durchschnittliche Frühberentungsalter ist allein in den letzten Jahren von 58 auf 54 Jahre gesunken, nur noch ein Drittel der Arbeiter sind bis zum Rentenalter berufstätig. Diese Lage wird sich in dem Maße verschlechtern, wie die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zunimmt. Hinzu kommt, daß das Reservoir arbeitsfähiger Frauen fast ausgeschöpft ist, die Zahl der Gastarbeiter stagniert bzw. sinkt und die Ausbeutung der Völker der Dritten Welt schwieriger wird. Der Druck auf die eigene Arbeiterklasse muß deshalb verstärkt werden, damit "die durch Abnutzung und Tod dem Markt entzogenen Arbeitskräfte zum allermindestens durch eine gleichgroße Zahl neuer Arbeitskräfte ersetzt werden" (MEW 32, S. 185).

–W.P., Göttingen–

Gewerkschaftler fassen Beschlüsse gegen den Paragrafen 218

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hat in den Gewerkschaften zu heftigen Diskussionen um die Fortführung des Kampfes gegen den § 218 geführt. In verschiedenen Gremien sind inzwischen dazu Beschlüsse gefaßt worden, zum Teil im Zusammenhang mit der Vorbereitung des 1. Mai, die fordern, daß die Gewerkschaften dem Willen des Volkes Geltung verschaffen.

Die ÖTV-Mitgliederversammlung des Stadtschulamtes Frankfurt/M. hat den DGB aufgefordert, am 1. Mai die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 im Rahmen der gewerkschaftlichen Aktivitäten zu vertreten.

Einstimmig hat die Abteilungsversammlung Soziale Arbeit der ÖTV Freiburg am 20.2.1975 den Kreisvorstand der ÖTV aufgefordert, der Bezirkskonferenz eine Beschlußvorlage weiterzureichen, in der es heißt: "Die Gewerkschaft ÖTV setzt sich aktiv für die ersatzlose Streichung des § 218 ein."

Die Zentrale Jugendgruppe der IG Druck und Papier in Westberlin hat am 5.3. einen Antrag auf ersatzlose Streichung des § 218 an die Landesbezirksjugendkonferenz beschlossen. Die Jugendgruppe wird am 1. Mai für diese Forderung eintreten.

Verwaltungsstelle Ludwigshafen

IG Chemie Frauentag

Ungefähr 100 Frauen, mehrheitlich gewerkschaftliche Funktionäre, aus den Chemiebetrieben BASF, Giulini, Grünzweig & Hartmann, Knoll, Rasching, Wöllner, Benckiser und Regulan wählten am 15.3. die Delegierten zur Frauenkonferenz der Verwaltungsstelle Ludwigshafen.

Im einleitenden Referat von R. Roth (DGB-Frauensekretärin Rheinland-Pfalz) kam gut zum Ausdruck, daß Frauenarbeit von den Kapitalisten dazu ausgenutzt wird, die Konkurrenz unter den Arbeitern zu erhöhen, den Lohn zu drücken und besonders hohe Profite herauszuholen.

Auch die nicht arbeitenden Frauen würden von den Kapitalisten für ihre Zwecke eingesetzt z. B. bei Streiks erhielten die Ehefrauen Briefe, die auf den Lohnausfall und die Folgen für die Familie hinweisen und auffordern, die Männer zum Abbruch des Streiks zu bringen.

Verheiratete Frauen, und besonders solche mit Kindern, seien auch im Betrieb diejenigen, die am leichtesten den kapitalistischen Produktionsbedingungen zu unterwerfen seien, da sie Angst um die Familie haben. Bei Entlassungen klagten die Frauen am seltensten vor den Arbeitsgerichten.

In der anschließenden Diskussion wies eine Kollegin darauf hin, daß gerade ein Ziel des § 218 ist: Das Stillhalten der Arbeiterfamilien zu erzwingen, indem nicht die Familie, sondern der Staat über die Anzahl der Kinder entscheidet. Denn wer mehr Kinder hat, ist auch vom Verkauf seiner Arbeitskraft mehr abhängig, er nimmt, um nicht rausgeschmissen zu werden, mehr hin. Das zeige den Charakter des § 218 als Klassenparagraph gegen die Arbeiter deutlich.

"Wir dürfen den Kampf gegen den § 218 nicht aufgeben. Dieser Paragraph schadet uns. Deshalb müssen wir am 1. Mai mit unseren Forderungen auf die Straße. Der § 218 muß weg," sagte die Kollegin unter lautem Beifall der Versammelten. Der Frauenausschuß wurde aufgefordert, eine Versammlung zu organisieren, auf der über die Möglichkeiten des weiteren Kampfes gegen den § 218 diskutiert werden soll.

A.B., Ludwigshafen

Verheiratete Frauen, und besonders solche mit Kindern, seien auch im Betrieb diejenigen, die am leichtesten den kapitalistischen Produktionsbedingungen zu unterwerfen

organisieren, auf der über die Möglichkeiten des weiteren Kampfes gegen den § 218 diskutiert werden soll.

A.B., Ludwigshafen

Geschichtsfälschung

Geschichtsfälschung

In einem Extrablatt, das die DKP zum § 218 jetzt herausgebracht hat, wird der Versuch gemacht, der falschen Politik mit Hilfe einer Geschichtsfälschung vorwärts zu helfen. Diese falsche Politik ist in der Parole zusammengefaßt: "Menschenwürde sichern, heißt Fristenregelung durchsetzen!"

Auf der Rückseite heißt es dann: "1975 wie 1931: Kommunisten gegen § 218." Dort ist ein Auszug aus der Rede des KPD-Reichstagsabgeo. Ottmar Geschke von 1931 in Stuttgart abgedruckt. Darin spricht Geschke von dem Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion "auf Aufhebung des § 218" im Reichstag.

Verschwiegen wird hier dem Leser, daß die Kommunisten damals keineswegs, wie jetzt die DKP, die Aufhebung des § 218 zugunsten einer Fristenlösung gefordert haben. Die Fristenlösung hebt ja die Anmaßung des bürgerlichen Staates, die Abtreibung zu bestrafen, keineswegs auf, sie schränkt sie lediglich ein.

Politik der Kommunisten war deshalb immer, die ersatzlose Streichung dieses Paragraphen zu fordern. In einem von dem DKP-Verlag "Marxistische Blätter" herausgegebenen Band "Arbeiterbewegung und Frauenemanzipation 1889 bis 1933" kann man nachlesen, daß die KPD schon 1922 die SPD wegen ihres Antrages auf Fristenlösung kritisiert hat. "Sie zeigt damit ihre Befangenheit in der christlichen Weltanschauung, die glaubt, daß nach einer gewissen Anzahl von Monaten der Schwangerschaft die Leibesfrucht beseelt, die Abtreibung also als Tötung zu betrachten sei." (S.162)

Nur das Volk kann entscheiden

Resolution der Mitgliederversammlung der Freiburger Hauptabteilung Land der ÖTV vom 13.3. gegen den § 218

Die Versammelten der Freiburger Hauptabteilung Land vom 13.3.75 protestieren gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum § 218. Zu Recht haben in den Tagen nach der Urteilsverkündung über 10 000 Männer und Frauen im Bundesgebiet gegen das Urteil und gegen den § 218 demonstriert.

Die Versammlung begrüßt insbesondere den Aufruf des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg zu einer Kundgebung in Karlsruhe, bei der 1 500 Gewerkschafter ihren Protest äußerten.

Die protestierenden Kollegen haben zum Ausdruck gebracht, daß sich die Gewerkschaft nicht mit einigen Schönheitskorrekturen an dem § 218 durch den Bundestag abfinden kann. Der § 218 bedeutet eine unerträgliche Bevormundung gegenüber der werktätigen Bevölkerung. Werktätige Frauen und Familien von Werktätigen sind häufig nicht in der Lage, ein Kind oder ein weiteres Kind zu versorgen und zu verkraften. Die Lebensumstände zwingen sie, zum Mittel der Abtreibung zu greifen. Deshalb muß der § 218 weg, und deshalb kann die Frage des Abtreibungsverbots auch nur vom Volk selbst entschieden werden.

Diese Forderungen müssen die Gewerkschaften bei allen Aktivitäten zum 1. Mai erheben.

Die Rechtsanwälte von Frau Brigitte Heinrich, die während der "Aktion Winterreise" verhaftet wurde, haben der KVZ-Redaktion eine Presseerklärung zugeschickt, die wir gekürzt wiedergeben.

Brigitte Heinrich muß sofort freigelassen werden

Frau Brigitte Heinrich, Dozentin an der Universität Frankfurt am Main, wird seit über drei Monaten unter fadenscheinigen Beschuldigungen in Untersuchungs- und Isolierhaft gehalten. Ihr wird ein krimineller Vorwurf daraus gemacht, daß sie Anarchisten kannte und mit ihnen diskutierte. Um sie zu kriminalisieren, werden ihr mit Hilfe äußerst zweifelhafter Zeugen Absichten unterschoben, eine kriminelle Vereinigung unterstützt zu haben ...

Angesichts der rechtlich völlig haltlosen Haftgründe erscheint es sehr glaubhaft, wenn Beamte des Bundeskriminalamtes gegenüber Frau Heinrich versichern, daß sie so lange in Untersuchungshaft gehalten werden soll, bis sie existenziell ruiniert sei.

Dieser existenzielle Ruin steht bei Frau Brigitte Heinrich unmittelbar bevor: Unter den Bedingungen der Isolierhaft stellten sich alle Symptome eines Rückfalls einer seit acht Jahren von ihr für geheilt betrachteten Lymphdrüsenerkrankung wieder ein."

Wenn sie nicht unter einer ständigen Kontrolle von Spezialisten für diese Krankheit steht und wenn nicht sofort die nötigen therapeutischen Maßnahmen ergriffen werden, muß mit einem unaufhaltsamen tödlichen Verlauf gerechnet werden.

Eine therapeutische Behandlung ist nur außerhalb der Untersuchungshaft denkbar.

Für den Fall, daß unter diesen Umständen die Untersuchungshaft nicht aufgehoben werden sollte, muß davon ausgegangen werden, daß der Tod von Brigitte Heinrich durch die Bundesanwaltschaft, das Bundeskriminalamt und den Bundesgerichtshof bewußt in Kauf genommen wird.

Die Verteidiger verlangen und erwarten die sofortige Haftverschonung.

gez. Dr. H.H.Heldmann
gez. G. Kutzki

Polizisten terrorisieren eine Familie

Polizisten wollten eine Frau durch Terror zwingen, über ihren Mann politische Auskünfte zu geben

Emden. Der Kollege N. und seine Frau kaufen seit einiger Zeit die KVZ und besuchen unsere Veranstaltungen. Als ich ihnen die KVZ Nr.9/75 brachte, erzählten sie mir folgenden Vorfall:

In der Nacht vom 4. auf den 5.März kamen sie gegen 1.30 Uhr von einer kleinen Feier bei einem anderen Kollegen nach Hause. Im Hausflur wurden sie von dem epileptischen Sohn eines Mitbewohners des Hauses mit einem Spazierstock angefallen. Frau N. erlitt bei dieser Auseinandersetzung Kopfverletzungen. Ein herbeieilender Nachbar beendete die Auseinandersetzung. Die Familie N. ging in ihre Wohnung, um die Verletzungen von Frau N. zu verbinden.

Soweit die Vorgeschichte. Eine halbe Stunde später traf die Polizei – von irgendeinem Nachbarn benachrichtigt – ein. Sie brach, ohne anzuklopfen, ohne irgendwelche vorherige Befragungen, die Wohnungstür der Familie N. auf, hatte es nicht nötig, sich auszuweisen und teilte Frau N. in barschem Ton mit, man müsse sie jetzt zum Nähen mit ins Krankenhaus nehmen. Man muß dazu wissen, daß – zumindest in Emden – Krankentransporte ausschließlich Aufgabe der Feuerwehr und des Deutschen Roten Kreuzes sind, dies also auch ohne die aufgebrochene Tür eine höchst merkwürdige Sache war.

Frau N. weigerte sich. Die Polizisten versuchten es nun mit Gewalt – bei einer Frau, die sie ja angeblich wegen ihrer Kopfverletzungen ins Krankenhaus bringen wollten! Kollege N. versuchte seiner Frau zu helfen, er wurde brutal angegriffen, gegen die Wand geschleudert und dann halb ohnmächtig aufs Sofa gepackt. Frau N. wurde nun mit Gewalt abtransportiert.

Im Polizeiwagen wurde sie dann gefragt, was ihr Mann da für eine Zeitung liest und wo er abends hingeht und was für eine Politik er betreibt. Wenn sie das sagen würde, würde man sie nach Hause bringen und ihren Mann mitnehmen, um ihn "sich im Keller vorzunehmen". Frau N. weigerte sich. Ein Polizist sagte daraufhin, im Krankenhaus würde sie eine Spritze erhalten und schlafen, und dann würden sie sowieso alles erfahren. "Ich kam mir dann im Krankenhaus vor wie in einem Gruselfilm", sagte mir Frau N. Als der behandelnde Arzt dann mit gleich drei verschiedenen Spritzen kam, verlangte Frau N. zur Toilette gehen zu können. Dies wurde ihr gewährt, jedoch sollte die Tür offenbleiben. Frau N. nutzte die Gelegenheit, als ein Zuruf des Arztes die Polizisten ablenkte, um die Tür zu verschließen und aus dem Fenster zu entkommen. Sie konnte sich erfolgreich vor den drei Polizisten verstecken und kam spät in der Nacht wieder zu Hause an.

Die Familie N. hat mich gebeten, diesen ungeheuerlichen Vorfall in der KVZ zu veröffentlichen.

–P.L., Kommunistische Gruppe Emden–



Lehrlingswerkstätte

Resolution der Mitgliederversammlung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen Köln

Wir, die Anwesenden der HBV-Veranstaltung vom 3.3.1975, sind der Auffassung, daß man sofort Maßnahmen ergreifen muß, um die Folgen der Krise für die werktätige und lernende Jugend zu bekämpfen. Für geeignete Forderungen halten wir

- Arbeitslosengeld für nichtübernommene Lehrlinge ausgehend von Tarifgruppe 4 des Tarifvertrags
- Anerkennung der arbeitslosen Schulabgänger als Arbeitslose und Zahlung eines Arbeitslosengeldes in der Höhe wie für die nichtübernommenen Lehrlinge
- Teilnahme an einer Berufsausbildungsklasse eigener Wahl in der Berufsschule für alle arbeitslosen Jugendlichen
- Unterricht in dem Umfange, der sie befähigt, eine Abschlußprüfung abzulegen.

Ein erster Schritt zur Durchsetzung dieser Forderungen könnte eine Demonstration der werktätigen Jugend sein, ähnlich wie seinerzeit die Demonstration gegen die Rausschmisse von Jugendvertretern.

Doris Frings
Jugendvertreterin
im Gerling-Konzern

"Die Organisierung der Demonstration ist die Aufgabe jedes Gewerkschafters"

In Bremen beschloß der DGB-Kreisjugendausschuß die Durchführung einer Demonstration gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit. In einer Resolution begrüßte Jugendvertretung, Vertrauenskörper und Betriebsrat vom Bremer Vulkan diesen Schritt.

"Wir begrüßen die Bestrebungen des DGB-Kreisjugendausschusses, die Interessen der Arbeiterjugend aktiv wahrzunehmen und halten sein Vorhaben, eine Demonstration gegen die Jugendarbeitslosigkeit und Berufsbildungsmisere durchzuführen, für sehr notwendig, da sich die Situation der Arbeiterjugend offensichtlich zunehmend verschlechtert. So liegen immer mehr Jugendliche arbeitslos auf der Straße. Andererseits wird versucht, den Berufsschulunterricht (wie bei uns auf dem Bremer Vulkan) weiter abzubauen.

In dieser Situation wird deutlich, wie schädlich es ist, wenn die Ausbildung der Jugendlichen von der wirtschaftlichen Lage der Unternehmer abhängt. Deshalb muß ihnen die Verantwortung für die Ausbildung genommen werden.

Da die Jugendlichen, die nach ihrer Schulzeit keine Arbeit finden, kein Arbeitslosengeld erhalten, muß für sie ein Existenzminimum durchgesetzt werden. Sonst wirkt sich die Jugendarbeitslosigkeit lohndrückend in den Arbeiterhaushalten aus. Jugendliche, die sofort nach ihrer Lehre arbeitslos werden, müssen das gleiche Arbeitslosengeld erhalten wie die anderen Kollegen ihrer Branche.

Die Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Jugend können nur von allen Kollegen gemeinsam erkämpft werden. Deswegen ist es die Aufgabe der Gewerkschaften, ihre Mitglieder für die Auseinandersetzung um diese Fragen zu informieren und zusammenzuschließen. Die Organisierung der Demonstration und der Teilnahme daran ist die Aufgabe eines jeden Gewerkschafters, der eine Verbesserung der Lage der Arbeiterjugend erreichen will. Wir fordern die IGM-Mitglieder und die Mitglieder der anderen Einzelgewerkschaften im DGB-Kreisvorstand auf, sich für eine Demonstration der DGB-Jugend aktiv einzusetzen und aktive Unterstützung zu gewähren."

Bremen-Vegesack, 14.März 1975

Diese Resolution wurde ohne Gegenstimme beschlossen von:

Jugendvertretung Bremer Vulkan
Vertrauenskörper Bremer Vulkan
Betriebsrat Bremer Vulkan



Demonstration am 19.2. in Hamburg

Die verschwundene Buchseite

Was einem bei überarbeiteten Schulbüchern widerfahren kann

Vor kurzem verglichen wir in einer Arbeitsgruppe mehrere gängige Schulbücher für den Sachunterricht im 3./4. Schuljahr miteinander.

Vom "Arbeitsbuch für den Sachunterricht in der Grundschule 3" vom Diesterweg-Verlag hatten wir zufällig zwei gleiche Exemplare. Während der Arbeit stellte sich aber heraus, daß sie sich im Inhalt an vielen Stellen wesentlich unterschieden wie z. B. im Kapitel "Wo und wie die Menschen wohnen":

In der einen Ausgabe wurden die Kämpfe der Bewohner des Frankfurter Westends gegen die Zerstörung von Wohnraum aufgezeigt.

Der Text fordert die Kinder auf, diese Vorfälle zu besprechen; zum Beispiel: "Diskutiert das Vorgehen der Studenten und jungen Arbeiter, das Verhalten der Polizei" und selbst aktiv zu werden: "Erkundige Dich, wie ausländische Arbeiterfamilien in Deiner Stadt/Gemeinde wohnen", "Schreibe Deine Meinung als Leserzuschrift an eine Tageszeitung".

In einem anderen Exemplar fehlte diese Seite völlig. Zuerst dachten wir dies sei eine ältere Ausgabe, bei deren Erscheinen es die Frankfurter Vorfälle noch nicht gab. Doch damit waren wir auf dem Holzweg! Dieser Band war von 1974, der andere von 1973. Auf Seite 2 der neuen Ausgabe fanden wir hierfür auch eine Erklärung der Herausgeber: "Aufgrund der gesammelten Unterrichtserfahrungen wurde dieser Band gegenüber der 2. Auflage 73 teilweise umgearbeitet."

Unter dem Vorwand der pädagogischen Unterrichtserfahrungen wurden hier politische Inhalte entschärft. In einer Zeit, in der die Rechte der Bevölkerung massiv eingeschränkt werden (z. B. Meinungs-, Versammlungs-, Demonstrationsfreiheit) passen solche Schulbücher, die die Kinder zum aktiven Eintreten für ihre Interessen und zur Solidarität mit anderen auffordern, natürlich nicht mehr in den Unterricht.

—S.Z. und R.S., Lehrerstudenten Uni Bremen—

Solidaritätsresolution

Dortmund. Am Ruhr-Kolleg in Essen und am Abendgymnasium in Bonn wurde den dort Studierenden das Recht, sich an der Schule politisch zu organisieren und zu betätigen, durch die Schulleitung genommen. Die Vollversammlung der Studierenden des Westfalen-Kollegs Dortmund beschloß darauf eine Resolution, in der es unter anderem heißt:

Wir verurteilen diese reaktionären Maßnahmen der staatlichen Schulbehörden und solidarisieren uns mit dem Kampf der Bonner und Essener Studierenden für ihre Rechte undgegen die politische Entrechtung.

Wir fordern die Aufhebung aller

Wir fordern die Aufhebung aller *Gesetzes- und Schulrechtsbestimmungen, welche die Meinungs- und Redefreiheit, die Presse-, Versammlungs-, Streik- und Organisationsfreiheit an Kollegs und Abendgymnasien einschränken oder unterdrücken.*

Die Fahrpreiserhöhungen müssen fallen

Im Überraschungscoup sollen in Hannover jetzt die Fahrpreiserhöhungen durchgesetzt werden

Am Mittwoch, den 12.3. wurde in Hannover der Beschluß des Großraumverbandes veröffentlicht, die Fahrpreiserhöhungen in Hannover im ersten Schritt schon zum 24.3. statt zum 1.4. einzuführen.

Am 29.1. hatte das Großraumparlament Fahrpreiserhöhungen bis zu 150 % beschlossen. Tags zuvor hatten 4 000 dagegen demonstriert. Auch nach seinem Beschluß hat es das Großraumparlament nicht durchgesetzt, daß Ruhe ist. Mehrere Tausend Unterschriften wurden weiter gesammelt. Unter den beiden Forderungen "Keine Fahrpreiserhöhungen! Keine Stufentarife!" haben sich Komitees in 4 Betrieben, 2 Stadtteilen, 2 Orten des Umlandes, 3 Schulen, 4Fachbereichen der Technischen Universität und in der Emmich-Cambrai-Kaserne gebildet.

Überall, wo gegen die Fahrpreiserhöhungen aufgetreten wurde, hat dies viel Unterstützung gefunden, während das Großraumparlament wenig Unterstützung gefunden hat. Deshalb haben sich führende Politiker geweigert, auf Bürgerversammlungen dazu zu sprechen. Deshalb versucht das Großraumparlament jetzt, wie eine Diebesbande die Fahrpreiserhöhungen in einem Überraschungscoup durchzusetzen.

In Hannover gibt es gegenwärtig über 150 000 Abeitslose und die höchste Kurzarbeiterquote in Niedersachsens Großstädten. In den Betrieben wie z. B. VW werden die Akkorde erhöht. Wenn die Fahrpreiserhöhungen durchkommen, dann wird der Lohn noch knapper und es muß noch mehr gearbeitet werden, um mit dem Geld gerade hinzukommen.

Wie können die Fahrpreiserhöhungen verhindert werden?

1969 wurden in Hannover die Fahrpreiserhöhungen verhindert, als Arbeiter von Hanomag und anderen Betrieben auf die Straße gingen und die Demonstrationen in vielen Betrieben Unterstützung fanden. Unter dem Druck der Demonstrationen mußten die Polizeitruppen abgezogen werden. Die Fahrpreiserhöhungen waren nicht zu halten.

Diese Erfahrungen haben noch viele Arbeiter und andere Lohnabhängige in guter Erinnerung.

1969 war der Nahverkehr privat, heute ist er in staatlicher Hand. An den Fahrpreiserhöhungen hat sich nichts geändert. 1970 und 1972 wurden sie durchgesetzt. Durch die Übernahme in Staatshand wird der Nahverkehr jetzt aus Tarifen und Steuern finanziert. Bei jeder Tariferhöhung stellt der Staat das Volk vor die Wahl: Entweder höhere Tarife oder höhere Steuern. Das Großraumparlament redet gegenwärtig ständig vom Defizit der Staatskasse. Es will, daß sich die Arbeiter für den Staatshaushalt verantwortlich fühlen. Für den gleichen Staatshaushalt, dessen Milliarden den Kapitalisten zugute kommen, während sie zum Großteil durch die Steuern des Volkes aufgebracht werden.

Die Fahrpreiserhöhungen können deshalb nur zu Fall gebracht werden, wenn sich die Arbeiter und die anderen Lohnabhängigen im Großraum Hannover gegen das Großraumparlament zusammenschließen und seine Autorität erschüttern, und sich nicht mit dem Gerede vom Loch im Staatssäckel von ihren Forderungen abbringen lassen.

Darum ist es im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen das einzig richtige, wenn sich das arbeitende Volk in Hannover auf der Straße und auf den Gleisen zu großen Versammlungen und Demonstrationen zusammenschließt und die Herren vom Großraumparlament zur Rechenschaft zieht. Die Entscheidung fällt nach dem 24.3., wenn die Fahrpreiserhöhungen in der Stadt durchgesetzt werden sollen. Deshalb rufen die Komitees gegen die Fahrpreiserhöhungen breit zu einer großen Massenversammlung und Demonstration am 24.3. auf.

Die Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhungen ist gespalten

Neben den Fahrpreiskomitees hat in Hannover die Aktionsgruppe "Roter Punkt", die unter dem Einfluß der DKP steht, beträchtlichen Einfluß. Bei der Demonstration am 28.1. ließ sie eine Aktionseinheit daran scheitern, daß sie die Verbreitung der Forderung "Nahverkehrsabgabe von Großbetrieben und Kapitalisten" als einer DGB-Forderung zur Voraussetzung der Aktionseinheit machte.

Wer diese Forderung aufstellt, der stimmt ein in das Gerede des Großraumparlaments über das Loch in der Staatskasse. Er sieht nicht, daß fast die gesamten Staatsfinanzen bereits vom Volk getragen werden und gleichzeitig die Staatskasse den Kapitalisten sperrangelweit offensteht.

Die DKP behauptet, ihre Forderung solle die Nutznießer des Nahverkehrs, das Großkapital, treffen. Da aber die Staatskasse den Kapialisten sperrangelweit offensteht, muß man den Kampf dagegen führen, daß die Arbeiterklasseund das Volk zur Finanzierung dieser Staatskasse herangezogen werden: Abschaffung der indirekten Steuern und steuerfreier Lohn bis 1 500 DM!

In der Praxis laufen die Vorstellungen der DKP darauf hinaus, daß dem Staat geholfen werden muß, damit es auch den Arbeitern besser gehen kann. Diese Losung trägt die Aktionsgruppe "Roter Punkt" in die Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhungen. Aber nicht Staatstreue kann den Arbeitern im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen weiterhelfen, sondern nur der Kampf gegen die Ausplünderung durch den Staat.

Ihre Fortsetzung finden die falschen Auffassungen der Aktionsgruppe "Roter Punkt" im Vorschlag, einen Rote-Punkt-Ersatzverkehr zur Unterstützung der Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhungen zu organisieren. Dies führt nicht zu einer Verstärkung der Demonstrationen; verbreitet wird vielmehr die Vorstellung der "Selbsthilfe", statt daß klargemacht wird, daß nur die breiteste Beteiligung der Arbeiter und anderen Lohnabhängigen zum Erfolg führt.

Weil alle diese Vorstellungen noch einen beträchtlichen Einfluß haben, ist der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen erschwert. Nur wenn diese Vorstellungen bekämpft werden, können die Fahrpreiserhöhungen zu Fall gebracht werden. Bekämpft werden können sie nur aufgrund gemeinsamer Erfahrungen im Kampf gegen die Fahrpreise. Deshalb haben die Komitees erneut den Vorschlag zur Aktionseinheit an alle gemacht, die gegen die Fahrpreiserhöhungen auftreten: Gemeinsame Massenversammlungen und Demonstration am 24.3. unter den Forderungen:

Keine Fahrpreiserhöhungen!
Keine Stufentarife!

Gegen das Studentenwerksgesetz

Heidelberg. Die Delegierten der Wohnheimkonferenz Baden-Württemberg lehnten in einer Presseerklärung das neue Studentenwerksgesetz für Baden-Württemberg einhellig ab. Sie wehren sich damit gegen das dort verankerte Kostendeckungsprinzip und gegen die Beseitigung aller Selbstverwaltungsrechte der Studenten im Studentenwerk.

Jetzt kann man wieder auswählen

Zum neuen Schuljahr werden unserer Schule in der Gegend von Darmstadt drei Referendare als Ersatz für versetzte Kollegen zugewiesen. Einen dieser Referendare will die Schulbehörde nur einstellen, wenn er in die Grundschule geht, obwohl er an der Universität für die Sekundarstufe I (Klassen 5 bis 10) ausgebildet wurde. Weigert er sich, dieser Auflage der Schulbehörde Folge zu leisten und fordert er, weiter für Sekundarstufe I entsprechend seinem ersten Ausbildungsabschnitt ausgebildet zu werden, so wird er nicht eingestellt. Die Schulbürokratie wird dann auf einen der 771 nicht eingestellten Lehramtsanwärter zurückgreifen. Kommentar des Rektors der Schule: "Gott sei Dank! Jetzt kann man wieder auswählen."

R.F., Darmstadt

Nicht die Vernichtungskraft der Waffen entscheidet

... sondern die Menschen entscheiden, die die Waffen führen / Wie die Bundeswehrführung sich mit der chinesischen Volksbefreiungsarmee auseinandersetzt

In der Februarausgabe der "Information für die Truppe" (1) beschäftigen sich der "Führungsstab der Streitkräfte 15" mit "Partei und Armee in China". Meines Wissens geschieht das in dieser Ausführlichkeit zum ersten Mal. Man hört so einiges über die chinesische Volksbefreiungsarmee und die Volksmiliz:

Über die enge Verbundenheit von Volk und Armee durch die Teilnahme der Soldaten an der Produktion einerseits und die allgemeine Bewaffnung des Volkes in der Volksmiliz andererseits; über breite Demokratie in der Armee bei gleichzeitiger Disziplin; über die Außenpolitik der VR China, welche strikt die Unabhängigkeit der Staaten respektiert im Gegensatz zu den beiden Supermächten.

Für solche Dinge haben auch Soldaten offene Ohren und deshalb stößt die politische Führung der Bundeswehr vor und 'erklärt' es ihnen, bevor es andere tun. In welche Schwierigkeiten sie dabei gerät, zeigt der Verfasser, Oberst Sobik, des Leitartikels.

Der Oberst kann den ausschließlich auf die Verteidigung ausgerichteten Zweck der chinesischen Streitkräfte nicht leugnen.

Nach einer bruchstückhaften Darstellung von "Maos Militärdoktrin" (S.15) (gemeint ist damit die von Mao Tsetung zusammengefaßten Erfahrungen des chinesischen Volkes im Volkskrieg) kommt der Oberst zu einer richtigen Feststellung: *"Streitkräfte, die sich im Kriegsfalle auf die geschlossene Masse des Volkes abstützen können, zu deren Unterstützung die im gesamten Land organisierten Volkskommunen tätig werden – das sind die in die Tat umgesetzten Thesen von Maos Militärdoktrin,MM* (S.20) Theorie und Praxis der chinesischen Außenpolitik lassen der politischen Führung der Bundeswehr keinen Spielraum, diesen ausschließlich auf die Verteidigung ausgerichteten Zweck der chinesischen Streitkräfte zu leugnen. Wie das aber so ist bei imperialistischen Großmachthirnen fällt ihr Verstand dann doch wieder hinten durch, und zwar bei der Untersuchung der chinesischen Teilstreitkräfte.

die Ausrichtung und Bewaffnung der chinesischen Streitkräfte sieht

1. Das Heer

"Es handelt sich ausschließlich um Infanteriedivisionen, deren Ausrüstung mit modernen Infanterie-Waffen zwar ausreichend ist, denen es aber an Panzern und Artillerie mangelt. Schützenpanzer gibt es offenbar gar nicht." (S.23)

Panzer, Schützenpanzer und Artillerie sind der waffentechnische Kern jedes imperialistischen Heeres, mit denen es vor allem territoriale Eroberungen absichert. Die Hitler-Armeen waren vollgespickt mit diesem Kriegsgerät, um die Weiten der Sowjetunion zu erobern. Heute üben westdeutsche Leopard-Panzer in Kanada die Bewegung in weitem flachen Gelände. Die Sozialimperialisten haben 1968 in der CSSR bewiesen, wozu ihre riesige Panzerwaffe taugt.

Mit Infanteriewaffen (Gewehre, MGs, Panzerabwehrwaffen, Raketenwerfer usw.) hingegen kann man andere Völker schlecht überfallen, aber man kann sich mit ihnen hervorragend gegen jeden Angreifer verteidigen und leicht das ganze Volk im Gebrauch dieser Waffen üben.

2. Die Luftwaffe

"Gestützt auf ein geschlossenes Frühwarn-Radarsystem von der Mandschurei bis zur Insel Hainan, umfaßt die Luftverteidigung einige wenige Abfangjäger (einschließlich MIG 21) sowie einige SAM-2 Boden-Luft-Raketen, in der Masse jedoch FLAK ... Die rotchinesischen Luftstreitkräfte sind zwar zahlenmäßig die drittstärkste Luftwaffe der Welt, ihre Kampfkraft indessen ist als gering anzusehen. Im Vergleich mit den sowjetischen oder US-Streitkräften sind sie hoffnungslos unterlegen."



Gemeinsam studieren Mitglieder der Volksbefreiungsarmee und Zivilisten die Werke des Vorsitzenden Mao

Auf einen solchen Kräftevergleich hat es nur derjenige abgesehen, der mit der Luftwaffe mehr im Sinn hat, als das eigene Territorium gegen fremde Angreifer zu schützen. Sind B-52-Bomber oder Iljuschin-Bomber nicht völlig untauglich, mit Bombenteppichen die amerikanische oder sowjetische Bevölkerung zu schützen? Wo ist das überhaupt einmal geschehen? Deuten die großen Mengen an Flugabwehrwaffen in der chinesischen Luftwaffe nicht eindeutig daraufhin, daß sie es gar nicht auf den Überfall auf andere Völker abgesehen haben können?

Die VR China hat im Gegensatz zu den USA oder der Sowjetunion keinen einzigen Soldaten und keinen einzigen Luftwaffenstützpunkt außerhalb des eigenen Territoriums stehen.

3. Die Marine

Das Großmachthirn der politischen Führung der Bundeswehr schießt hier gewaltigen Kobolz. "*Sie* (die Marine) *wird ebenfalls als nicht sehr kampfkräftig beurteilt. Für den Schutz seiner 12 000 km langen Küste besitzt China weder Flugzeugträger noch Schlachtschiffe, noch Kreuzer. Es verfügt über 8 Zerstörer, 10 Fregatten, etwa 30 U-Boote, 10 Raketenpatrouillenboote, 100 Minenräumboote, 200 Torpedoboote, 300 Kanonenboote, davon ein Teil Flußkanonenboote, dazu einige tausend Dschunken. Die Seestreitkräfte sind ausschließlich für die Küstenverteidigung bestimmt."* (S.24)

Flugzeugträger, Schlachtschiffe und Kreuzer haben in der Kriegsgeschichte noch niemals Funktionen der Küstenverteidigung erfüllt. Sie haben sich in der Kanonenbootpolitik einen Namen gemacht. Sie sind schwimmende Stützpunkte imperialistischer Raubpolitik und deshalb treiben sich vor allem sowjetische und amerikanische Flottenverbände überall auf den Weltmeeren herum.

Die VR China ist keine imperialistische Supermacht und verzichtet deshalb bewußt auf derartige Waffensysteme.

4. Die Volksmiliz

"Um so größere Bedeutung ist der Volksmiliz beizumessen, einer Art Heimat- und Territorialreserve ... Die Stärke der Volksmiliz dürfte 150 oder gar 200 Millionen betragen. Sie ist die in die Praxis umgesetzte These Maos, nach der 'politische Macht aus dem Lauf der Gewehre entspringt' und bildet deren wichtigste Voraussetzung." (S.25)

Das Großmachthirn unseres Oberst versteht überhaupt nichts: die Volksmiliz ist keine "Reserve" der Heimat für die kämpfende Truppe in fernem Lande. *"Die Chinesische Volksbefreiungsarmee und die Volksmiliz ... sind die bewaffneten Kräfte der Volksmassen aller Nationalitäten."* so steht es in der neuen Verfassung und so ist es auch.

Der Bundeswehr-Oberst unterstellt imperialistische Ziele

Das Großmachthirn im Bonner Verteidigungsministerium ist nicht in der Lage, Struktur, Bewaffnung und Ausrüstung der chinesischen bewaffneten Kräfte zu begreifen als wirkliche **Verteidigungskräfte.** Es legt sie der VR China deshalb als Schwäche ihrer Unterentwicklung aus. *"Die offensiven Fähigkeiten der Volksbefreiungsarmee sind gering"*, heißt es auf **Seite 36. Stattdessen spekuliert es** wild darauf, daß *"in den nächsten Jahren ein starker Zuwachs an strategischer Potenz zu erwarten sein"* (S.18) wird.

Mit anderen Worten. Unser Oberst unterstellt der VR China die Ambitionen einer imperialistischen Supermacht. Imperialisten können nicht anders denken und beurteilen die Militär- und Außenpolitik der sozialistischen VR China mit den ihrem Großmachthirn verwachsenen Schablonen und Dogmen.

Nicht die Waffen entscheiden, sondern die Menschen.

Über Kampfkraft, Stärke und Überlegenheit entscheiden nicht in erster Linie die Vernichtungskraft der Waffen, sondern die Menschen, die sie führen. *"In jedem Krieg hängt der Sieg in letzter Instanz vom Kampfgeist der Massen ab, die auf dem Schlachtfeld ihr Blut vergießen."* (Lenin)

Weil der Kampf, den sie führten, gerecht war, konnte die junge Sowjetmacht der Übermacht von 35 Interventionsstaaten standhalten konnte die damals noch sozialistische Sowjetmacht den deutschen Faschismus in die Knie zwingen, können die Völker Indochinas die hochtechnisierte US-Militärmaschine besiegen. Aber noch niemals hat der Imperialismus ein sozialistisches Land besiegt, und sei es noch so klein.

In China hat die Arbeiterklasse die politische Macht erobert und gefestigt.

Die Volksmassen stehen fest hinter der Kommunistischen Partei und dem sozialistischen Staat und deshalb ist die Kampfkraft der chinesischen Volksmassen ungeheuer groß. Diese Tatsachen sind stärker als die verkrampften Vorstellungen der Imperialisten davon. Sie schnüren ihren verknöcherten Geist so eng ein, daß sie Dinge sagen müssen, die sie gar nicht meinen können.

"Für eine Invasion Chinas müßte die Sowjetunion ein Vielfaches der bisher an der sino-sowjetischen Grenze stationierten Kräfte bereitstellen, selbst bei Anwendung von Kernwaffen. Aber auch dann ist nur eine Blitzaktion (etwa gegen die Atomzentren) denkbar. In einem längerdauernden Ringen würde sich der Angreifer mit Sicherheit im Guerilla- und Volkskrieg festlaufen." (S.36)

Obwohl diese Aussagen unseres Oberst völlig in Widerspruch zu seinem Schwatz über die geringe Kampfkraft der chinesischen bewaffneten Kräfte stehen, hat sein Großmachthirn ausnahmsweise recht, wenn er feststellt, daß die VR China und der Sozialismus unbesiegbar sind.

(1) "Information für die Truppe" erscheint monatlich und wird vom "Bundesministerium für Verteidigung, Führungsstab der Streitkräfte 15, herausgegeben. Sie dient der "politischen Bildung" in der Bundeswehr.

—R.S., Braunschweig—

5 Jahre revolutionärer Befreiung in Kambodscha

Am 18.März waren es 5 Jahre, seit Kissinger und Nixon in Kambodscha den Putsch von Lon Nol, Sirik Matak und ihrer Clique anzettelten. Das bis dahin friedliche und neutrale Land wurde Opfer des blindwütigen Angriffs des US-Imperialismus im vergeblichen Versuch, seine militärische Herrschaft in Indochina zu errichten.



Aufbau in den befreiten Gebieten: Mit großem Elan beteiligen sich die Volksmassen am Errichten von Dämmen für den Reisanbau.

Die Imperialisten hatten gehofft, das kambodschanische Volk würde sich passiv in die amerikanische Einmischung fügen, aber ihr Anschlag erhielt die gebührende Antwort.

Fünf Tage nach dem Putsch am 23.März 70 rief Prinz Sihanouk, der von Lon Nol vertriebene kambodschanische Staatschef, in einer 5-Punkte-Erklärung von Peking aus zum nationalen Widerstand auf. Noch am selben Tag wurden die Nationale Einheitsfront Kambodschas und die Nationale Volksbefreiungsarmee gegründet.

Die Kommunisten und ihre Partei (Pracheachon Partei) erklärten ihre volle Unterstützung für die Einheitsfront aller nationalen Klassen und Schichten des Landes. Sie waren schon 1967 von Lon Nol und anderen Reaktionären in den Untergrund gezwungen worden. Die von ihnen seitdem aufgebaute Bauern-Guerilla wurde der Kern der neuen Volksarmee.

Das Volk erhob sich im ganzen Land. Ganze Verwaltungsbezirke erklärten sich zur befreiten Zone, ohne daß ein einziger Schuß gefallen wäre.

Hatte die US-Regierung zunächst vorgetäuscht, mit dem Putsch nichts zu tun gehabt zu haben, so sah sie sich nun schon am 30.April 1970 gezwungen, mit 100 000 Mann US-Truppen und Saigoner Söldnern in Kambodscha einzufallen. Sie legten Flächenbombardements über die Dörfer, ermordeten Tausende, verwüsteten das Land.

Am 3.Mai 1970 erfolgte als Antwort die Bildung der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit (GRUNK) mit einem Flügel in Peking zur Koordinierung des diplomatischen Kampfes auf internationaler Ebene mit dem Befreiungskampf in Kambodscha selber.

Links: Prinz Sihanouk und Vizepremier Khieu Samphan. Sihanouk ist beim Volk sehr beliebt, weil er sich nicht von den Imperialisten gegen die Interessen des kambodschanischen Volkes hat einsetzen lassen, sondern als Regierungschef immer die Neutralität und Unabhängigkeit Kambodschas gewahrt hat.



Links: Prinz Sihanouk und Vizepremier Khieu Samphan. Sihanouk ist beim Volk sehr beliebt, weil er sich nicht von den Imperialisten gegen die Interessen des kambodschanischen Volkes hat einsetzen lassen, sondern als Regierungschef immer die Neutralität und Unabhängigkeit Kambodschas gewahrt hat.

Die Invasion der US-Truppen zurückgeschlagen

Das Abenteuer der US-Imperialisten erlitt eine vernichtende Niederlage, wenn auch der unmittelbare Sturz Lon Nols verhindert wurde.



Zerstörte Flugzeuge der USA in Kambodscha während der Invasion

2 Monate nach der Invasion, am 30.Juni, waren 12 000 GIs, 18 000 Saigoner Söldner und über 50 000 Lon Nol-Truppen tot, verwundet, gefangen oder aufgelöst, 2 400 Militärfahrzeuge zerstört und über 400 Flugzeuge abgeschossen.

Der überall in der Welt gegen den verbrecherischen Angriff entflammte Protest zwang den US-Senat, den Einsatz von US-Bodentruppen nach dem 30.Juni 70 in Kambodscha zu verbieten. Allein in den USA demonstrierten Hunderttausende, 12 Menschen kamen dabei in den Kugeln von Nixons Polizei um.

Bis Mitte 1971 konnte in 7/10 des Landes eine befreite Zone gebildet werden. Der Aufbau der Volksbefreiungsstreitkräfte war soweit fortgeschritten, daß die Einheiten der US-Marionetten örtlich gebunden wurden und sich nicht mehr gegenseitig zu Hilfe kommen konnten.

Diese Siege konnten nur errungen werden, weil der nationale Verteidigungskrieg gleichzeitig als revolutionärer Krieg der Volksmassen geführt wurde. Mit dem Verteidigungskrieg geht einher die Befreiung der Massen von feudalen und neokolonialen Fesseln.

Gestützt auf die Initiative der Massen wurden im ganzen Land die Volksbefreiungsstreitkräfte aufgebaut. Sie bestehen aus drei Kategorien, den lokalen Milizverbänden, den regionalen Einheiten und der regulären Volksarmee.

Als Organisation erfassen die Streitkräfte das ganze Land und sind die politisch bewußteste, sich durch große Opferbereitschaft und Helden-

sen wurden im ganzen Land die Volksbefreiungsstreitkräfte aufgebaut. Sie bestehen aus drei Kategorien, den lokalen Milizverbänden, den regionalen Einheiten und der regulären Volksarmee.

Als Organisation erfassen die Streitkräfte das ganze Land und sind die politisch bewußteste, sich durch große Opferbereitschaft und Helden-

mut auszeichnende Organisation der Massen. Dadurch wird es möglich, daß nicht technisch raffinierte Waffen, sondern die menschlichen Kräfte entscheiden. Den Kern der Armee bilden die Söhne der armen Bauern.

'Operation Chenla 2' Niederlage der Nixondoktrin in Kambodscha

Die von Ende August bis Dezember 71 andauernde Operaration Chenla 2 brachte Nixons Strategie der 'Kambodschanisierung' des Krieges die entscheidende Niederlage und die Wende des Kräfteverhältnisses.

Der US-Imperialismus hatte endgültig die Initiative verloren. Mit 70 Bataillonen unterstützt durch die US-Luftwaffe, Kriegsschiffe, Panzer und schwere Artillerie, versuchte Lon Nol die Kontrolle über eine wirtschaftlich reiche und dichtbevölkerte Region zu erlangen und die Bevölkerung zu 'befrieden', d. h. in 'strategische Dörfer' nach vietnamesischem Muster zu sperren.

Aber unter den koordinierten Aktionen der Dorfmilizverbände, der regionalen und regulären Verbände der Volksstreitkräfte brach Lon Nols Truppe völlig auseinander. Er verlor über die Hälfte seiner besten Einheiten, der Rest war derart demoralisiert, daß er militärisch nicht mehr einsetzbar war.

Insgesamt wurden 1971 80 000 Gegner, darunter 28 000 Saigoner Truppen, Hunderte GIs ausgeschaltet, 600 Flugzeuge angeschossen oder am Boden bei Angriffen auf den Flughafen Phnom Penh, d. h. praktisch die gesamte Luftwaffe Lon Nols zerstört, 200 Schiffe, 2 700 Militärfahrzeuge, 800 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge darunter. 150 Munitions- und Treibstofflager wurden gesprengt.

Verschiedene weitere Versuche der Saigoner Marionetten, Lon Nol zu Hilfe zu kommen, wurden endgültig angeschlagen und von da an systematisch die Konsolidierung der befreiten Zone, der Aufbau eines revolutionären Staatswesens, die Entfaltung der Produktionsschlacht, des Schulwesens und Gesundheitswesens für das ganze Volk vorangetrieben, die Marionetten in immer kleineren Enklaven eingeschlossen, ihre Verbindungen unterbrochen, und diese Gebiete nach und nach gleichfalls befreit.

Kampf in Phnom Penh

Hand in Hand damit entfaltete sich der Kampf der Arbeiter, Angestellten, Lehrer und Schüler in den von den US-Marionetten vorübergehend besetzt gehaltenen Städten. 60 000 Arbeiter und Angestellte demonstrierten trotz der ungeheuren Repression 1973 gegen das Lon Nol-Regime. 1974 erhoben sich Zehntausende von Lehrern, Schülern und Studenten in Phnom Penh, wobei der Erziehungsminister umkam.

Auf internationaler Ebene fand die GRUNK, die Regierung des kambodschanischen Volkes, immer breitere Unterstützung. 1972 wurde sie von 64 blockfreien Staaten anerkannt, der US-Senat mußte die US-Bomberflüge, die täglich bis zu 300 Einsätze betrugen, vom 15.August 1973 an verbieten.

H.L.

Vom Bürgerkrieg reden die Sowjetimperialisten wie die US-Imperialisten

Die Sowjetunion sah sich im Herbst 1973 gleichfalls gezwungen, die GRUNK anzuerkennen, nachdem sie zuvor nur mit dem Lon Nol-Regime diplomatische Beziehungen unterhielt.

Wie die US-Imperialisten behandeln sie den Krieg in Kambodscha als Bürgerkrieg und fordern eine Versöhnung zwischen beiden Seiten. Ein sowjetischer Diplomat: *"Unsere Position ist, daß dies eine Angelegenheit zwischen Kambodschanern ist und daß wir sie in friedlicher Weise geregelt sehen wollen."* (Washington Post 9.1.74)

Das ist kein Wunder, denn nur über eine internationale Friedenskonferenz können sie als Supermacht mit dem US-Imperialismus ins Geschäft über Kambodscha zu kommen versuchen.

Dadurch erklärt sich auch, weshalb sie, nachdem sie die GRUNK anerkannten, die Beziehungen zum Lon Nol-Regime nie abbrachen und sich weder bei der Weltbevölkerungskonferenz in Budapest noch in der Frage der UNO-Aufnahme der GRUNK für sie einsetzten.

Aber weder die Manöver des US-Imperialismus noch die des Sozialimperialismus ändern etwas an der Entschlossenheit des kambodschanischen Volkes und seiner Regierung GRUNK, sich auf keine Verhandlungsmanöver einzulassen und darüber den Imperialisten eine neue Tür zu öffnen. Sie werden den Kampf bis zum vollständigen Zusammenbruch der US-Marionetten fortführen.

Nach den großartigen Erfolgen der vergangenen Wochen wird die US-Regierung trotz ihrer massiven Militärhilfe ihn nicht mehr lange hinauszögern können. Selbst das US-Botschaftspersonal packt schon seine Sachen.

H.L.



Demonstration in Phnom Penh gegen das Lon Nol-Marionettenregime

Südvietnam: Täglich neue Niederlagen

Dem Volk in Südvietnam ist es in den letzten Tagen gelungen, die drei Provinzen Kontum

als erste in die Stadt Ban Me Thuot einmarschierten, gefolgt von den lokalen vietnamesischen Kommunisten

Südvietnam: Täglich neue Niederlagen

Dem Volk in Südvietnam ist es in den letzten Tagen gelungen, die drei Provinzen Kontum, Pleiku und Darlac und damit das ganze Zentrale Hochland von den Thieu-Söldnern zu befreien.

Die Provinzhauptstand Ban Me Thuot ist in der Hand des Volkes. Auch Tay Ninh an der kambodschanischen Grenze ist eingeschlossen, eine Gegenoffensive der Saigoner Truppen ist gescheitert.

Die US-Regierung und Thieu haben diese Lage erneut zum Anlaß genommen, um das Gespenst einer "nordvietnamesischen und Vietcong-Offensive" an die Wand zu malen. Zur Untermauerung dieser Propaganda läßt Thieu die sogenannte "Generalmobilmachung" in Südvietnam verkünden, alle Männer zwischen 17 und 43 Jahren werden eingezogen als Kanonenfutter für die Imperialisten.

Dadurch will Thieu den amerikanischen Kongreß zur Vergabe weiterer Kriegskredite an Saigon "überzeugen" und gleichzeitig der Weltöffentlichkeit "beweisen", daß es die Nordvietnamesen und der Vietcong sind, die das Pariser Abkommen brechen. Außerdem sind solche "Verkündungen vom letzten Aufgebot" eine offene Aufforderung an die US-Imperialisten, in die Auseinandersetzung militärisch wieder verstärkt einzugreifen, die Bombenflüge wieder aufzunehmen und erneut massiv die US-Truppen einzusetzen.

Journalisten-Mord der Saigoner Fremdenpolizei

Ausländische Korrespondenten, die so über die Lage schreiben, wie sie ist, werden vom Thieu-Regime auszuschalten versucht. Der französische Journalist Leandri berichtete über die Kämpfe im Hochland:

Bei diesen Kämpfen wurden die Kämpfer der Volksbefreiungsarmee von den im Hochland ansässigen Bergstämmen, den "Montagnards", die sich in der FULRO (Einheitsfront für die Befreiung der unterdrückten Rasse) zusammengeschlossen haben, aktiv unterstützt.

"Es waren die 'Montagnards', die als erste in die Stadt Ban Me Thuot einmarschierten, gefolgt von den lokalen vietnamesischen Kommunisten (den Guerilleros der FNL, d.Verf.); dagegen nahmen nur sehr wenige Nordvietnamesen am Angriff teil." (Le Monde, 14.3.)

Dafür wurde er vor die Fremdenpolizei in Saigon bestellt und von ihr umgelegt, als er seinen Informanten nicht preisgab.

Berufslügnern wie Christel Pilz, die immer in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hetzt, soll die Berichterstattung vorbehalten bleiben. Dafür hat sie einen amerikanischen Offiziersrang und wird mit Armeemaschinen im Land herumgeflogen.

Tatsache ist es aber, daß die USA und Thieu es sind, die nur die Sprache der Gewalt verstehen. Ihre nach dem Abkommen eingeschlagene Taktik der "Befreiungs-" und "Landraub-operationen", des Versuchs der Zerstückelung und Zerschlagung der befreiten Gebiete und der Einpflanzung illegaler Stützpunkte mitten in dem befreiten Gebiet und ihre dauernden Angriffe von diesen Stützpunkten aus gegen die Bevölkerung wurde von der Bevölkerung und den Befreiungsstreitkräften zum Scheitern gebracht. Die USA und Thieu sind heute von ihrem Ziel, ganz Südvietnam zurückzuerobern und in eine Kolonie neuen Typs zu verwandeln, weiter entfernt als je zuvor.

Die befreiten Gebiete sind ein weitgehend zusammenhängendes Gebiet und die Bevölkerung in den noch unter Kontrolle des Thieu-Regimes stehenden Gebieten erkennt immer deutlicher, **daß die Verwirklichung des Abkommens nur über den Sturz des Thieu-Regimes und die Beendigung der US-Einmischung erreicht werden kann.**

Daß dies so ist, zeigen allein die Tatsachen, daß in letzter Zeit viele Gebiete, Städte und selbst Konzentrationslager fast über Nacht befreit wurden: Die Bevölkerung hat sich dort selbst von innen gegen das Saigoner Regime erhoben.

Die Intensivierung der derzeitigen Angriffe gegen Thieus Söldner ist auch eine Unterstützung für die Befreiung Kambodschas. Thieu wird es sich schwer überlegen, ob er nochmals versucht, Lon Nol zu Hilfe zu kommen.

–N.F./Red.–

Dokumente

Über die Einmischung der BRD in Portugal

Überlegen Sie es sich gut, ob Sie innerhalb der nächsten Wochen unbedingt nach Portugal reisen müssen. Einflußreiche Kreise der freiheitlichen Welt unternehmen z. Z. fieberhafte Anstrengungen, einen geplanten Putschversuch der Kommunisten und einen folgenden Bürgerkrieg zu verhindern. Erklärlicherweise muß die Führung dieser Aktionen in amerikanischen Händen liegen. Alle Politiker der portugiesischen demokratischen Parteien profitieren davon. Es könnte, wenn die Aktion gelingt, zu einer Rückkehr von Spinola kommen.

(aus dem CDU-nahen Informationsdienst "Vertrauliche Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft", nach "Der Spiegel" Nr.12/75)

Aus einem Telegramm der BRD-Botschaft

"... zu 1) im hinblick auf wahl konstituante im april dringend erforderlich, daß mittel für port. landvolkorganisation, wie hier von rechtssozialist. und linkskath. seite vorgeschlagen (siehe bezug ...) zunächst verdoppelt werden. vorschlag vizepräsident v. feurys (500 000,– DM) trifft lage nicht mehr, da kp landarbeiter und kleinlandwirte zu linksradikaler partei organisiert ... landvolkorganisation, d. h. alle in landwirtschaft tätigen einschließl. grundbesitzer organisch zusammenschließend, wird gleichfalls in ca. 4 wochen als partei gegründet, um westl.-demokrat. linie bei wahl zu unterstützen. plädiere für kurzfristig zur verfügungstellung der nichtstaatlichen budgetfreien mittel, insbes. auch bezw. über deutschen bauernverband.

... zu 2) als reaktion auf verbot ... der wahlbeteiligung (briefwahl) port. gastarbeiter befürchtete urlaubswelle im april. gefahr vergrößerung linkswählerzahl. meinung port. gesprächspartner: ... solle ausstreuen ... port. urlauber nach rückkehr in bundesrepublik angesichts deutscher arbeitslosigkeit nicht mehr unbedingt mit weiterbeschäftigung rechnen könnten. dadurch neutralisierung ins gewicht fallender linksstimmen.

... zu 3) soares neigt zur auslösung regierungskrise ca. 2 bis 3 wochen vor wahl. schockwirkung werde sich gegen linksradikale wenden, weil demokratische parteien jetzt schon feinde der demokratie öffentlich markieren. somit rücktritte nicht als resignation mißdeutbar, sondern als kampfsignal. mache costa gomez nicht mit, würde sp. aus zurückgezogenheit mit deutlicher öffentlicher erklärung hervortreten ... wirkung rücktritt und erklärung entweder c.-g. oder sp. werde gekoppelt durch spaltung mfa ... notfalls am abend wahltages auf grund gewonnener mehrheit zu befürchtender putsch copcon-carvalho durch hilferuf an nato mit bitte um unterstützung gegen linksradikalen putsch vereitelt werden. wahl werde sichere mehrheit für demokratie bringen. durch hilferuf an nato carvalho völlig isolierbar, da dessen ansichten jetzt bekannt. c.-g., sp. oder fabiao dann imstande, gemäßigte mehrheit der konstituante durch kp-freie regierung zu ergänzen. aufgabe mfa praktisch erledigt, formales weiterbestehen bis september ..."

Anmerkungen:

Otto Freiherr von Feury ist Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes e.V., Aufsichtsratsmitglied u. a. bei Bayrische Versicherungsbank AG, Allianz, Steinecker Maschinenfabrik Freising, Bayrische Treuhand AG; Beiratsmitglied Bayrische Vereinsbank AG, Landwirtschaftliche Rentenbank Frankfurt, Landeszentralbank München, Landesbodenkreditanstalt München; Mitglied des Landesvorstandes der CSU, seit 1957 Mitglied des Bundestages, seit 1969 Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern (alle Angaben nach "Who is who"). –

Botschafter Bonns in Lissabon ist Professor Fritz Caspari, ausgebildet in England und den USA, seit 1954 im Auswärtigen Amt, 1958 Botschaftsrat in London, 1963 Vertreter der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen, ab 1969 stellvertretender Leiter des Bundespräsidialamtes in Bonn (Angaben nach "Who is who"). –

Costa Gomez (c.-g.) ist provisorischer Staatspräsident Portugals und löste Spinola (sp), Vertreter des rechten Militärflügels, ab. –

MFA steht für die progressive "Bewegung der Streitkräfte", die den Militärputsch vom 26. April 1974 auslöste. –

COPCON ist die Sicherheitstruppe der MFA. –

Carvalho ist der Oberbefehlshaber der COPCON und einer der wichtigsten Offiziere der MFA, bevorzugtes Ziel reaktionärer Angriffe. –

Soares ist Außenminister und Führer der von der SPD in Bergneustadt (Rheinland) gegründeten Sozialistischen Partei Portugals. –

In der Bundesrepublik leben etwa 120 000 portugiesische Gastarbeiter, denen die Briefwahl verweigert wird. –

Fabiao ist General in den Streitkräften Portugals und gehört zur MFA

(aus: Berliner Extra dienst Nr.21/IX)

Lissabon, den 11.3. – eine Korrespondenz

Lissabon, 11.3.1975. Die alte Senhora, bei der ich wohne, weckt mich und sagt, Teile der Luftwaffe würden putschen. Ich stehe sofort auf und gehe auf die Straße. Die Menschen stehen in Gruppen zusammen und diskutieren.

Bauarbeiter, die die Nachricht vom Putsch erreicht, lassen Kelle und Schaufel fallen und beraten, was zu tun ist. Einige meinen, man solle eine Demonstration ins Stadtzentrum machen. Andere sagen, daß es wichtiger ist, feste Bastionen in der Stadt zu schaffen und die Zufahrtswege zur Stadt zu kontrollieren, weil die Faschisten versuchen werden, bewaffnete Kräfte einzuschleusen. Diese Ansicht setzt sich durch. Man nimmt Kontakt zu Gewerkschaft und kommunistischen Organisationen auf.

Von dort kommen Vorschläge, wer welche Punkte der Stadt besetzen soll. Die Arbeiter besorgen sich Waffen, bauen Barrieren auf den Straßen und beginnen, Autos und Fußgänger auf Waffen zu durchsuchen. In diesem Stadtviertel wohnen Arbeiter, hier sind kleine Fabriken und Werkstätten, hier ist das städtische Omnibus- und Straßenbahndepot. Aber nicht nur deshalb ist dieses Viertel den Arbeitern wichtig. Hier haben sie seit einiger Zeit permanente Fabrik- und Stadtteilversammlungen organisiert.

Da wird jeder Antrag von allen diskutiert, abgestimmt und ausgeführt. Gemeinsam haben sie so Häuser von Spekulanten besetzt, um ihre Zerstörung zu verhindern (auch hier ein beliebtes Mittel der Immobilienkapitalisten). Gemeinsam führen sie so das "Saneamento" durch, die "Sanierung", das heißt den Rausschmiß von Reaktionären und Faschisten aus Institutionen und Fabriken.

So wie hier geht die Kontrolle überall: Ausfallstraßen, Brücken und Eisenbahnlinien sind von bewaffneten Arbeitern besetzt. Fabriken und Geschäfte sind geschlossen. Viele haben ständig ihr Transistorradio am Ohr. Die ersten Extrablätter erscheinen. Zettel und Flugblätter mit Informationen, Forderungen und Parolen gehen von Hand zu Hand.

Ich fahre mit der Fähre auf die andere Seite des Flusses, wo der große Hafen und viele Werften sind. Eine Hochburg des Kommunismus. Am Landungssteg stehen starke Ketten von Arbeitern. Die Kontrolle ist scharf: Jede Handtasche muß geöffnet werden, jeder wird abgetastet, die Autos werden bis ins Kleinste durchsucht. Aber niemand schimpft. Allen ist klar, daß das notwendig ist. Man redet viel von den Erfahrungen des Volkes in Chile.

Gegen Nachmittag fahre ich mit dem Zug aus Lissabon heraus in Richtung auf die Garnison, wo der Putsch begonnen haben soll. Noch im Abfahren sehe ich Flugzeuge im Tiefflug über dem Stadtzentrum von Lissabon kreisen. Die Lage scheint sich zuzuspitzen. – Im Zug wieder Kontrollen. In einem Dorf nahe der Garnison steige ich aus. Bauern und Arbeiter haben sich auf einem Berg postiert, von wo man die Kasernen überblicken kann: eine strategische Höhe. Sie sind bewaffnet. Jeder hat drei bis fünf Pistolen in Jacken- und Hosentaschen. Lange Patronengurte hängen über ihren Schultern. Einige haben Gewehre. Mit Fernrohren beobachten sie die Lage.

Auch hier kreisen Flugzeuge, man hört MG-Feuer. Ein Bauer sagt, daß sie tieffliegende Flugzeuge mit Gewehrfeuer herunterholen können, wenn sie aus allen Rohren schießen. Munition ist genug da.

Aber zum Einsatz kommt es nicht mehr. Die putschenden Reaktionäre haben in der Armee keine Mehrheit gefunden. Die Armee geht in ihrer Mehrheit mit dem Volk nach links. Über Radio erfahren wir, daß sich General Spinola mit einigen Paladinen per Hubschrauber nach Spanien abgesetzt hat. Ob er da lange Ruhe haben wird? Vier Offiziere haben sich in die Botschaft der BRD geflüchtet.

Gegen Abend hat sich die Lage geklärt, der Putsch der Reaktion ist gescheitert. Tausende marschieren in die Innenstadt. Beiläufig wird die Villa des Generals Spinola durchsucht und demoliert. Die Militärabteilung, die zu ihrem Schutz abkommandiert war, kam zu spät. Der Kommandeur erklärte grinsend, da die Villa in einer Einbahnstraße liege, habe man einen Umweg fahren müssen.

Auch das Büro der Christlich-Demokratischen Partei wird durchsucht und demoliert. Jeder weiß, daß die Christdemokraten mit der Reaktion zusammenarbeiten.

Jorge Espirito Santo (deutsch: Georg Heiliger Geist), einer der größten Bankiers in Portugal, ist mit seinem Familienclan verhaftet worden. Auch er hat offenbar beim Putsch mitgemischt.

In einem Interview wird General Otelo von einem Journalisten gefragt, ob es noch jemand in Lissabon gäbe, der vielleicht Erfahrungen in konterrevolutionären Aktionen habe und auch hier mitgemacht haben könnte.

Darauf Otelo: "Seien Sie doch nicht so schüchtern! Sie meinen doch den amerikanischen Botschafter, Frank Carlucci! Herr Carlucci hat allerdings große internationale Erfahrung, was Konterrevolution betrifft. Ich denke, man sollte ihn am besten nach Hause in die USA zurückholen."

Es ist kaum ein paar Tage her, daß eine große Lissaboner Tageszeitung die Vermutung geäußert hat, daß der CIA mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung der westdeutschen SPD Putschpläne für Portugal ausarbeite.

Am Abend versammeln sich Zehntausende auf dem Rossio, dem größten Platz Lissabons. Immer wieder ertönen Sprechchöre:

- **Das Volk organisiert die Justiz! Tod der PIDE (ehemalige Geheimpolizei)!**
- **Tod dem CIA! Tod der Reaktion!**
- **Das Volk organisiert die Regierung!**
- **Das Volk nimmt seine Probleme selbst in die Hand!**

Bis tief in die Nacht wird diskutiert und gesungen. Aber die Wachsamkeit läßt deswegen nicht nach: Bis zum nächsten Morgen werden Hafen, Brücken und Ausfallstraßen kontrolliert.

Jedem, der dabei ist, wird klar: Dieses Volk geht nicht wieder zurück. Es läßt sich die erkämpften Errungenschaften nicht mehr nehmen. Im Gegenteil: Es geht nach vorn. Es bewaffnet sich, es organisiert sich.

–E.B., z.Z. Lissabon–

Portugal: Das Volk muß sich bewaffnen

Die Bewaffnung des Volkes stellt die Soldaten vor die Entscheidung: für oder gegen den Klassenkampf

Kläglich ist in der vergangenen Woche der Putsch des früheren Staatspräsidenten Spinola gescheitert. Der General und seine Hintermänner aus der portugiesischen Großbourgeoisie und aus den NATO-Ländern haben sich verkalkuliert: Es ist ihnen nicht gelungen, größere Teile der portugiesischen Armee für sich zu gewinnen und gegen die "Bewegung der Streitkräfte" (MFA) und das portugiesische Volk zu führen.

Umgekehrt hat die "Bewegung der Streitkräfte" offenbar ihre Verankerung unter den portugiesischen Massen weiter stärken können durch entschlossenes Bekämpfen der Generalsverschwörung. Hunderttausende haben in den letzten Tagen in Portugal auf den Straßen demonstriert.



Abends in Lissabon am 11.3.

Die Reaktion hat eine Niederlage erlitten

Die portugiesische Reaktion, militärisch und politisch geführt von General Spinola, hat am 11.März wohl eine schwere Niederlage erlitten. Spinola und 15 seiner Mitverschwörer mußten fliehen. Inzwischen haben sie politisches Asyl in Brasilien erhalten, eben dort, wohin schon der Faschist Caetano und seine Getreuen geflüchtet sind nach ihrem Sturz am 25.April 1974.

Mit dem vorläufigen Abtreten Spinolas von der politischen Bühne in Portugal wurden seine unmittelbaren Hintermänner sichtbar: Das sind zuerst die 9 reichsten Familien Portugals, die einen großen Teil der Banken, der Industrie und des Grundbesitzes kontrollieren. Spinola gehört einer dieser Familien selber an. Er und seine Familie besitzen einen großen Teil der CUF-Aktien. CUF ist der größte nationale portugiesische Konzern. 10 % der portugiesischen Wirtschaft soll dieser Konzern unter Kontrolle haben.

Weiter stellte sich heraus, daß die Manager vieler größerer Unternehmen hinter der Verschwörung vom 11.März standen. Außerdem: Die Bankangestellten haben nach der Verstaatlichung der nationalen Banken veröffentlicht, wie die Geschäftsleitungen einer Reihe von Unternehmen Gelder für den Spinola-Putsch bereitgestellt haben.

Sie haben mit diesen Geldern vor allem solche Parteien finanziert wie das "Demokratisch-soziale Zentrum", eine Gruppierung, die sich als bürgerlich-demokratisch ausgibt, tatsächlich aber eine Sammlungsbewegung der portugiesischen Faschisten darstellt. Diese Partei sollte den politischen Generalstab der Verschwörung abgeben. So war es geplant, so war es gut geheißen worden, zum Beispiel von der westdeutschen CDU, die diese Gruppierung mit aus der Taufe gehoben hat und mit entsprechenden Geldern versorgte.

Wir erinnern uns noch gut daran, wie der Bundestagspräsident Kai Uwe von Hassel in den Kulissen des 1. Kongresses dieser in der Mönchskutte sich verbergenden Faschisten eifrig bemüht war, Regie zu führen. Nahm doch von Hassel damals in Anspruch, den Polizeieinsatz gegen die Demonstranten vor dem Kongreß geleitet zu haben! (siehe auch nebenstehende Dokumente.)

Das Scheitern der Verschwörung: Niederlage für die Imperialisten

Mit dem Scheitern Spinolas ist nicht nur das Schicksal der portugiesischen Reaktion verbunden. Auf Spinola haben auch die Imperialisten ihre Hoffnung gesetzt.

Allen ist die brüderliche Eintracht von Nixon und Spinola noch im Gedächtnis, als die beiden noch Präsidenten ihrer Länder waren. Sie trafen sich damals auf der portugiesischen Atlantik-Insel Madeira. Beide aber mußten inzwischen abtreten: Nixon, weil er abgewirtschaftet hatte, Spinola, weil er bereits seine Finger in dem Putschversuch am 28.September hatte. Er wurde damals jedoch nicht zur Rechenschaft gezogen, sondern mußte nur als Staatschef zurücktreten.

Seitdem ist die US-Botschaft in Lissabon erheblich verstärkt worden, der Botschafter Carlucci sei ein Agent des amerikanischen Geheimdienstes, heißt es. Eine Verwicklung in den Putsch, ähnlich wie in Chile, hat die US-Regierung weit von sich gewiesen.

Auch die deutsche Botschaft hängt in der Sache drin. Wie soll man sich sonst erklären, daß 4 der unmittelbar an der Verschwörung am 11.März beteiligten Offiziere ausgerechnet in die westdeutsche Botschaft geflohen sind? Wie soll man sich sonst das nebenstehende Dokument mit den Geldspenden erklären, das der "Berliner Extradienst" veröffentlichte und das von portugiesischen Zeitungen nachgedruckt und bestätigt wurde? Die Bundesregierung hat sich bisher nicht geäußert, ein Zeichen dafür, wie tief sie in der Sache drin steckt! Die Imperialisten, die portugiesischen Reaktionäre, beide haben gehofft, Spinola würde es schaffen. Sie haben darauf gesetzt, Spinola würde der Karamanlis Portugals.

Die Erschrockenheit darüber, daß es nicht geklappt hat, zeigt die Stellungnahme eines Vertreters der NATO in Brüssel gegenüber der französischen Tageszeitung "Le Monde" (16./17.3.):

Die NATO sei sehr besorgt über das "Abgleiten nach links" in Lissabon, heißt es. "Wir sprechen nur über Portugal." "Sie können die Ereignisse vom 11.März als eine Niederlage der Allianz betrachten." Ganz folgerichtig auf der Linie dieser Feststellung ist der Korrespondent des Zweiten Deutschen Fernsehens Vermeeren, der allabendlich aus Portugal vage ein Eingreifen von NATO-Truppen andeutet.

Die Klassengegensätze haben sich verschärft

Mit dieser gescheiterten Generalsverschwörung sind die Klassenfronten in Portugal also wesentlich schärfer hervorgetreten als in den vergangenen Monaten. Die Bourgeoisie und der Imperialismus haben versucht, das Gesetz des Handelns zurückzugewinnen.

Sie haben den ersten Schlag im Bürgerkrieg zu tun versucht. Außer 2 Hubschraubern, einigen Flugzeugen und wenigen Fallschirmjägern, die sich für diesen konterrevolutionären Akt hergaben, hatten sie jedoch nichts, womit sie den Schlag tun konnten. Somit wurde es ein Schlag ins Wasser.

Der Gegenschlag des portugiesischen Volkes, der von der "Bewegung der Streitkräfte" organisiert und unter ihrer Führung durchgeführt wurde, war so umfassend, daß die Konterrevolutionäre nirgendwo in Portugal einen Stützpunkt bilden konnten. Die portugiesischen Massen haben gemeinsam mit der Armee jeden Winkel des Landes durchstöbert.

Die Arbeiter, die sich auf Fabrikebene in "Aktionskomitees" organisiert haben, bauten auf allen Straßen Barrikaden und kontrollierten zusammen mit den Soldaten den Verkehr. Selbst als der neugebildete "Revolutionsrat" der Offiziere, der die "Junta" und den "Staatsrat" ablöst, bereits aufgerufen hatte, die Barrikaden wieder abzureißen, es bestünde keine Gefahr mehr, hielten große Teile der Arbeiter daran fest. Das taten sie, weil sich in Portugal die Nachricht verbreitete, amerikanische Marineverbände hätten Kurs auf Portugal genommen.

Die Revisionisten im Schlepptau der Offiziersbewegung

Der "Revolutionsrat", das oberste gesetzgebende und ausführende Organ, das es derzeit in Portugal gibt, hat beschlossen, die Banken zu verstaatlichen. Er hat öffentlich erklärt, die Banken und das von ihnen verwaltete Kapital würden damit dem Volk übergeben und im Dienste des Volkes stehen. Die gleiche Maßnahme ist für die eng mit Banken verknüpften Versicherungsgesellschaften geschehen.

Die Kommunistische Partei Portugals hat eine Erklärung herausgegeben, in der sie die Maßnahme des Revolutionsrates begrüßt und gleichzeitig fordert, nur den Großgrundbesitz zu verstaatlichen.

Fortsetzung nächste Seite, 1. Spalte

Portugal ...

Mit Zustimmung druckte die DKP-Zeitung "Unsere Zeit" eine Stellungnahme des Generalsekretärs der Portugiesischen Kommunistischen Partei ab, in der dieser "die Notwendigkeit für das portugiesische Volk" unterstreicht, daß die MFA über die Wahlen hinaus Garant ist "für die Einrichtung, die Verteidigung und den Aufbau des demokratischen Regimes, das dem Streben und den Interessen des werktätigen Volkes entspricht". ("Unsere Zeit" vom 17.3.)

Die Offiziere, die der "Bewegung der Streitkräfte" angehören, gehen unter die Massen und werben für ihre Politik. Sie verstehen sich als Teil des Volkes, als Organ, das die Interessen des Volkes wahrnimmt. (Vgl. nebenstehenden Bericht über eine Veranstaltung in Frankfurt) Zweifellos sind die Offiziere und ihre Politik fortschrittlich.

Aber bedeutet die Verstaatlichung der nationalen Banken überhaupt eine Ausdehnung des Staates im wirtschaftlichen Bereich, daß die portugiesische Arbeiterklasse, und mit ihr die internationale Arbeiterklasse, sich jetzt hinter diese Politik zu stellen haben und sie verteidigen müssen, wie es die Revisionisten verlangen?

Wird sich die Arbeiterklasse gar hinter der "Bewegung der Streitkräfte" verstecken, wie die portugiesischen Revisionisten das zum Beispiel tun? Es ist keinesfalls und nirgends das Ziel der Arbeiterklasse gewesen, die Bourgeoisieherrschaft durch eine fortschrittliche Offiziersherrschaft abzulösen.

In keinem Land hat sich die Arbeiterbewegung mit solchen Lösungen, die letzten Endes an der Ausbeutung der Arbeiter nichts ändern, zufriedengegeben. Die Arbeiterklasse hat den Kampf um die ganze Herrschaft und um die Herstellung breitester demokratischer Zustände geführt. Mit ir-
kratischer Zustände geführt. Mit ir-
gendwelchen Übergangslösungen hat sie sich niemals zufrieden gegeben.

Die Arbeiterklasse hat das Ziel, den bürgerlichen Staat zu zerschlagen, sie will ihn nicht erobern, wie die "Bewegung der Streitkräfte" und in ihrem Schlepptau die Revisionisten in ganz Europa das zu tun beabsichtigen.

Die Volksbewaffnung ist notwendig

Die Arbeiterklasse wird den bürgerlichen Staat zerschlagen, weil er ein Instrument bürgerlicher Herrschaft und der Unterdrückung ist und nicht für die proletarische Herrschaft taugt.

An diesem Punkt gibt es zwischen der Arbeiterklasse und der portugiesischen Offiziersbewegung und den revisionistischen und reformistischen Parteien, die sie stützen, keine Einheit.

Die Arbeiterklasse führt den Klassenkampf. Das ist ein Kampf, der gegen die Bourgeoisie gerichtet ist. Der Bürgerkrieg ist die höchste Form dieses Kampfes. Deshalb wird die portugiesische Arbeiterklasse den Kampf gegen die portugiesische Reaktion und gegen die drohende Intervention der Imperialisten führen. Das tut sie aber mit den eigenen Forderungen, mit den Forderungen des internationalen Proletariats und des Klassenkampfes. Diese Forderungen werden in der derzeitigen Situation zugespitzt auf die Forderung nach Volksbewaffnung. Wie der nebenstehende Bericht zeigt, haben Teile der Arbeiter die Initiative ergriffen und sich Waffen besorgt.

Ohne Waffen kann erstens das Proletariat nicht wirksam teilnehmen am Kampf und zweitens den bürgerlichen Staatsapparat weder tatsächlich zerschlagen noch die proletarische Macht überhaupt errichten.

Ohne Waffen wird es immer nur zu "Säuberungsaktionen" des Staatsapparates, der Verwaltungen und der Direktionen der Betriebe kommen. Solche "Säuberungsaktionen" haben die Arbeiter und Angestellten seit dem 25.April mehrfach mit großer Gründlichkeit durchgeführt.

Jetzt aber geht es offenbar einen Schritt weiter, der Klassenkampf vertieft sich: Die Forderung nach der Bewaffnung des ganzen Volkes ist deshalb entscheidend.

Zugleich wird damit die Basis geschaffen, auf der sich alle Soldaten, die es ernst meinen mit der Herrschaft des Volkes, tatsächlich an die Seite der Arbeiterklasse und des Volkes stellen können: Das ist der gemeinsame bewaffnete Kampf mit dem Ziel, den Klassengegner gemeinsam entscheidend zu schlagen. Die Forderung nach Volksbewaffnung bringt die Polarisierung in der Armee und in der Offiziersbewegung voran, die Klassenfronten klären sich.

–g.j.–

„Panthersprung" - im Jahre 1911

In der Kommunistischen Volkszeitung Nr.10, S. 12 wird über die Bataillonsübung 'Panthersprung' berichtet, bei der der Kampf um das Öl den Hintergrund bildete. Wie so häufig haben die imperialistischen Militärs einen Namen für ihre Übung gewählt, der ihre Träume andeutet.

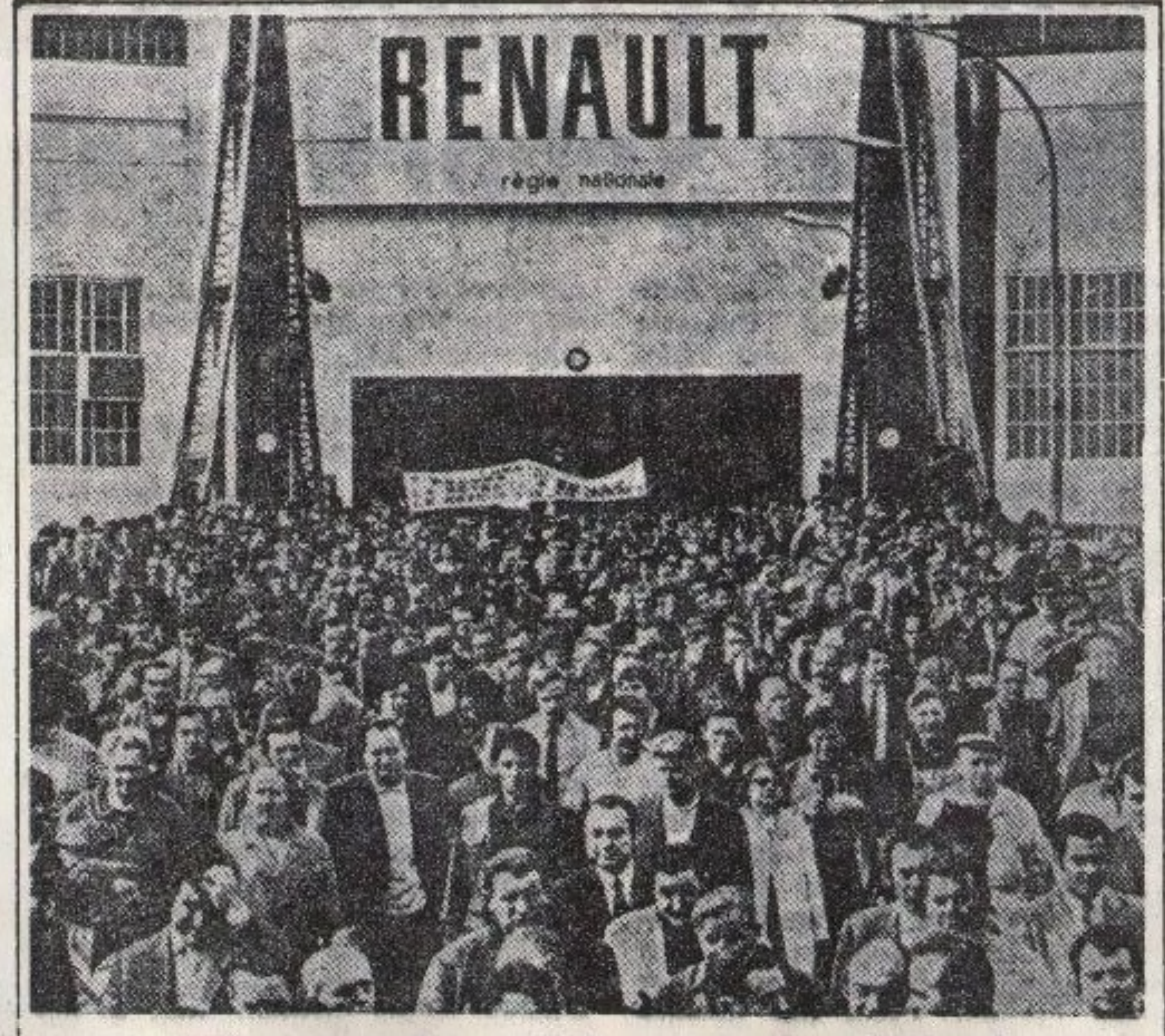
1911 hatte das deutsche Kanonenboot 'Panther' den marokkanischen Hafen Agadir eingenommen, um für die deutschen Kapitalisten den Zugang zu den marokkanischen Erzlagern zu sichern.

Als 'Panthersprung' nach Agadir ging dieses Unternehmen, das übrigens bald unter dem Druck der imperialistischen Konkurrenten Frankreich und England mit einem Rückzug endete, in die Heldengeschichte der deutschen Imperialisten ein.

Jetzt soll's wieder gegen die Araber und wieder um die "Rohstoffbasis" gehen: kein Wunder, daß den Imperialisten ihr Abenteuer von damals einfällt. Obwohl sie in dem folgenden imperialistischen Weltkrieg, zu dem der 'Panthersprung' ein Auftakt war, unterlegen waren, verdüstert das ihre Erinnerungen nicht, denn sie sind ja wieder sauber auf den Füßen gelandet.

Die Arbeiterklasse und das Volk haben aber für die Politik der Imperialisten, die durch die Fehler der Führung der damaligen Partei der Arbeiterklasse, die SPD, begünstigt wurde, mit ungeheuren Opfern bezahlen müssen. Solange die Imperialisten auf solche willfährige Helfer in der Arbeiterklasse setzen können, mögen ihnen ihre Geschichtsträume als Wirklichkeit erscheinen, unsere Aufgabe ist es, dazu beizutragen, daß das Volk Schlüsse aus der Geschichte zieht, bei denen den Imperialisten das Träumen vergeht.

G.



Ein gutes Kampfmittel

Paris. Bei dem zur Zeit stattfindenden Kampt gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch Entlassungen und Kurzarbeit, haben sich die Arbeiter des Renault-Werks in Mans ein gutes Kampfmittel einfallen lassen:

Sie sabotieren die Kurzarbeit, die zur Zeit zwei bis vier Stunden beträgt, indem sie durch Arbeitsniederlegungen und Verlangsamung des Arbeitstempos die Produktion so bremsen, daß sie den normalen 8-Stundentag brauchen, um das Soll zu erfüllen.

Das ist ein gutes Mittel, sich dagegen zur Wehr zu setzen, daß die Kapitalisten die Folgen der durch die Krise bedingten Absatzschwierigkeiten auf den Rücken der Arbeiterklasse abwälzen wollen, indem sie durch Lohneinsparungen und Rationalisierungen ihre Profite zu sichern versuchen.

–C.M., Paris–

Türkei:

Türkischer Faschistenführer in der BRD

Am 9.März hat eine Rundreise des Chefs der faschistischen "Nationalen Sturmpartei", Türkesch, durch die BRD begonnen. Zweck dieser Reise ist es, unter den türkischen Arbeitern in der BRD Unruhe zu stiften und die Atmosphäre vor dem anstehenden Besuch von Ecevit, dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, anzuheizen.

Die türkischen Faschisten, die jetzt zum Griff auf die 1 Million türkischer Immigranten ansetzen, wollen Ecevits Reise verhindern. Dabei bedienen sie sich neben chauvinistischer Demagogie mit dem Appell an das "türkische Blut" auch bewaffneter Kommandos, der sogenannten "Grauen Wölfe", die u.a. dem Faschistenführer als Leibwache dienen. Sie schlagen sofort zu, wenn sich in den für Türkesch aufgezogenen Veranstaltungen auch nur der geringste Widerspruch äußert.

Die türkischen Kollegen, oftmals noch nicht fähig, zu lesen und zu schreiben, weil sie in ihrer Heimat bewußtlos in Unwissenheit gehalten werden, sind über die wahren Absichten der Faschisten im unklaren. Aus "Kameradschaft" werden sie nun umsonst zu den Veranstaltungen hingefahren. So kamen z.B. am 9.3. allein acht Busse aus Hannover und zwölf aus Hanau nach Ludwigshafen, der ersten Station von Türkesch' Reise.

Man muß wissen, daß die faschistische Nationale Sturmpartei, vor acht Jahren entstanden, heute in der Türkei einen Staat im Staat bildet.
Türkei einen Staat im Staat bildet.
Sie verfügt über paramilitärische Stoßtrupps und 37 Trainingslager im ganzen Land. Für Mord und Totschlag in der Türkei ist sie wesentlich verantwortlich, gehen hauptsächlich auf ihr Konto. Zum Beispiel wurden zahlreiche friedliche Demonstrationen der Lehrervereinigung TÖB-DER am 15.Februar von ihr angegriffen: die Faschisten töteten acht Menschen und verletzten weitere 29 schwer.

Je mehr wir mit den türkischen Kollegen hier die Einheit im Klassenkampf herstellen, umso mehr müssen wir auch das Treiben der türkischen Faschisten in der BRD verfolgen, um diesem Treiben mit geeigneten Schritten zu begegnen.

–W.S., Frankfurt–

Anschlag auf ZANU-Führer

Chitepo, der Nationale Vorsitzende der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe, ermordet

Der Nationale Vorsitzende der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU), Herbert Chitepo, wurde in Lusaka ermordet. Er fuhr über eine Landmine, die vor seinem Haus gelegt war. Dieser schwere Schlag gegen das Volk von Zimbabwe und die ZANU ist Teil der Versuche der Kolonialisten und Imperialisten, die ZANU zu zerschlagen.

Es war ihnen durch "Entspannungsmanöver" nicht gelungen, die ZANU von der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes um die Befreiung Zimbabwes abzubringen oder sie vom Volk zu isolieren. So hat inzwischen das rhodesische Smith-Regime als Grund für die Verhaftung des ZANU-Präsidenten Sithole auch angegeben, "er habe nach seiner Freilassung im Dezember die militärischen Ziele seiner in Rhodesien verbotenen Organisation weiter verfolgt. Insbesondere habe er sich geweigert, den auf der Konferenz von Lusaka vereinbarten Waffenstillstand in Rhodesien einzuhalten, habe Verstärkung der Gewalt gepredigt und die Fortsetzung des Kampfes bis zum Erreichen der politischen Ziele der ZANU gefordert. Er habe vorsätzlich versucht, eine Verhandlungslösung der rhodesischen Verfassungsfrage zu hintertreiben oder zumindest die Gespräche mit der Regierung bis zur Unabhängigkeit Mozambiques in dem Glauben hinauszuzögern, daß dies zu einer Verstärkung des Terrorismus führe." (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. März)

Der Geheimprozeß soll, wie gemeldet wird, am 24. März stattfinden.

Tatsächlich hat es jedoch nie eine Waffenstillstandsvereinbarung gegeben. Diese Maßnahmen zielen darauf, die entscheidenste Widerstandsorganisation ihrer Führung zu berauben, sie zu spalten und zu zerschlagen.

Das wird den Imperialisten jedoch nicht gelingen. Alle diese Anschläge bestärken die ZANU und das Volk von Zimbabwe nur darin, entschlossen den Kampf bis zum völligen Sturz des Kolonialregimes und die Errichtung der Herrschaft des Volkes von Zimbabwe fortzusetzen.

–H.L.–

Frankfurt:

Veranstaltung mit portugiesischen Offizieren

Am 14.3. fand in Frankfurt im Bürgerhaus in der Nordweststadt eine Veranstaltung statt, auf der 2 Offiziere der MFA über die Lage in Portugal sprachen und eine Theatergruppe im Rahmen der 'dinamizacao cultural' (d.h. der kulturellen Mobilisierung) ein Theaterstück über das portugiesische Volk vor dem Putsch, das sich nach Freiheit sehnt, aufführte.

Die Offiziere und die Theatergruppe machen zur Zeit eine Rundreise durch Deutschland, um die portugiesischen Emigranten zu erreichen und mit ihnen zu sprechen.

Zu der Veranstaltung waren ca. 600 portugiesische Arbeiter erschienen, wenig Deutsche. Man konnte gut sehen, wie groß das Interesse der portugiesischen Arbeiter hier an der politischen Situation in Portugal ist und die Freude darüber, von der faschistischen Militärdiktatur befreit zu sein, sich öffentlich zu treffen und politische Fragen zu diskutieren. Die Straßenbahnen in Richtung Nordweststadt waren überfüllt mit portugiesischen Arbeitern und es herrschte eine Bombenstimmung.

"Das Volk selber muß aktiv werden. Ihr müßt kritisch gegenüber der MFA sein, damit ihr entscheiden könnt, ob sie wirklich Eure Interessen vertritt. Unsere Waffen dienen nur zur Verteidigung des Volkes, nicht zu seiner Unterdrückung." Das erklärten sinngemäß die Offiziere der MFA. Sie erhielten begeistert Beifall. Aber wie, in welchen Formen soll sich das Volk organisieren, um Kontrolle auszuüben? Warum wird das Volk selbst nicht bewaffnet?

bd, Frankfurt

Keine Unterstützung für die Junta!

Die wirtschaftliche Krise, die das Ergebnis der Ausplünderung Chiles durch die Imperialisten ist, verstärkt sich immer mehr. Immer größere Teile der Bevölkerung geraten in Opposition zur Militärjunta; sie werden immer mehr eine wirkliche Gefahr für die Herrschaft der Imperialisten über Chile. Um zu verhindern, daß die Junta durch den Kampf des Volkes hinweggefegt wird, hält diese die besten Kräfte des chilenischen Volkes in Konzentrationslagern gefangen. Gleichzeitig versuchen die Imperialisten, über die Unterstützung der Junta ihren Einfluß in Chile zu sichern. Die Bundesregierung, Vertreterin des westdeutschen Imperialismus, der nach dem US-Imperialismus am meisten aus Chile herauspreßt, beteiligt sich wie die USA an den Umschuldungsverhandlungen. Diese Verhandlungen bezwecken, der Junta neue Kredite zu geben. Es gilt, den Schleier, den die Bundesregierung über ihre wirklichen Interessen in Chile legt, indem sie dies als "Freikaufen" der politischen Gefangenen bezeichnet, zu zerreissen. In Wirklichkeit verlängert sie mit Steuergeldern die Herrschaft der Junta, was dem Einfluß des westdeutschen Imperialismus nutzt.

Der Kampf dagegen ist eine wichtige Unterstützung für den chilenischen Widerstand

Auf Grundlage eines gemeinsamen Aufrufs haben die westdeutschen Chile-Komitees Aktionen eingeleitet, **die die sofortige und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen in Chile und die Einstellung jeglicher Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung fordern. Um der Forderung nach der Freilassung aller politischen Gefangenen Nachdruck zu verleihen, haben in Bremen und andern Städten die örtlichen Komitees Patenschaften für einzelne politische Gefangene übernommen.** Das Ziel dieser Komitees ist es, für die Freilassung dieser und aller politischen Gefangenen eine breite Öffentlichkeit zu gewinnen. Es muß der Junta und ihren Schergen gezeigt werden, daß sie ihre Verbrechen nicht verheimlichen können. Durch Druck auf die Bundesregierung gegen deren Unterstützung der Terrorherrschaft in Chile muß der Handlungsspielraum der Militärs eingeengt werden.

In der zweiten Ausgabe der "Chilesolidarität", der gemeinsamen Zeitung der westdeutschen Chile-Komitees, sind neben anderen Informationen genaue Angaben über Person und Aufenthaltsort der im Aufruf genannten politischen Gefangenen enthalten. Diese Zeitung ist für alle, die die beginnenden Aktivitäten der Komitees unterstützen wollen, eine gute Grundlage.

Peter Fehrenbach
Mitglied des Koordinationsausschusses der westdeutschen Chile-Komitees

Die "Chilesolidarität" kann bestellt werden beim Buchvertrieb Hager GmbH, 68 Mannheim, Sandhoferstr.29

Spanien: Neue Prozesse

Nach dem Burgos-Prozeß, nach der Verurteilung und Hinrichtung des Antifaschisten Puig Antich und dem Prozeß 1.001 gegen 10 Arbeiterführer der Arbeiterkommissionen (CC.OO.) stehen erneut Prozesse gegen spanische Antifaschisten bevor, in denen die Urteile, nämlich hohe Gefängnisstrafen oder Todesstrafe, bereits feststehen.

- Der Prozeß gegen 16 ETA-Mitglieder, davon gegen 14 in Abwesenheit, denen das Attentat auf Carrero Blanco zugeschrieben wird, wurde der Militärgerichtsbarkeit übergeben.
- Der Prozeß gegen Pons Llobet wurde an das 3.Kriegsgericht überwiesen.
- Gegen 16 Arbeiterführer der Arbeiterkommissionen (CC.OO.) von Valencia werden 158 Jahre Gefängnis gefordert.
- 80 Jahre Gefängnis werden gefordert für die 3 Arbeiterführer E. Eguia, J.M.Yarza und M.A. Lascuvain.
- Gegen 33 Demonstranten vom 1.Mai 1973 in Madrid werden insgesamt 527 Jahre Gefängnis gefordert.


GENOVEVA FOREST ANTONIO DURAN

- Für Genoveva Forest, Antonio Duran und Kose Luis Garmandia, denen die faschistischen Unterdrückungsorgane den Bombenanschlag in einem Madrider Cafe im vergangenen September anlasten wollen, fordert die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe.

–K.S.–

Die neue Fernsehserie: »Es ist noch was zu retten«

Kalkulierter Schock beim Abendessen

Jeden Mittwoch zwischen Sechs und Sieben, wenn Millionen beim Abendessen sitzen, kommen neuerdings Horrorvisionen ins Haus: die Sender der "Südschiene" (Südwestfunk, Südfunk Stuttgart, Saarländischer und Hessischer Rundfunk) zeigen in der Serie: "Es ist noch was zu retten" die Erde des Jahres 2009 als eine stinkende Ödnis, in der Luft und Wasser so ziemlich das kostbarste sind, was es noch gibt, und auf der sich die unglaublichsten Sachen ereignen. Da werden Eisberge durch die Weltmeere geschleppt, wandern Sanddünen über die Kontinente und bedrohen die Riesensiedlungen ("Megas") die Menschheit, geht die Riviera bei einer Smogbekämpfung in Flammen auf.

"Es ist noch was zu retten", das ist der Titel einer Sendereihe des "Studio Telerop" im Jahre 2009, in der sich jede Woche Wissenschaftler einfinden, um über das Hauptproblem der Menschen von 2009 – "am Leben bleiben" – zu diskutieren. Wie durch Zufall gelingt es der Redaktion der Reihe jedesmal, einen "Pionier" in die Sendung zu bekommen, der gerade mit der praktischen Lösung der betreffenden Frage beschäftigt ist: den Kapitalisten, der sich das Monopol auf die Trinkwasserversorgung per Eisberg verschafft hat in der ersten Folge "Eisberge", den Wüstenbegrüner in der zweiten Folge "Nichts als Sand", den Smog-Auflöser in der dritten Folge "SOS – Sauerstoff". Damit man nicht merkt, wie dürftig diese Diskussionen sind, haben die Autoren sich zusätzlich eine kleine Spielhandlung ausgedacht, die ständig mit der Studio-Diskussion abwechselt und dadurch künstlich für Spannung sorgen soll: In "Eisberge" verliebt sich das Töchterlein des Monopolisten in einen Eisberg-Piloten und bringt den Eisberg zum Kentern; in "Nichts als Sand" wartet ein Pioniersehepaar auf künstlichen Regen für seine neuen Pflanzen und setzt sich gegen Sandstürme und einen in die Frau verliebten italienischen Kollegen zur Wehr; in "SOS – Sauerstoff" kämpfen drei Einwohner der Mega Marseille ums Überleben im Smog, nachdem ihnen die Sauerstoffkarten geraubt wurden. Vervollständigt wird das Konzept durch einen "Gag" am Schluß jeder Sendung des "Studio Telerop": die erste Neuzucht eines Huhns oder eines Rettichs, die neue Sonnenschutzmode für die Zeit nach dem Smog.

Dieses Strickmuster wird insgesamt 13 Mal Schrecken auf dem Bildschirm verbreiten. Die Qualität der einzelnen Spielhandlungen, die Ausstattung, die Schauspieler, das alles ist miserabel, auch wenn man es nur an den übrigen Serien des Werbeprogramms mißt. Darüber wollen wir jedoch nicht viel Worte verlieren, denn was letzten Endes dann doch die Spannung erzeugt, sind die "wissenschaftlichen" Erklärungen über diese schreckliche Zukunft. Da wird ausgehend von den heutigen Gifterfahrungen dem Zuschauer ein Wust von chemischen Formeln und dem ganzen übrigen Kram der Science fiction an den Kopf geworfen, wovon natürlich sowieso keiner wirklich was versteht – aber es klingt trotzdem glaubhaft! Woher das kommt? Nun, es hat die gleiche Ursache, die alle Science-fiction-Geschichten so interessant macht: was dort behandelt wird, sind keineswegs die Probleme irgendeiner fernen Zukunft, sondern es sind die Probleme von heute.

Jeder erfährt die Bedrohung seiner Umwelt jeden Tag und jeder fragt sich, wohin das noch führt, wenn der Verseuchung unserer Lebensbedingungen kein Einhalt geboten wird. Die Fernsehserie "Es ist noch was zu retten" greift mit sogenannten "Archivbildern aus der Mitte der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts" (das ist also ganz genau heute!) so plump auf die Vorgänge unserer Tage zurück, daß der Eindruck entsteht, die Autoren hätten Angst gehabt, irgend jemand könnte den Wink mit dem Zaunpfahl übersehen. Das Schreckensbild der Welt von 2009 ist nur deshalb so wirksam, weil die Autoren die Ursachen in unsere Zeit verlegen. Und **heute** werden Staudämme gebaut, die die Ernährungszusammenhänge des Planeten zerstört haben sollen, **heute** werden Insektenbekämpfungsmittel verstreut, die 1985 das Leben im Meer vernichtet haben und auch auf dem Land von den Tieren nur die Insekten überleben ließen, **heute** zeigen Hungersnöte die Gefahr der Verbreiterung des Wüstengürtels der Erde an, **heute** liegen Pläne zur Vernichtung der Amazonas-Urwälder auf dem Tisch, die zum Sieg der Wüste über die Pflanzenwelt führten usw. usf..

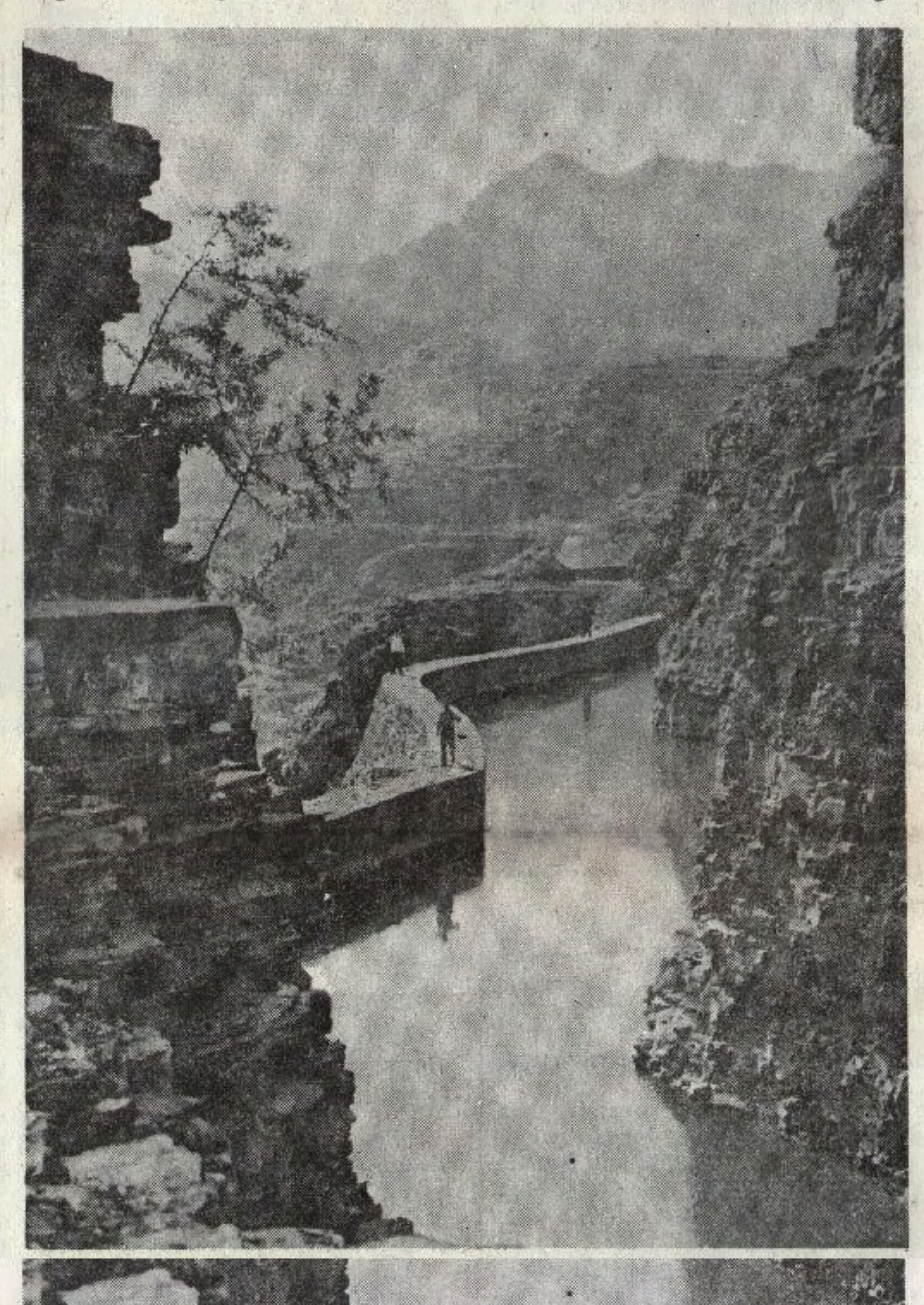
ABER: Alle diese Zusammenhänge sind wissenschaftlich größtenteils überhaupt nicht haltbar, sondern eine Erfindung der Autoren. Sie sind noch anfechtbarer als die Thesen des "Club of Rome", der vor Jahren ähnliche Schreckensbilder an die Wand gemalt hat. Die Ebene der Politik wird von den Autoren nur zur Täuschung eingesetzt: Da ist zwar von einer nebulösen "Neuen Ordnung" die Rede, aber die Entwicklung bis zum Jahre 1009 hat sich doch ganz offensichtlich unter kapitalistischen Bedingungen abgespielt (es gibt sie ja auch noch: den skrupellosen Unternehmer in "Eisberge", die idiotische Reklame in "SOS – Sauerstoff"). Die Zuschauer sollen glauben, daß es gar keine Alternative gibt, sondern immer so weitergeht, wie es schon immer war. Zu diesem Zweck werden sie einerseits mit "Archivbildern" aus unseren Tagen mit Demonstrationen, Polizeieinsätzen, Mao-Bildern konfrontiert, zu denen der Kommentar erläutert, wie dumm wir heute (1975) doch wären, zu "intrigieren, demonstrieren", uns "um Gesellschaftssysteme zu streiten", statt die Hauptaufgabe unserer Zeit in Angriff zu nehmen: den Umweltschutz.

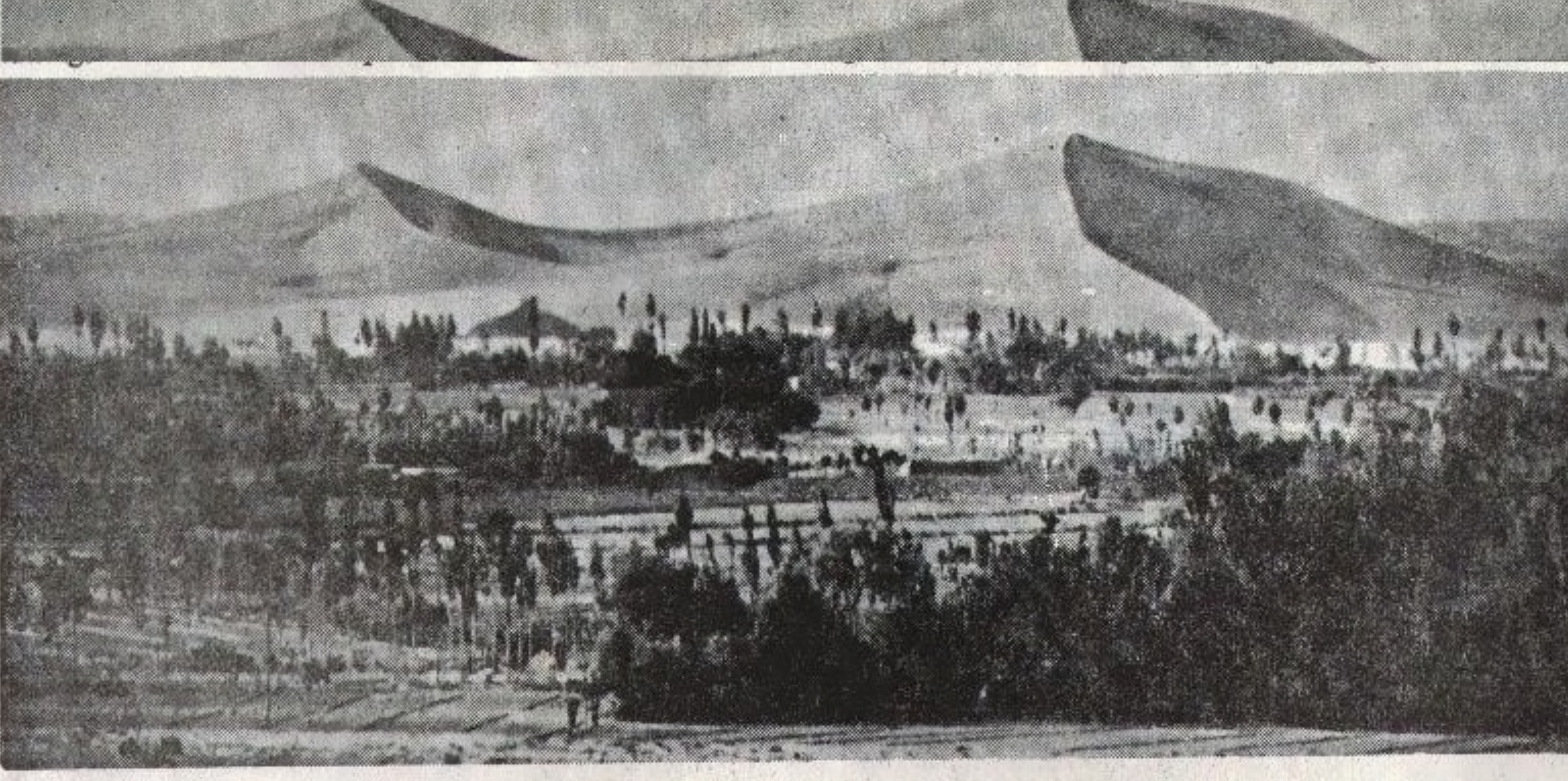
Andererseits werden die Zuschauer moralisch mürbe gemacht, indem man sie in einen Topf wirft und als die "Selbstmörder-Generation" diffamiert, "deren Mentalität uns ewig unbegreiflich bleiben wird". Sie sollen sich am (beinahe!) Smog-Tod der beiden alten Leutchen des Jahres 2009 schuldig fühlen. Ich frage jedoch: welcher Arbeiter verhindert aus Profitinteresse die Vernichtung von Giftmüll, plant Stadtautobahnen, verdreckt die Luft mit den Gasen und dem Feinstaub aus seinen Fabriken? Welcher südafrikanische Arbeiter richtet sein Land im Interesse seiner imperialistischen Profite zugrunde? Die Arbeiterklasse wird sich doch nicht die Verbrechen ihrer Ausbeuter aufhalsen lassen!

Selbstverständlich verschweigen die Autoren die erfolgreichen Freiheitskämpfe der Dritten Welt, gegen die sie stattdessen nur Vorurteile und Rassenhaß schüren. Und erst recht leugnen sie gezwungenermaßen die Lösung der Umweltfragen in den sozialistischen Ländern, deren Zeuge wir ja heute (1975!) schon sind: Chinas Flüsse sind gezähmt und ungeheure Bewässerungsanlagen, die das chinesische Volk sich schuf, brachten das Land buchstäblich zum Erblühen; kein Profitzwang von Monopolen führt mehr zu Rohstoff- und "Abfall"-Vergeudung.

Die neue Fernsehserie "Es ist noch was zu retten" macht Politik. Sie agitiert genau kalkuliert für die Interessen der Kapitalisten. Sie betreibt Angstmacherei mit pseudowissenschaftlichen Methoden und versucht dadurch die Bereitschaft der Volksmassen zu erreichen, die Bereitstellung von Steuergeldern zur Beseitigung der von den Monopolen verursachten Umweltschäden hinzunehmen: Opfer zu bringen für die Profite der Monopole. Die Frage nach der Ursache der Umweltzerstörung wirft sie gar nicht erst auf. Denn die Angst der Zuschauer vor dieser Welt des Jahres 2009 würde umschlagen in den Kampf gegen das kapitalistische System, das unsere Lebensbedingungen ernsthaft angreift. Von diesem Kampf der Arbeiterklasse will die Serie ablenken. Scheinbar beiläufig propagiert sie dabei noch eine ganze Reihe weiterer bürgerlicher Vorurteile, Lügen und Verleumdungen.

–B.F., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Frankfurt, Sektion Umweltzerstörung–





Bilder aus:

CHINA IM BILD

CHINA IM BILD ist eine Monatsschrift in Grossformat mit reichem Bildmaterial und knappen Texten. Diese Zeitschrift berichtet von Chinas neuen Erfolgen auf verschiedenen Gebieten.

Die Volksrepublik China beweist: Wenn die Arbeiterklasse die politische Macht hat und Herr über die Produktionsmittel ist, beendet sie nicht nur die Zerstörung der Umwelt durch das Kapital, sondern kultiviert vielmehr das Land. Das Bild oben zeigt den berühmten "Rote Fahne Kanal", der das Wasser durch ein Gebirgsmassiv hindurch zur Bewässerung einer riesigen vorher dürren Ebene leitet. Links oben eine Sanddüne der Wüste Taklamakan, die von einer Oase eingeschlossen wurde. Bild unten: Massen und Funktionäre arbeiten gemeinsam, um das steinige Ödland von Hungds houtscheng in Kulturland zu verwandeln.



Die Thyssen lebt in Saus und Braus, und wir ....

Wenn man mich fragen würde, ob ich Anita Zychy Thyssen heißen möchte, würde ich abwinken.

Mit so einem blöden Namen möchte ich nicht durch die Gegend laufen. Wenn man mir aber dann allerdings sagen würde, daß die große weise Betriebsmutti Anita Zychy Thyssen sich im letzten Jahr 25 Mill. DM Dividende von ihren Schäflein eingestrichen hat, dann wird es einem schon mulmig.

25 Millionen DM – ohne einen einzigen Finger krumm gemacht zu haben, herausgepreßt aus den Arbeitern und Angestellten des Thyssen Konzerns, die unter mörderischen Arbeitsbedingungen dafür sorgen, daß bei Anita die Kohlen stimmen. Die sich ihre Gesundheit durch Nachtarbeit, Akkord und andere Antreibermethoden kaputtmachen. Das alles nur, damit sich Anita ein Lauscheppderdasein leisten kann, von dem unsereins nicht einmal träumt.

Unsere Betriebsmutti wohnt heute in Argentinien in der Pampa. Vielleicht ist die dahin gezogen, weil viele Arbeiter sie dorthin gewünscht haben! Früher war das anders. Zu einer Zeit, da ihr stahlharter, wieselflinker Mann Fritz Thyssen noch an ihrer Seite das Volk ausplünderte, wo die Dummheit und Gewalt in Deutschland zum Gesetz geworden waren, fühlten sie und ihr Mann sich hier offenbar pudelwohl.

Sie gehörten zu den eifrigsten Förderern der Nationalsozialisten und spendierten den braunen Horden da mal eine Erbsensuppe oder ein paar neue Uniformen. Als Gegenleistung forderten sie dafür Schutz und Vermehrung ihres Besitzes. Adolf Hitler zählte zu ihrem persönlichen Freundeskreis, und für gute Freunde machten Antia und Fritz gern mal etwas locker.

Nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus zog sie aus, nach Argentinien. Trotz ihrer Kriegsverbrechen hatte sie jedoch ihre Fabriken behalten. Heute besitzt diese ehrenwerte Dame 36 % der Thyssen-Aktien und streicht Jahr für Jahr satte Summen ein. Was die Konzernleitung betrifft, dafür hat sie ihre Leute. Diese feinen Herren überlegen Tag und Nacht, wie sie aus uns noch mehr rausholen können. Für uns heißt das dann: Mehr Druck, mehr Staub, mehr Arbeitshetze.

Am Beispiel der Thyssen-Witwe kann man deutlich sehen, daß viele hart arbeiten und daß einige wenige Parasiten sich den Reichtum, den die Arbeiter schaffen, unter den Nagel reißen. Das können sie nur, weil ihnen die Fabriken gehören und weil sie sich einen Staat geschaffen haben, der in ihrem Interesse handelt.

Deshalb wird es Zeit, daß wir den Spieß umdrehen:

Nicht der soll verdienen, der **nicht**, sondern der, der arbeitet. Diejenigen, die dem werktätigen Volk im Nacken sitzen und sich von seiner Arbeit mästen, jene Konsorten a la Thyssen, Krupp und Flick, werden (spätestens) im Sozialismus einer nützlichen Arbeit zugeführt werden.

–A., Kommunistische Gruppe Oberhausen–